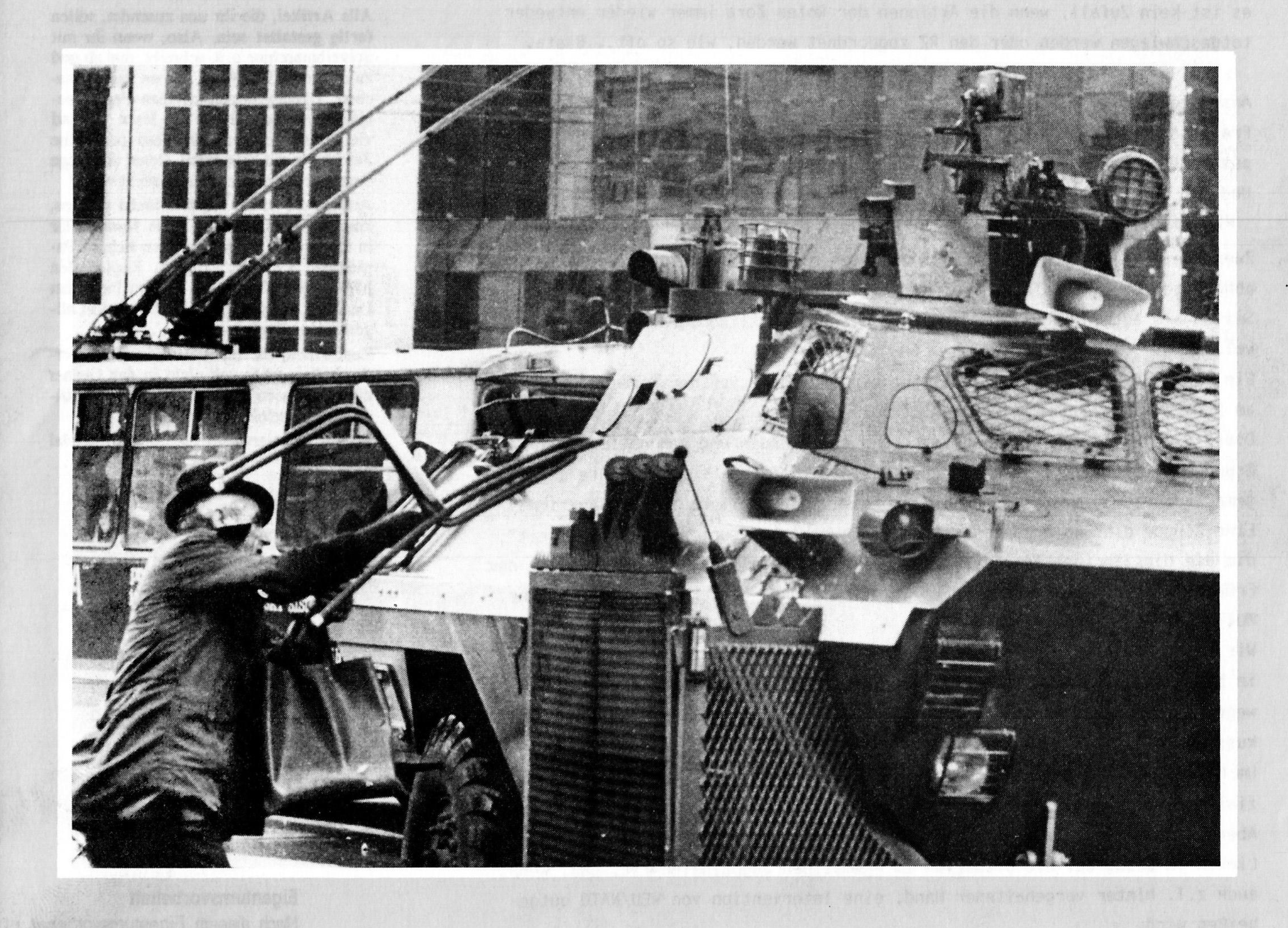
INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



KEINE NATO/WEU INTERVENTION IN JUGOSLAWIEN!

Nr. 202

16. Juli 1992

AUSGEWEITETES VORWORT:

Hallo - hallöchen.

Diesmal sind wir fast von der vielen Post erschlagen worden, daher ist auch eine ganze Menge im Ordner gelandet.
Ein Schwerpunkt ist in dieser Nummer die WWG-Nachbereitung und auch einiges zu Antifa und Flüchtlingspolitik.
Einige Papiere konnten wir wegen der schlechten Druckqualität nicht veröffentlichen (z.B. das Männer-Papier aus dem Dieffe-Kiez; schickt es uns doch noch 'mal zu, mit besserem Layout, wenn es geht).
Aus dem Papier von der Mieterini Prenzelberg sind wir nicht schlau geworden, schreibt doch was mit diesen Infos passieren soll und um welches Haus es sich handelt.
Wir haben den text "Zum Niedergang der Autonomen" 'reingenommen, weil wir denken, daß er einigen Zündstoff bietet und die Diskussionen über unsere Geschichte noch einmal ankurbel n könnte.
Was wir aber unerträglich finden, ist, wenn Geschichtsfälschung stattfindet: Zum 1ooo.Mal: die Aktionen gegen Adler waren von der Roten Zora. Wir denken es ist kein Zufall, wenn die Aktionen der Roten Zora immer wieder entweder totgeschwiegen werden oder den RZ zugeordnet werden, wie so oft...Basta.

Ansonsten wollen wir noch auf die Flugblätter und Unterschriftenlisten zur Freilassung von Gerhard Bögelein hinweisen, die in Kneipen und Buchläden ausliegen. Ihr kriegt sie beim ASTA Fu, Kiebitzweg 4, 1/33.
Und ein paar liebe Grüße an die Frauen und Männer der Radi!
Wir wollen noch was dazu sagen, warum wir das Titelbild ausgewählt haben:
Zuerst einmal wurde uns das Bild gemeinsam mit dem öffentichen Brief der unabhängigen Gewerkschaften Serbiens zugeschickt, den wir auf den folgenden Seiten als authentische Stellungnahme dieser Oppositoonsgruppe abdrucken wollen.
Ein paar Infos zum Titelbild: Es ist eine Aufnahme von der Demo in Belgrad am 9.März 1991 gegen das Milošević-Regime.
Diese Demo wurde von einem breiten Bündnis getragen und von nationalistischen Gruppen mitinitiiert. (Der Begriff "nationalistische Gruppen" müßte genauer gemacht werden, zeigt er doch die ganze Widersprüchlichkeit der Situation.)
Eine Gruppe dies34s Bündnisses ist die Gewerkschaftsunion "Unabhängigkeit", die die diesjährigen Anti-Milošević-Demos mitorganisiert hat, sowie seit dem Frühjahr 19 92 mehrere Streiks (z.B. öffentlicher Nahverkehr, Stahlbranche, Müllarbeiter, LehrerInnen).
Wir wissen, daß wir uns auf Grund von mangelnden Informationen und Wissen in bezug auf die Situation im ehemaligem Jugoslawien auf dünnen Boden bewegen, umso wichtiger finden wir es, dieses Defizit an Information und Diskussion zu beenden.
Um Mißverständnisse vorzubeugen: Wir singen hier nicht ein "einfaches sozialrevolutionäres Lied" oder wollen "friedensappelle" produzieren.
Aber es ist eklatant, daß ein Ergebnis dieser Ignoranz-innerhalb der radikalen Linken in bezug auf die Situation im ehemaligen Jugoslawien-ist, daß, wenn auch z.T. hinter vorgehaltener Hand, eine Intervention von WEU/NATO gutgeheißen wird.
Diese Intervention läuft bereits mit der Entsendung von Kriegsschiffen in die Adria. Es wird immer noch ignoriert, daß die BRD mit zu den Hauptkriegstreibern in dieser Region gehört, indem sie die reaktionäre, nationalistische Tudjmann-Regierung Kroatiens unterstützt, die Sanktionen gegen die serbische, montenegrinische Bevölkerung durchsetzt und somit Wasser auf die Mühlen der serbischen Nationalisten und der Milošević-Regierung gießt.
Was jetzt bereits in der BRD läuft, ist eine Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen, die sich dem Krieg in dieser Region entziehen wollen (und natürlich nicht nur gegenüber diesen Flüchtlingen).
Der Einsatz der Bundeswehr in den ost-/südosteuropäischen Krisenregionen soll jetzt politisch und praktisch durchgesetzt werden.. Bereits seit längerem beschlossen, sind der Aufbau deutsch-französischer Einheiten innerhalb der WEU und einer schnellen Eingreiftruppe für Osteuropa.

Vertriebsbedingungen:
Einzelabos und Einzelbestellungen, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.
Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch
Infoläden und -cafés außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.
Buchläden und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.
Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.
Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.
Alle Artikel, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?
Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25, im Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99 und im Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84 und sind dort allgemein zugänglich.
Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.
Es gilt Anzeigenliste Nr. 3 vom 1. Mai 1989.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

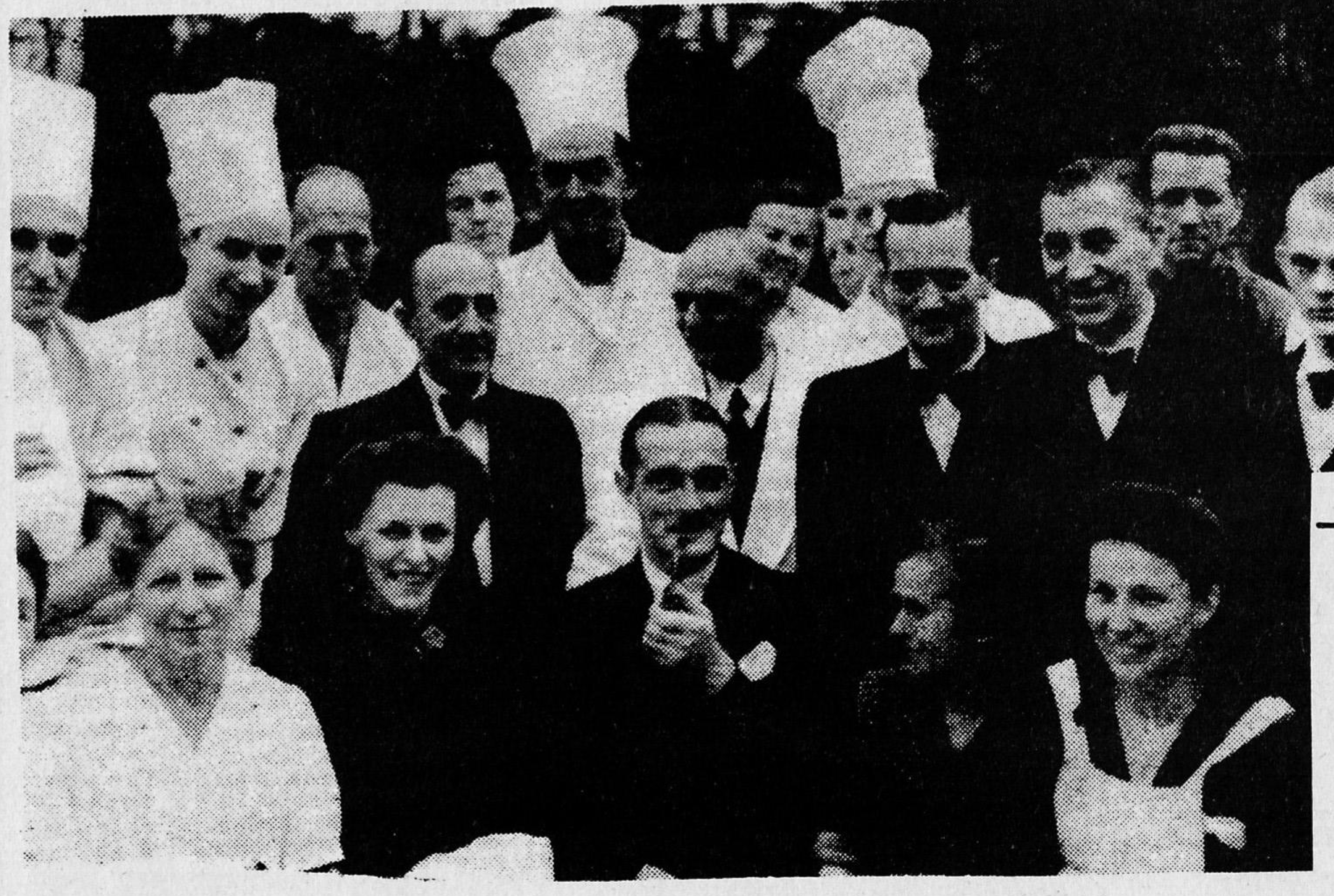
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Wie Ihr merkt, können wir auch recht wenig sagen.
Wir haben da erst einmal fast nur Fragen, wie so oft:
- Scheitern der kapitalistischen Umstrukturierungsprogramme für Südost-/osteuropa, wie vielfach gesagt?
- Deshalb Strategie die "unzufriedenen" Bevölkerungsteile in den Regionen in nationalistische "Bürgerkriege" zu verwickeln? Wessen Interesse, welche Strategie, auf wen zielt sie in den unterschiedlichen Regionen/Bereichen?
- Werden diese Kriege verstärkt - mit der Möglichkeit die Bevölkerungen dann mit westlichen Militärinterventionen zu"befrieden"- und Teile dieser wieder verwertbar zu machen bzw. zu vernichten?
- Wie sehen die konkreten Forderungen nach besserem Leben und mehr Einkommen aus, nach der Verschlechterung der Lebenssituationen fast aller in diesen Regionen, nach dem Ende des Realsozialismus?
- Wer stellt diese Forderungen, (unter Berücksichtigung von historischen und aktuellen ökonomischen Entwicklungsunterschieden) ?
Und viel mehr.
Diese Diskussion ist jetzt wichtig, deshalb drucken wie auch einen Artikel über sogenannte "Ethno-Konflikte" ab.
Wichtig ist es jetzt, sich Wissen anzueignen, Material zur Verfügung zu stellen, um überhaupt wieder handlungsfähig zu werden und nicht ständig überroll t zu werden.

Zu dieser Auseinandersetzung möchten wir alle Gruppen auffordern, die sich Mit Südost-/Osteuropa beschäftigen, ihre Diskussionen und Informationen öffentlich zu machen und die Zeitung zu nutzen.

Einige Frauen und Männer der Interim.



Inhalt:

ORDNER:

- AVÖ-München
- Rest Wunsiedel
- Unterschriftenliste
- Fahrradmassensport

- Steine auf Bullen, KS
- 3 Papiere GÖ,Presse
- Strahlenopfer
- Philosophischer 1.Mai

- Fußgängerschutz
- Internat. Kommunist.Arb.
- Prawda: Zerschlagung der Räte/ Iran/ Kritik an S. Mellah-Buch- Algerien
- zur Rim-Debatte
- Demo gegen J.Haider in Stgt.
- Demo wg. Ermordung e. jugos. Arbeiters in Stgt. (Schlechte Druckqualität)
- "AusländerInnenkriminalität"
- Libert. Jahrmarkt

WIR GEHEN NICHT UNTER IN UNSEREN NIEDERLAGEN

SONDERN IN DEN KÄMPFEN;DIE WIR NICHT FÜHREN!!!

Eine etwas andere Einschätzung zum WWG in München

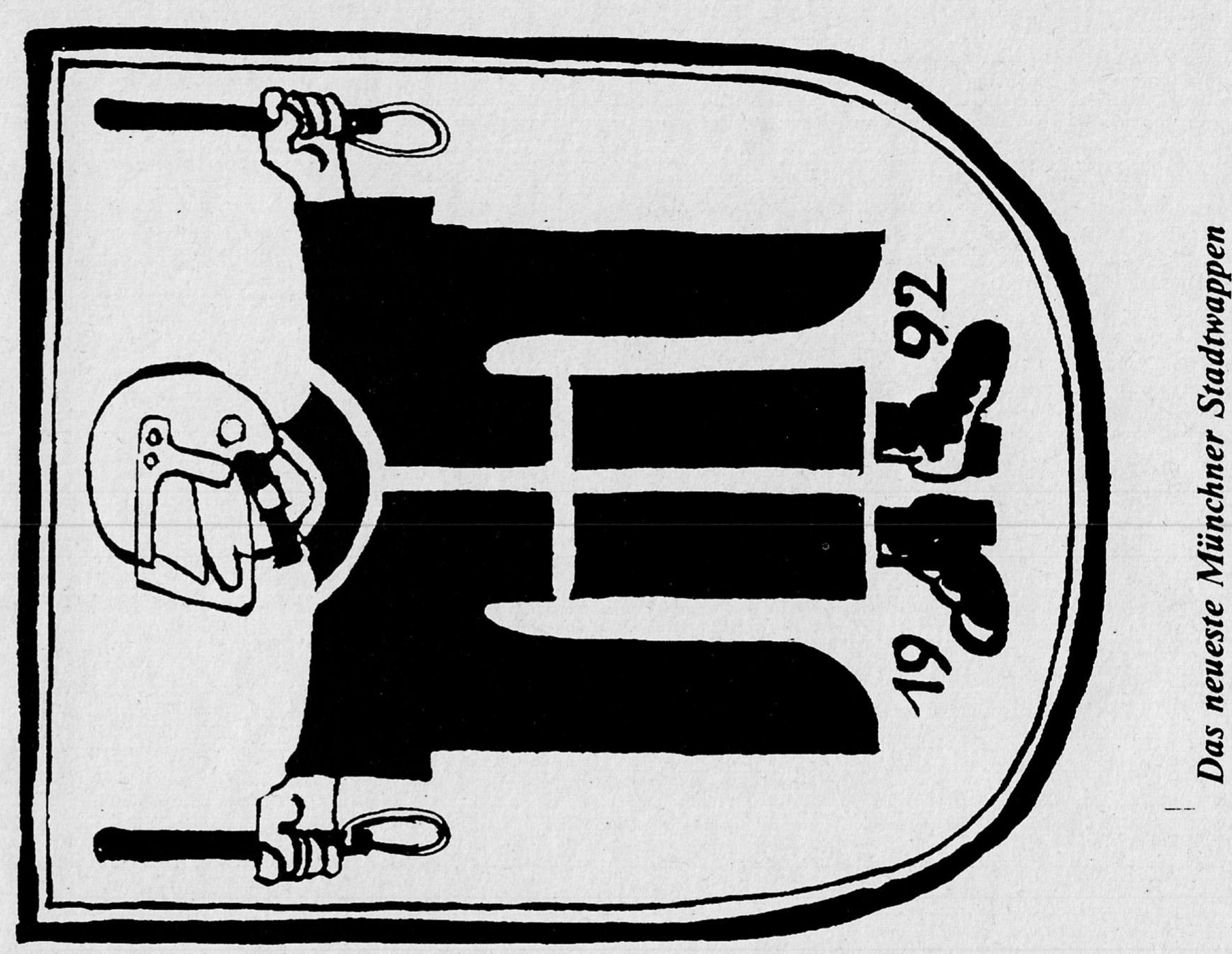
Auch wenn bis jetzt noch nicht die Zeit war,mit anderen den Kongreß und die Aktionstage zu diskutieren,haben wir doch einige Widersprüche zu den Beschreibungen und Einschätzungen eines "Geronimo".

Erstmal zum Kongreß: Wir denken,daß ein wichtiger Hintergrund für die Diskussion,einen zentralen,gemeinsamen Internationalen Kongreß in den Uni-Räumen abzuhalten,die Entscheidung des Bündnisses am Vortag war, bei offenen Türen der Uni und wenn keine Bullen in Sicht sind, den Kongreß in der Uni zu machen, eben sich die Räume zu nehmen.
Die Androhungen der Bullen,alle in Unterbindungsgewahrsam zu nehmen, die die Uni betreten , hatte Wirkung gezeigt.
So war die Situation am Freitag vor Ort,daß Einzelne aus dem Bündnis teilweise ReferentINNen von Forum 1 Falschinformationen über die Situation in München zukommen ließen, und diese somit für ihre Entscheidung,die Räume der Kirchen als Ausweichmöglichkeit in Anspruch zu nehmen, funktionalisierten.
Bis zu diesem Zeitpunkt waren stimmungsmäßig zumindest die Hälfte der Leute ,wenn nicht sogar noch mehr , dafür, einfach in die Uni zu gehen.
Klar ,es gab ReferentINNen, die entschieden dafür waren, den Austausch,die Diskussion auf einem dezentralen Kongreß,der (evt.) zu erwartenen Konfrontation mit den Bullen wegen der Uni, vorzuziehen.Aber in "Geronimo's Bericht wird ganz klar unterschlagen,daß einzelne GenossINNen aus Kurdistan,Palästina usw. unter solchen Bedingungen auf solch einem Kongreß nicht diskutieren wollten.Sie erklärten den Kongreß auf der Eröffnungsveranstaltung für politisch gescheitert.Zudem wird etwas lapidar in dem Bericht über die Diskussion ,sich die Uni zu nemen,von einem "Münchner Raumverbot " gesprochen.
Um es mal ganz klar zu sagen : Dezentraler Kongreß hieß :
verteilt auf die ganze Stadt verschiedene Fachseminare zu den einzelnen Foren abzuhalten; ewige Fahrtzeiten zu den Veranstaltungsorten mit U- und S-Bahn in Kauf zu nehmen. (so war es dann auch nicht möglich ,schnell bei einem anderen Forum vorbeizuschauen) ; die Raum -und Zeitbestimmung durch die Kirchen(so konnten einige Arbeitsgruppen nur reduziert stattfinden,weil die Kirchen die Räume z.t. nur zeitlich begrenzt zur Verfügung stellen wollten und konnten-so geschehen in Forum 2 ; oder die AG's aufgrund von Raummangel in Fluren abgehalten werden mußten) und letztendlich permanent zu kleine Räume(wie z.b. auf der Abschlußveranstaltung) ,wo ein Drittel der Leute den Rest nicht mitbekam,weil sie draußen bleiben mußten.
Also,die Entscheidung in die Kirchen zu gehen,als eigenständiges Handeln,was sich nicht an der Repression orientiert,zu verkaufen,finden wir kurzsichtig.
Wir wollen selbst bestimmen,wo und wann,und unter welchen Bedingungen wir miteinaander diskutieren.Und wir hatten die

Chance ,mit über 1000 Leuten endlich einmal in Bayern,nachdem dort in letzter Zeit mehrere Veranstaltungen gegen den WWG von den Cops gesprengt und aufgelöst worden sind, mit der Besetzung der Uni einen Diskussions- und Kommunikationsaustausch miteinander für mehrere Tage unter unseren eigenen Bedingungen durchzusetzen.
Wir haben diese Chance nicht genutzt.

Wir wollen jetzt zu der Erklärung des Linksradikalen Städtetreffens,verlesen auf der Abschlußveranstaltung der dezentralen Fachseminare am Sonntag,noch was sagen.
Gut war es,daß GenossINNen die Initiative ergriffen hatten, die Machtpolitik Einzelner aus dem Bündnis und das Nicht-in-die-Uni-Reingehen zu kritisieren.
Aber wie war das denn gemeint mit dem Ende der "Freiheitlichen-Demokratischen-Grundordnung" an der bayerischen Staatsgrenze? Ja wo leben wir denn?,Mannheim schon vergessen?

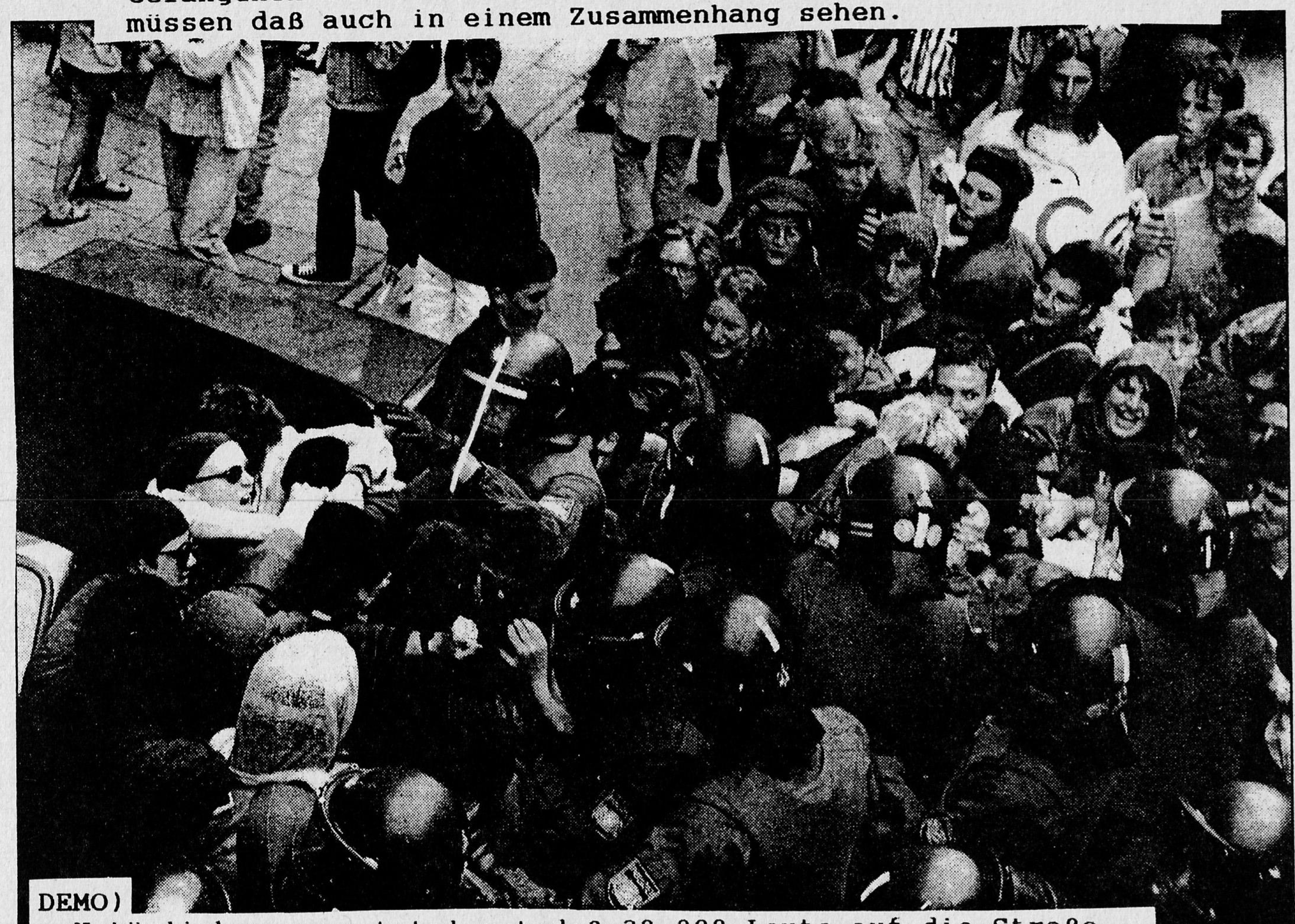
Die Kritik an dieser Stelle der Erklärung ist auch deutlich auf der Abschlußveranstaltung zum Ausdruck gekommen(Buh-Rufe). Auch später wurde unter vielen darüber diskutert.



Das neueste Münchner Stadtwappen

Uns verwundert die Tendenz,insbesondere auch einiger Autonomer bzw. Linksradikaler Männer und Frauen,jegliche Pleiten bzw.politischen Schwächen und Ohnmacht,sei es die Geschichte mit der Uni,die zahlreichen Festnahmen
oder die Knüppeleinsätze der Bullen ohne nennenswerte Gegenwehr von uns oder andere Sachen, noch im nachhinein als Erfolg umzubewerten.Machen wir uns doch nix vor.Natürlich geht es auch darum weiter zu kämpfen,nach perspektiven zu suchen und nicht zu resignieren.Die OVERTREEBRIGDE werden wir allemal verhindern.
Aber es geht auch darum die Scheiße beim Namen zu nennen,und nicht zu verharmlosen und zu relativieren,Was nicht heißt,das wir gar nix machen können.Es kann für uns heißen ,die Dinge einigermaßen klar zu betrachten,zu analysieren,aus den Fehlern zu lernen und es das näxte mal besser hinzukriegen.Aus Niederlagen lernen können wir nur, wenn wir Niederlagen als solche erkennen.
Zudem glaubem wir ,daß die massive Einschüchterung und der Psychoterror das Staates im Vorfeld desWWG's mit dem Ziel der Abschreckung seine Wirkung nicht nur bei sogenannten reformistischen und liberalen Kräften seine Wirkung gezeigt hat.So sind viele aufgrund der zu erwartenden Repression erst gar nicht nach München gekommen.Außerdem war ständig die Rede von dem 14-tägigen Unterbindungsgewahrsam.Letztendlich sind nur ein paar wenige für einige Tage eingefahren.(hier nur zwei von vielen Beispielen).

Glaubt ihr denn wirklich,die Bullen hätten über tausend Leute verhaftet? Und selbst wenn,hätten wir das nicht für uns politisch ausnutzen können? Hätten sich dann diese Massenfestnahmen für den Staat nicht auch als Bumerang erwiesen,so wie die über 400 Festgenommenen des Kessels sich als Bumerang erwiesen haben? Hätten wir den politischen Preis einer Uni-Räumung nicht bestimmen bzw. in die Höhe treiben können? Sind wir wirklich so machtlos,wie uns viele immer einzureden versuchen?Sicherlich,auch dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen.
Und klar,war es gut z.b. eine Veranstaltung zu den politischen Gefangenen in einer Stadt in München durchzusetzen,aber wir müssen daß auch in einem Zusammenhang sehen.



DEMO)

Natürlich war es total gut,daß 20.000 Leute auf die Straße gingen,logo.Die Demo als Riesenerfolg zu werten,geht an der Realität jedoch klar vorbei.Die Demo konnte zwar durchgezogen werden,die Route wurde von den Bullen jedoch stark verändert.Die Demo verlief außerdem sehr stockend und nach bereits hundert Metern griffen die USK'ler zum ersten Mal die Demo mit Schlagstockeinsatz massiv an,um ein Seitentranspi aus dem Frauen-und Lesbenblock zu beschlagnahmen.
Von Fopperei der USK'ler(wie in "geronimo's Bericht) kann überhaupt nicht die Rede sein.Mindestens 15-20 Seitentranspis wurden beschlagnahmt.Sogar der anachronistische Zug(ein Ziehwagen mit großem Transpi) wurde rausgeholt.Besonders der Frauen-und Lesbenblock wurde öfters brutal angegriffen.In einer Situation ist der ganze Lautischutz weggeprügelt worden.
Oft sind die Bullen,nur um auf die andere Seite der Demo zu gelangen, mitten durch ein Block durchgerannt,mit massivem Knüppeleinsatz haben sie sich ihren Weg gebahnt.In solchen Situationen gab es Verletzte.
Im Zusammenhang mit der Demo gab es 48 Festnahmen und viele Verletzte.
So gab es dann ein Wechselspiel zwischen Ohnmacht aber dann doch auch wieder Stärke und Entschlossenheit.Kurz vor der Abschlußkundgebung war es möglich, ein paar von den USK'lern an eine Häuserwand zu drücken,wo ihnen dann erstmal die muffe ging.Zudem wurde von GenossINNen auf der Abschlußkundgebung ein Yankee-Fahne abgefackelt.

Trotz der Repression und Einschüchterung seitens des Staates war Widerstand möglich.An den Aktionstagen fanden zahlreiche Demos und Aktivitäten statt.Trotz alledem sind wir immer wieder auf die Straße gegangen.Und oft war die Stimmung auch gut.

GGG Gegen die Sieben
GGG Gegen die Lügen
die Bank wird gesprengt
und das Geld wird verschenkt
die Bank wird gesprengt
und das Geld wird verschenkt

Montagnachmittag gab's die Frauen-und Lesbendemo,Montagabend ne'sehr powerfulle Demo für die Freilassung der Gefangenen vom Kessel durch die Münchner FußgängerINNEN-Zone;Montagnacht dann wurden die freigelassenen Gefangenen von ca. 300-400 Leuten mit Parolen und Liedern frenetisch vorm Knast empfangen!!!
Am Dienstag gabs die Demo zu den politischen Gefangenen und eine Antirassistische Demo an der AVO(siehe Flugblatt) vorbei. Abends kletterten 200 Leute über die Absperrungen des Inneren Sperrgürtels und versuchten ,die Residenz,wo die ganzen Staatschefs sich aufhielten ,zu stürmen.Mit heftigem Knüppeleinsatz haben die USK'ler die Leut'zurückgedrängt.Mittwoch war die Abschlußdemo und ne Soli demo für einen Gefangenen,der im Knast Stadelheim wegen einem angeblichen Fund von Krähenfüße in seinem Auto und anderen



GEGEN DIE HERRSCHENDE WELTORDNUNG!



GEMEINSAM

beschlagnahmten Sachen in seiner Wohnung in Unterbindungsgewahrsam saß.Zudem wurde die Bleiberechtsplakatserie in München gekleppt.
Außerdem gab es drei Brandanschläge;2 auf Banken(Sparkasse-loooDM und Deutsche Bank 200.000 DM Sachschaden) und einen auf Siemens(100.000 Sachschaden) im Zusammenhang deutscher Großmachtpolitik und dem Weltwirtschaftsgipfel.Wir grüßen diese GenosINNen aufs schärfste.

Grüßen wollen wir auch noch denjenigen,der in der Innenstadt auf einen Fahnenmast kletterte,die Deutsche Flagge runterholte und sie dann öffentlich verbrannte.Leider wurde er dann gleich verhaftet.
Verhaftet und dann 4 Stunden im Knast waren auch zwei 16-jährige Kids,die ebenfalls in der Innenstadt ,Helmut Kohl und seine Delegation mit Wasserspritzpistolen beschossen(passierte allerdings wohl eher zufällig)
Auch euch wollen wir Grüßen!!!

Hoch die Internationale Solidarität

ein paar Autonome

ÜBER ALLEN GIPFELN HERRSCHT NUN RUH ...

Nachfolgend einige unvollständige Eindrücke und Interpretationen von den Anti-WWG-Aktivitäten in München, wobei von dem gescheiterten Kongreßversuch am Freitag bis Sonntag, der von faschistischen Spezialbullen malträtierten Großdemo am Samstag und der zusammengeprügelten Bonzen-Störaktion vom Montag zu berichten ist. Dabei schreibe ich diese Zeilen aus der Position eines distanzierten Beobachters und Konsumenten der gesamten WWG-Kampagne, für die ich nicht einen Finger gerührt habe. Ohne schlechtes Gewissen ist darauf hinzuweisen, daß es für niemanden einfach zu ertragen ist, lebensbiographisch auf den Stand von vor vier Jahren im Zusammenhang mit der damals stattfindenden IWF-Kampagne zurückgeworfen zu werden. Der verständliche Wunsch einiger süddeutscher Kampagneros ausgrechnet bei diesem hundertdreiundfünfzigsten Kampagnenanlauf mal wieder "die Kräfte bündeln" zu wollen hat ja bereits im Herbst 88 in West-Berlin, bezogen auf bundesweite Zusammenhänge nicht so richtig hingehauen, warum hätte es ausgerechnet in München klappen sollen?
Wenn ich mich nachfolgend ein wenig über das im Vergleich zu den Anti-IWF-Aktivitäten 88 bei weitem niedrigere Niveau der WWG-Aktivitäten lustig mache, so ist dabei zu berücksichtigen, daß vermutlich nicht nur der Schreiber dieser Zeilen aktuell mit dem Problem einer politisch weitgehend passiven Lebenspraxis konfrontiert ist, die uns ab und an larmoyant von den "guten alten Zeiten" träumen läßt, wo es doch darauf ankäme immer wieder an das schlechte neue anzuknüpfen.

Der Kongreß tanzte Gespenstertänze

Noch während des IWF-Kongreßes im Herbst 88 war es ausschließlich Sache der Reformisten, ihre Fachtagungen und Seminare einer geneigten öffentlichkeit darzubieten. Autonome Strukturen konnten sich stattdessen darauf konzentrierten, die Straßenaktivitäten zu organisieren. Diesesmal sollten sowohl der Kongreß, die Großdemo als auch die Aktionstage von einem extrabreiten Münchener Bündnis organisiert werden, welches von der größten K-Gruppe in diesem Lande, der Kirche über Jusos, Studis bis hin zu Autonomen und Antiimps reichte.
Nun gut, die Verhältnisse haben sich in diesem Land gemessen an vor vier Jahren ein wenig verändert, und nicht nur wir, sondern auch die Reformisten sind davon nicht verschont geblieben. Und dort wo die Reformisten damals wenigstens noch sagten, daß sie "raus" wollen aus den Organisationsformen der Metropolengesellschaft, so sagen sie heute allenfalls noch, daß sie's innerhalb dieser Gesellschaft ein bißchen besser vielleicht ein wenig



ziviler gestalten wollen. Und bei denjenigen den es schon immer im wesentlichen und ausschließlich um die besseren Argumente gegangen ist, beispielsweise für eine "qualitativ ganz andere soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung auf der ganzen Welt" (O-Ton auf dem Kongreß), existiert folgerichtig auch kein Moment der Konfrontation der Rebellion, oder des Angriffs gegen die Verhältnisse mehr. Herrschende Politik wird von Reformisten unterstellt als permanentes Mißverständnis, dem mit dem zusammenaddieren verschiedenster "Argumente" in der Form pädagogisierender Aufklärung begegnet und zugleich abgeholfen werden kann. Das ist im Prinzip weder besonders neu noch originell, nur ist es immer wieder bitter zu erleben, daß sich in Bündnissen dieses Prinzip so nachhaltig Geltung verschaffen kann, wie es in München geschehen ist.
Der Gegenkongreß wurde von der Uni-Leitung, und bestätigt durch zwei Verwaltungsgerichte, mit Begründungen verboten, die das Papier nicht wert sind auf dem sie stehen. Daraufhin organisierte das Münchener Bündnis am Freitag um 18 Uhr vor den offen stehenden Türen der Universität eine Proteskundgebung, auf der wahlweise die CSU, die bayrische Staatsregierung, die Justiz und die Unileitung mit großen Worten kritisert wurden, was auch von allen umstehenden eifrig beklatscht wurde. Die Bullen ließen sich in dieser Situation erstmal mit Ausnahme von Scharen dickbäuchiger Zivis nicht sehen. Wer nun begann, darauf zu hoffen, daß diesen großen Worten wenigstens der Situation halbwegs angemessene Taten folgen würden, sah sich jedoch getäuscht. Die Veranstalterinnen gaben nach den großen Worten ersteinmal die Dynamik der Situation mehr oder weniger bewußt aus der Hand und veranstalteten danach für etwas über eine Stunde eine allgemeine Meinungsbörse über die Frage, was denn **jeder** so zu dieser prekären Situation meint. Da autonome Strukturen erkennbar waren noch umfassend vorbereitet zu sein schienen, blieb ihnen nichts anderes übrig sich mit ihren persönlichen Meinungen an diesem allgemeinen Palaver zu beteiligen. Und während die einen halbherzig begannen sich ein wenig in der Universität umzuschauen, und auch schon mal ein Transparent aus dem Fenster hingen, schleuderten andere vom Rednerpult außerhalb der Uni die donnernde Festellung ins neugierig lauschende Publikum, daß man ja nicht zum Gegenkongreß gekommen sei um hier "gegen die Polizei zu kämpfen". Das hatte zwar nichts mit der Frage zu tun, welches politische Zeichen in dieser Situation überhaupt gemeinsam gesetzt werden konnte, konnte aber angesichts einer weit über 10000 Man starken Bullenarmee in der Stadt anngesichts der zu diesem Zeitpunkt gerade mal 2000 Gegenkongreß-BesucherInnen durchaus den Anschein einer gewissen Plausibilität beanspruchen. Jedenfalls war die Angst vor einer Konfrontation den Reformisten Grund genug dafür zu plädieren, sich in die Räumlichkeiten einer zuvor ausgedealten Kirche zu flüchten. Und so kam es wie es kommen mußte: Da sich ein Teil von autonomen Strukturen nach dem eigentlich absehbaren Uni-Verbot zwar an diesem Punkt wohl eine politische Konfrontation wünschten, sich jedoch zuvor organisatorisch nicht darauf vorbereitet hatten, verquirlte sich ihre Unentschlossenheit mit der Angst der Reformisten zu einer lausigen Spontandemo in Richtung einer evangelischen Kirche. Das in diesen ganzen verqueren Bemühungen die Reformisten auch noch von Antiimps unterstützt wurden, die doch allen Ernstes beanspruchten im Namen der "politischen Gefangenen" zu sprechen, "die doch in dieser Situation zweifelos nichts anderes tun würden als sie selbst", soll in diesem Zusammenhang nur noch als kuriose Stilblüte einer unbefangenen Stellvertreterpolitik am Rande vermerkt werden.

Der Sonnabend war jedenfalls hinsichtlich des "Gegenkongreßes" davon gekennzeichnet, daß überall in der Millionenstadt München verstreut in kirchlichen Einrichtungen Seminare und Fachtagungen zu den unterschiedlichsten Themen der Zeit stattfanden. Das zwischen diesen verstreuten Gruppen kaum die Möglichkeit einer gemeinsamen Kommunikation untereinander existierte war zwar unvermeidlich, wird jedoch den bayrischen Innenverbrecher Stoiber und seinen Bullenpräsidenten und den deutschen Griff zur Atombombe befürwortenden Bullenpräsidenten Koller gefreut haben.

Am Sonntag vormittag war dann auf dem Abschlußteil des Kongreßes eine gespenstische Diskussion zwischen den Organisatorinnen über die Frage zu erleben, ob es sich bei diesen Veranstaltungsaktivitäten, die eigentlich im Rahmen eines "Gegenkongreßes" räumlich an einem Ort hätten stattfinden sollen, nun um einen "Erfolg oder Mißerfolg" gehandelt hat. Während es dabei einige Reformisten doch tatsächlich als einen unglaublichen Erfolg erachteten, daß es sie überhaupt gibt auf der Welt und sie (ungelogen!) davon redeten, daß sie diesen Kongreß "durchgesetzt" hätten, kritisierten Vertreter der Linksradikalen die Reformisten als "Reformisten" und sahen sich von ihnen zum wiederholten Male getäuscht und betrogen. Und diese von analytischer Kraft vibrierende Kritik mündete schlußendlich in den mündlich vorgetragenen Appell eines linksradikalen Genossen gegenseitig keine Gewalt mehr anzuwenden. Wenn es stimmt daß wir so radikal sein müssen wie die Wirklichkeit, dann war jedenfalls für diese Debatte kennzeichnend, daß jedenfalls niemand von den streitenden Parteien dazu in der Lage war, einmal diese beschissene Wirklichkeit in aller Ruhe überhaupt beschreiben zu können.



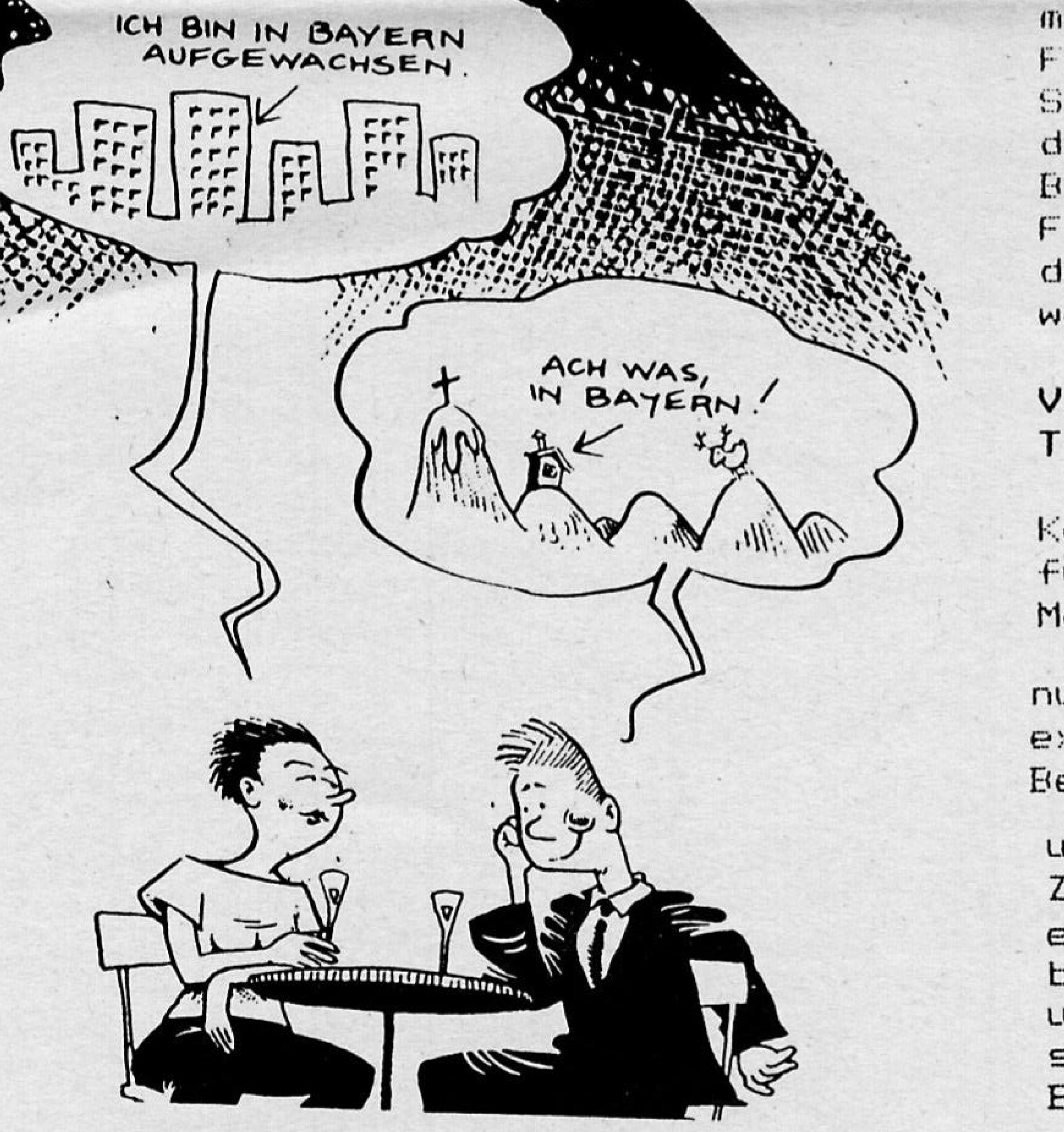
Darüber hinaus wurde inhaltlich auf diesem Abschlußplenum noch ein buntes Potpurri verschiedenster Forderungen und Meinungen dargeboten. So wurde beispielsweise als ein Ergebnis einer Arbeitsgruppe die Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr und das nicht einfach nur so, sondern das "grundsätzlich!" mit Ausrufezeichen aufgestellt. Und in einer Zeit, wo die Geschäftsbanken der imperialistischen Metropole die aufgelaufenen Schulden aus der Peripherie bereits intern zu 80 Prozent wertberichtigt haben, wurde noch einmal mit großem Mut eine sofortige Schuldenstriechung hier und Schuldenstriechung dort aber das natürlich nicht durch die "Banken" sondern – wohlgemerkt! – durch die "Völker" gefordert, was wiederherum mit großer Entschlossenheit von allen beklatscht wurde. Unterhaltsamer Höhepunkt dieses Plenums für mich war dann der Auftritt von Jutta Dittfurt, der es mit einer zwar proffessionell dargebotenen, gleichfalls jedoch eigentümlich leeren Radikalität ausgezeichnet gelang den "ökoimperialismus" zu verdammen. Der spätestens in diesem Zusammenhang aufbrausende Beifall machte klar, daß es auf dem Kongreß wirklich niemanden mehr gab, der den ökoimperialismus gern

Zett in München

Am Sonnabend fand die Großdemo beginnend mit einer zweistündigen Auftaktkundgebung auf dem Marienplatz statt. Die Bullen beschränkten sich dabei nicht nur auf Taschenkontrollen auf den Zugangswegen zum Kundgebungsort sondern postierten sich ungeniert mittendrin. Es handelte sich dabei hauptsächlich um sogenannte USK-Bullen (Unterstützungssonderkommando), die Teil der bayrischen Bereitschaftpolizei sind. Sie besitzen kein Schild, sind aber mit Panzerwesten und drei Knüppeln ausgerüstet, davon ein sogenannter Tonfass-Knüppel. In München war mehrfach zu erleben, daß diese Schläger unabhängig von jeder Einsatzleitung auf eigene Rechnung operierten. Während der zweistündigen Auftaktkundgebung nutzten sie die Gelegenheit ausgiebig dafür, sich spazierengehend zwischen den Teilnehmerinnen der Kundgebung hindurch zu rempeln. Mehrfach waren unsere Lautsprecherwagen von bis 20 gaffenden und rumlungernden Bullen einfach so umstellt. Insbesondere in dem Verlauf des ersten Drittels wurde die Demo von den USK-Schlägerbullen immer wieder attackiert. Manchmal war für diese Schweine das Tragen einer Sonnenbrille Grund die Demo anzugreifen. In der Regel brauchten sie aber dafür keinen wie auch immer entfernten oder konstruierten Anlaß, sondern sie prügelten sich durch die Demoreihen einfach deshalb, weil sie Bock darauf hatten und sich in Stimmung bringen wollten. Jedenfalls habe ich mich im Rahmen einer Kundgebung und Demo selten so nackt und hilflos gefühlt wie in München. Und das bißchen Verachtung, das wir diesen USK-Schweinen während der Demo haben entgegenschleudern können, ist vor dem Hintergrund unendlicher Gewaltphantasien die ihr Auftreten bei mir ausgelöst haben, lachhaft. Hoffentlich werden wir gegenüber diesen Faschisten in Uniform irgendwann einmal dazu in der Lage sein, unsere Gewaltphantasien in kühl kalkulierte Formen von Haß zu übersetzen, um ihnen schmerzhafte Lektionen zu erteilen.

Um noch einmal die Verhältnisse bei dieser Manifestation am Sonnabend Nachmittag in München klarzustellen: Erst einmal haben die Bullen über weite Strecken vor und während der Auftaktkundgebung und der Demo ihre Macht, Brutalität, Willkür und Präsenz demonstriert. Daneben gab es noch 15000 – 20000 Leute, von denen in der öffentlichkeit berichtet wird, sie hätten etwas gegen den Weltwirtschaftsgipfel gebabt. Von diesen DemonstrationsteilnehmerInnen war über weite Strecken an diesem Sonnabend-Nachmittag in München nur wahrzunehmen, daß sie eine Fußnote oder ein Spielball faschistischer Bullenprügelkommandos waren. Deshalb kann ich auch auf keinen Fall den Eindrücken von Autonomista Alpinista in der letzten Interim zustimmen, wenn er dort schreibt, daß diese Demo wg. Geschlossenheit und "fopperei der USK'ler" usw. "allgemein als Erfolg gewertet wird". Wahr ist vielmehr, daß Autonomista Alpinista irgendwo mit seinen Steigeisen auf dem Weg zu einer Einschätzung der Anti-WWG-Aktivitäten ausgerutscht unnd abgestürzt sein muß.

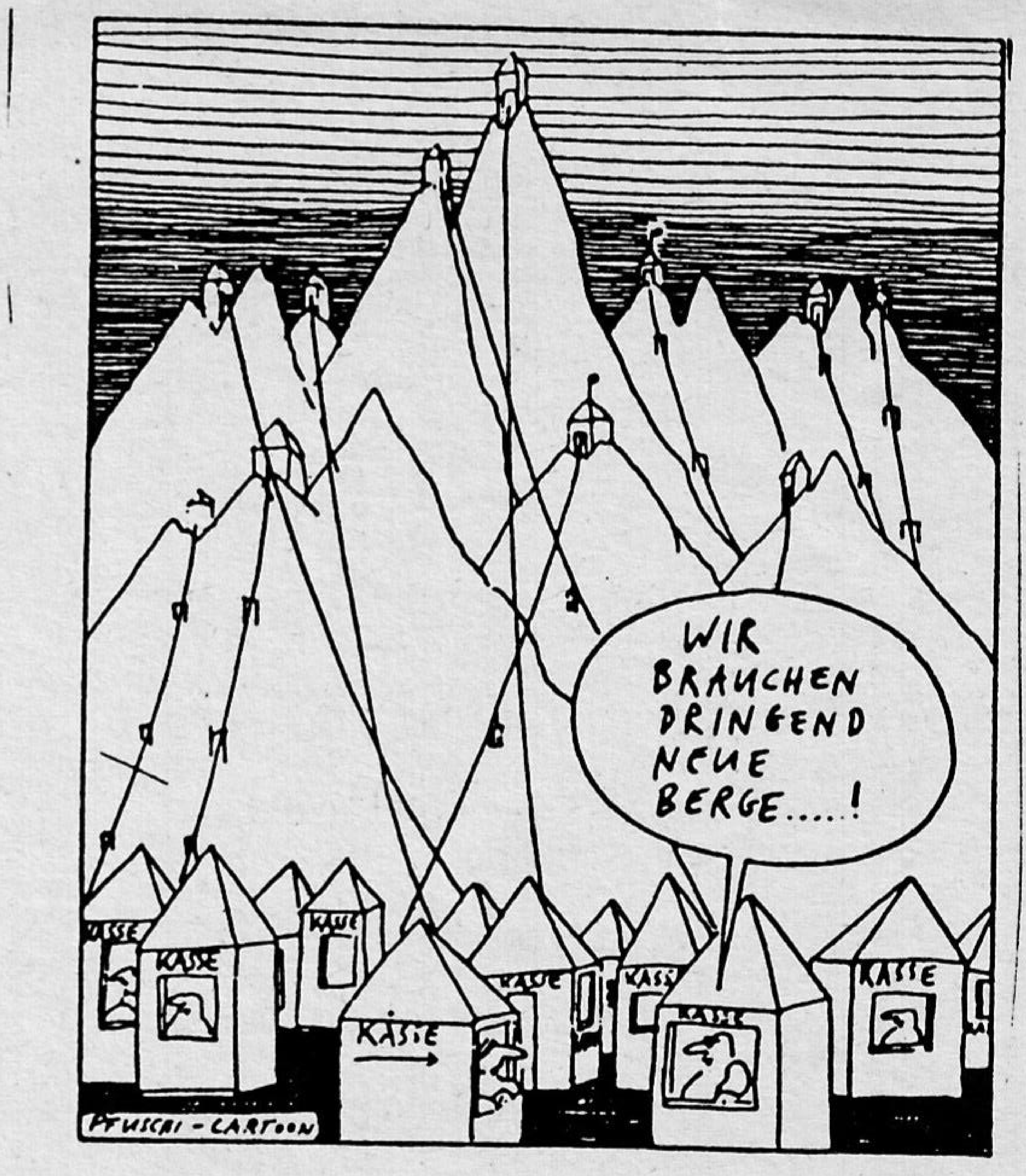
Besonders bei dem Zusammenprügeln der überraschend gut gelungenen Störaktion des Bonzentreffs vom Montag, für die sich seitens der Bevölkerung zwar niemand, dafür aber neben Bullen und Presse, Autonome umso mehr interessierten, war für hunderte von uns zu erleiden, daß in dem Verhalten der Bullen ein Rechtsstaat, im Sinne der Begrenzung staatlicher Gewalt und öffentlicher Kontrolle nicht mal als dunkle Ahnung existierte. Die Bullen hielten es beim Foltern der Leute vor laufenden Kameras noch nicht einmal für nötig sich zu vermummen.



Für die Presse waren auf jeden Fall diese Bilder ein gefundenes Fressen, da von dem WWG in der Substanz ohnehin von vorneherein klar war, daß darüber an konkreten Ergebnissen nicht viel zu berichten gewesen wäre. Und darüberhinaus besitzen für die Presse Bilder der Gewalt im öffentlichen Raum immer einen hohen Unterhaltungswert. Sofern die Pressebilder seitens der liberalen Journaille mit Kommentaren des Skandals und des Entsetzens bedacht wurden, so kann davon ausgegangen werden, daß sie faktisch nix bedeuten, außer der Aufrechterhaltung der Illusion, das wir in einer vollendeten Demokratie leben, die sich von Zeit zu Zeit auch über "staatliche übergriffe" zu empören weiß. In Bayern selber wird das von den Anti-WWG-DemonstrantInnen gebrachte Opfer vermutlich nur die Gewaltphantasien der REPS im Sinne von "Immer-noch-nicht-genug-draufgeschlagen" beflügeln.
Im Bundesland Bayern war jedenfalls für alle Anti-WWG-Aktivitäten bereits lange im Vorfeld zu erleiden, daß dort zwischenzeitlich im offentlichen Raum eine unheilvolle Verbindung aus Heimat, Technokratie und rechtsautoritären Populismus mit offenen übergängen hin zum Faschismus existiert. Eine Situation, die für mich in diesen Tagen Assoziationen an Bilder aus dem Costas Gavras Film "Z" im Griechenland Mitte der 60er vor dem Militärputsch weckte.

Vom Gespenstertanz zum Totentanz?

Keine Frage: Die Zeiten sind für linksradikal bewegte Menschen in diesem Lande nicht nur in Bayern lausig. Es existieren kaum soziale Bewegungen auf die man sich umstandslos beziehen könnte. Zudem sind wir in Bayern von einer weitgend fatalistischen bis reaktionären Bevölkerung umstellt gewesen, die in der sauber geleckten Bonzenmetropole München soweit sie existenziell auf den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft angewiesen ist, hauptsächlich damit beschäftigt zu sein scheint, die horrenden Lebenshaltungskosten aufzubringen.
Die Anti-WWG-Kampagne hat in München zwar aufgezeigt daß bestimmte Kampagnen als besondere Form unserer Politik immer noch eine fünfstellige Zahl von wohl hauptsächlich jüngeren Leuten in diesem Land mobilisieren können. 15 000 Leute auf der Großdemo sind 15 000mal mehr als das nichts, sie agierten jedoch in München in einem gesellschaftlichen Umfeld, daß uns mit aller Brutalität klar machte, daß wir derzeit gnadenlos auf uns selbst zurückgeworfen sind. Und das kann allein nicht nur am mangelnden Einsatzwillen von ein paar überlasteten Polit- und Kampagnenaktivisten liegen, es muß auch etwas damit zu tun haben, daß unsere als Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen der BRD gemeinten Begriffe und Analysen stumpf geworden sind.
Als Reaktion auf unsere Schwierigkeit oder auch Unfähigkeit die tatsächliche gesellschaftliche Situation, die Wirklichkeit in der wir uns befinden überhaupt beschreiben, geschweige denn mit einer brisanten Analyse fassen zu können, menschelt es jedenfalls allerorten im linksradadikalen Karton. Und dabei ist es dann egal, ob dabei die GennossInnen vom linksradikalen Städtetreffen in München in einer Erklärung die Rolle der evangelischen Kirche hinsichtlich der Bereitstellung von Ersatzräumen für den gescheiterten Gegenkongreß lobend erwähnen, die RAF immer noch nach dem "Positiven" sucht (und bislang nicht gefunden hat) und auch GenossInnen aus der Hafenstraße zwischenzeitlich entdeckt haben, daß sie tatsächlich auch "Menschen" sind. (Siehe hierzu die Broschüre: "Einschnitte") Vielleicht sind wir ja die letzten Humanisten in diesem bescheuerten Land, die immer entschlossen für das Gute und gegen das Böse kämpfen; und damit versuchen immer alle diejenigen anzusprechen, die es gut meinen auf dieser Welt.
Trösten wir uns nach München mit der Erkenntnis, daß wir auch dort mit unserer Politik vermutlich den untersten Tiefpunkt noch nicht erreicht haben.



Kuddl Dohebwiunsdatautonom

P.S.: Das war ein Artikel aus der schwarzen Serie. Tut mir leid.

Wir trauern um unseren Freund HARALD
Am Dienstag, den 23.Juni hat er sich in Nürnberg das Leben genommen. Am 7.Juli wäre er 26 Jahre geworden. In den letzten zehn Jahren hat er sich an vielen politischen Aktionen beteiligt. In Nürnberg aufgewachsen, war er in der Friedensbewegung aktiv und nahm an den Häuserkämpfen teil. Er ging nach Frankfurt und engagierte sich dott gegen die Startbahn West. Wir trafen ihn auch oft am Bauzaun in Wackersdorf.
Die linke politische Szene war für ihn auch immer eine Heimat, wo er auf der Suche nach Solidarität, Geborgenheit und Wärme war.
Er hat dies in der "Szene" schließlich nicht mehr finden können!
seine Freunde

I.

NOTIZEN AUS DER PROVINZ/ 1 Nachschlag zu München.

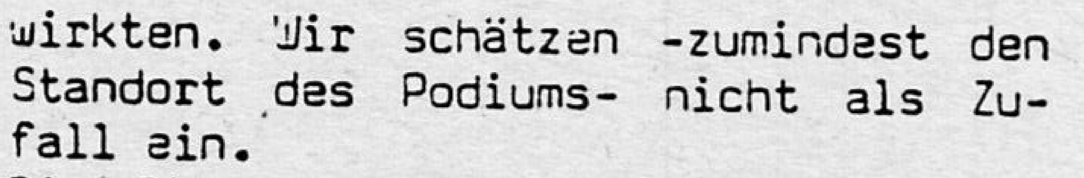
Da schon einiges in der letzten Interim und auch in der Presse zu München gesagt worden ist, möchten wir keine neue Chronologie bringen, sondern uns in unseren Anmerkungen auf einige uns wichtige Dinge und Vorfälle beschränken.

Wir gehen dabei chronologisch vor und wollen mit dem Freitag, also der Situation vor der Uni beginnen.

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen das Ergebnis; es gab gute und wichtige Gründe nicht in die Uni zu gehen -es gab auch gute Gründe doch in die Uni zu gehen- wir denken aber, das der Kongreß, der Austausch mit den anwesenden Leuten wichtiger war als eine politisch zwar sinnvolle aber in den Folgen schwer kalkulierbare Besetzung der Uni. Hier halten wir es mit dem "Minderheitenschutz"; d.h. wenn einige Leute, die an dem Kongreß teilnehmen wollen, nicht das Risiko der Kriminalisierung tragen wollen, haben wir als radikales Spektrum dies zu akzeptieren.
Wenn mensch einen Kongreß organisiert, an dem reformistische Gruppen in der Vorbereitung mitarbeiten und auch als reformistisch einzuschätzende Leute eingeladen werden, müssen notwendigerweise Abstriche an radikalen Postionen und Handlungsweisen in Kauf genommen werden.

Unsere Kritik richtet sich vielmehr gegen die Art und Weise, wie die Entscheidung zustande gekommen ist.
Unseres Wissens ist am Abend vorher bei dem Plenum der Vorbereitungsgruppe beschlossen worden, in die Uni zu gehen, wenn die Türen offen sind und keine Bullen davor stehen (Dies war jedoch eine Mehrheitsenstscheidung).
Als wir dann vor der Uni ankamen, waren dort ein Podium und Büchertische aufgebaut, welche schon optisch als Sperre vor dem Eingang





wirkten. Wir schätzen -zumindest den Standort des Podiums- nicht als Zufall ein.
Die Situation war dann die, daß wir mit ca, 2.000 Leuten auf dem Geschw. Scholl Platz vor der Uni standen und niemand wusste, was nun passiert.
Unter diesen Umständen war eine strukturierte Diskussion und Entscheidungsfindung nicht möglich. Ungefähr die Hälfte der Leute rief "reingehen, reingehen", blieb aber weiterhin regungslos stehen!?
Auf dem Podium folgte ein Statement dem anderen, die Krönung war dann eine wenig aussagekräftige Abstimmung per Handzeichen.
Der Vorschlag, daß die ReferentInnen entscheiden sollen fand grosse Unterstützung. Hier jedoch die Kritik, warum erst jetzt? Es war doch absehbar, daß es in München nicht ohne Behinderungen abgehen wird. Auch war seit einigen Tagen klar, daß der Unipräsident die Räume nicht rausrücken wird. Hier hätte die Entscheidung der ReferentInnen in's Vorfeld verlagert werden sollen, um dann vor Ort ein Konzept zu haben, welches mit Entschlossenheit und Klarheit durchgeführt werden kann.

II.

Weitere Kritik geht dahin, daß nicht alle ReferentInnen entschieden haben, sondern nur die Meinung der ReferentInnen des Forums I eingeholt wurde.

Wir halten die Entscheidung, die ReferentInnen entscheiden zu lassen, im Prinzip für vertretbar. Dies sehen wir deshalb so, weil wir denken, diese Menschen sind aus der ganzen Welt angereist um diesen Kongreß zu machen und ihre Positionen darzustellen. Auch war dieser Kongreß als internationalistischer Kongreß geplant, d.h. auch die Entscheidungsfindung muß internationalistische organisiert sein.

Es gab weiter von vielen Seiten, auch von einigen ReferentInnen, Kritik, eine Kirche als Ausweichquartier zu akzeptieren. Auch wir lehnen die Kirche prinzipiell ab, übersehen



aber auch nicht die Widersprüche innerhalb dieses Apparates.
Es gibt durchaus Ansätze einer Befreiungstheologie, die Kirche stellt sich also nicht als homogener Block dar.
Auch ist uns nicht verständlich, warum nicht liberales Verhalten genutzt werden soll. Hier ging es darum, einen Kongreß abzuhalten. Dies konnte in dieser Situation in München nur noch mit Unterstützung liberaler Pfaffen der evangelischen Kirche geschehen. Der Zweck heiligt zwar nicht die Mittel, aber wir haben uns hier nichts vergeben.

Die Einschätzung des Städteplenums, der Kongreß habe aufgrund der Dezentralität nicht stattgefunden, wird von uns nicht geteilt. Klar ist, daß dies eine ungeheure Behinderung dargestellt hat und ein dezentraler Kongreß nicht die Form des Austausches bietet, die wir uns gewünscht haben. Es haben aber trotzdem gute und wichtige Diskussionen stattgefunden, deren Ergebnisse veröffentlicht werden sollten! Dies ist nicht möglich, wenn gesagt wird, der Kongreß habe gar nicht stattgefunden.

Nun kommen wir zu der Demo am Samstag.

Erfreulich war, daß die ReformistInnen sich hier nicht durchsetzen konnten und die Demo einen eindeutigen linksradikalen Charakter hatte. Dies hat sich zwar nicht ausnahmslos in den Reden auf der Auftaktkundgebung niedergeschlagen drückte sich aber vor allem in den lautstarken Demo-Parolen aus.

Das besondere an dieser Demo war, das etwas derartiges in München seit Jahren nicht mehr möglich war.

Auch die Verlesung der Namen der ermorderten GenossInnen der letzten 20 Jahre auf der Abschlusskundgebung am Odeonsplatz ist gerade vor dem Hintergrund, daß in München sämtliche Veranstaltungen zu den politischen

III.

Gefangenen in den letzten Jahren auseinandergeknüppelt wurden, ein großer politischer Erfolg, der auch den Leuten aus München sichtbar gut tat.

Am Sonntag haben wir dann Helmut Kohl mit Handschlag begrüßt, ist wirklich wahr!!!!

Der grüne Kessel am Montag.

Die Fakten dürften mitlerweile bekannt sein.

Die Bullen verhielten sich wie erwartet: Hirnlos und brutal.
Trotz brutalstem Vorgehen ist es ihnen jedoch nicht gelungen die Stimmung völlig zu vermiesen und damit die Aktionstage im Keim zu ersticken. Zwar gab es immer wieder Momente, wo wir dachten, wir müssen hier weg, hier ist nichts mehr möglich, wir werden hier alle nur eingemacht.
Letztendlich haben wir es jedoch immer wieder geschafft uns am eigenen Schopf aus dem Frust zu ziehen
Super war, daß die Leute sich nicht haben einschüchtern lassen. Fast alle blieben um den Kessel stehen, die Versorgung klappte gut. (Damit hatten die Bullen wohl nicht gerechnet)
Verschärfteste Grüße an die powervollen Leute im Kessel!!!!!!!!!!!!!!!!
Ohne den Schwung, der Leute im Kessel, wäre es wohl frustig geworden dort stehen zu bleiben. Das USK fand keine Möglichkeit solidarisches Verhalten zu unterbinden. Es war erfreulich, daß Teile der Münchener Bevölkerung den gesamten Bulleneinsatz als Skandal wahrgenommen hat.
Wir hatten nach unseren Eindrücken nicht gedacht, auf Solidarität der Bevölkerung zu stossen, fühlten wir uns doch als recht isoliertes Häuflein.

Unverständlich und überhaupt nicht nachvollziehbar war, daß für einen derartigen Bulleneinsatz von Seiten der Vorbereitungruppe keine Reaktion geplant war.

Mit einer derartigen Repression war doch zu rechnen. Es hätte doch nicht den Rahmen des Möglichen gesprengt eine VV vorzubereiten, bzw. einen Treffpunkt bekannt zu geben. Wir standen dann völlig orientierungslos herum, der weitere Ablauf, unsere Reaktion auf die Situation, war damit völlig dem Zufall überlassen.



Münchner sind ratlos: Wohin mit dem Müll?

IV

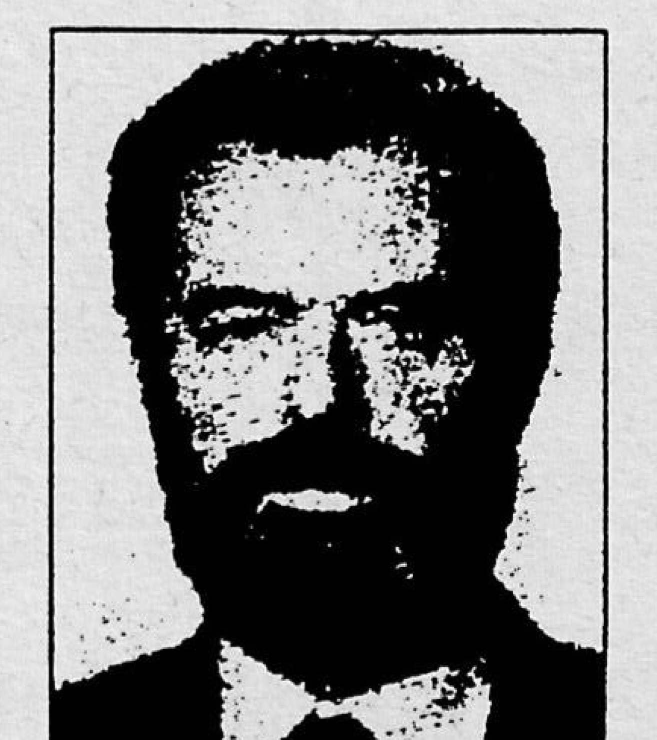
Der Abend wurde dann wider Erwarten gut.

Wir trafen uns um 19.00 am Stachus. Dort wurden dann die ersten Abendzeitungen verlesen: Ein völliger Verriss des Bulleneinsatzes.
Es gab dann eine spontane, laute Demo durch die Innenstadt zum Marienplatz. Als das USK versuchte erneut zu kesseln (haben die ja nun Erfahrung mit), löste sich die Demo auf. Zurück blieben verwirrte USKler, die von der Bevölkerung, durch Zeitungsartikel gegen die Ordnungshüter aufgehetzt, in lästige Diskussionen verstrickt wurden.

Während die Bullen beschäftigt waren zwischen der Bevölkerung die StörerInnen zu finden, begaben wir uns zum Bullenknast und forderten lautstark die Freilassung der Gefangenen.
Dieser Forderung wurde entsprochen.

Die Aktionen am Dienstag und Mittwoch haben wir nicht mehr mitgekriegt.

Insgesamt fanden wir die Tage politisch (auch persönlich) erfolgreich.
Es wurde geschickt agiert. Militanz wurde wenig aber effektiv eingesetzt.
Auf den Demos und am Montag wurde jede militante Konfrontation mit den Bullen vermieden. Dies hätte Verhaftungen und Verfahren nach sich gezogen, die Bullen waren zahlenmäßig weit überlegen.
Vorhandene Möglichkeiten wurden konsequent genutzt. (Lautstarke Spontandemos, ständige Präsenz in der Innenstadt) Unser Verhalten war zurückhaltend aber in keiner Weise defensiv.
Es gab keine Ruhe in der Stadt.
Durch dieses Verhalten, wurden die Bullen in absolute Argumentationsschwierigkeiten gebracht, das gerne verbreitete Klischee der steinewerfenden Autonomen konnte nicht propagandistisch verwertet werden.
Schon im Vorfeld gab es diese Propaganda: "Erwartet werden ETA, IRA, Teile der roten Brigaden und militante aus dem KOMM(Nürnberg)."
Dies konnten sie in dieser Weise nicht weiterführen.



Aus Liebe freigelassen: Erwin

Militanz wurde gezielt und genau genutzt (zwei Banken und Siemens haben gebrannt) und nicht reflexartig und ritualisiert wie es hier in Berlin immer wieder vorkommt und zu oft nur Verhaftungen nach sich zieht und andere Leute unnötig gefährdet.

Wir würden eine breite und allgemeine Diskussion über militantes Verhalten und den <u>sinn- und verantwortungsvollen</u> Einsatz von Militanz für wichtig halten. Dies nicht erst seit München.

Resümee: Das USK tappte blind in die raffiniert gestellte Militanzfalle.

Ein grosses Lob und eine verbale lila Pause an Leute vom EA, spitze gemacht!

Kommando Süsser Senf/AO

Grüße an die Senfgurken!

WIR KOMMEN WIEDER

Nach fünf Tagen Besetzung wurde am 8.7.92 die Oberbaumbrücke
mit Polizeigewalt geräumt.
Seitdem gibt's dort statt Hüttendorf und idyllischem Spreeblick
vor allem Absperrgitter, Baufahrzeuge und Wannen.
Der Senat zeigt damit, daß er sein Konzept Innenstadtring auch
gegen die Interessen der Bevölkerung durchsetzten will.

Die Brückenbesetzung hatte breite Zustimmung bei weiten Teilen der
Bevölkerung gefunden, was starken öffentlichen Druck gegen die
Schließung der Stadtringlücke ausübte.
Der Senat reagierte empfindlich gegen ein solches Forum des
Widerstands.
Die Räumung sollte vor allem die Organisierung und Verbreiterung
des Widerstands gegen Autobahnbau und Autoverkehrsterror beenden.

Massive Bullenpräsenz soll jeglichen weiteren Widerstand im Keim
ersticken.
Baufahrzeuge und Absperrgitter sollen zeigen, daß auf der Brücke
nichts mehr geht und uns Idylle und Spaß verderben.

Sorgen wir dafür, daß es ihnen nicht gelingt!

Wir lassen uns die Brücke nicht nehmen!

Feste feiern bis das Stadtringkonzept fällt!

Kommt alle zur

PARTY AN DER OBERBAUMBRÜCKE

19. 7. 17.00 UHR

Essen und Getränke mitbringen!

Treffpunkt: Gröbenufer/Oberbaumstraße

OBERBAUMBRÜCKE GERÄUMT ... DER TANZ GEHT WEITER !

BALD IST OFFIZIELLER BAUBEGINN...
ÜBERLEGT EUCH, WAS IHR DAGEGEN TUN KÖNNT

HÄNGT BEI EUCH TRANSPARENTE RAUS!
NERVT DIE BULLEN, DIE WACHE SCHIEBEN!

DER BAUZAUN MUSS WEG!

Folgendes BekennerInnenschreiben wurde der Redaktion zugesandt:

Unverhofft kommt oft - die Kämpfe gehen weiter

Wir haben am Abend des 7. Juli 1992 in Göttingen mit 100 Leuten gezielt kapitalistische Institutionen und Einrichtungen angegriffen: fünf Banken und zwei große Warenhäuser wurden entglast. Diese Aktion ist unsere Antwort auf den Weltwirtschaftsgipfel (WWG) in München. Die sexuelle Ausbeutung der Frauen ist ein grundlegender Bestandteil der herrschenden Welt- und Wirtschaftsordnung. Deshalb haben Frauen/Lesben u.a. ein Reisebüro angegriffen, das Sextouren vermittelt.

"Wenn ein Staatsgast kommt und die Hymne gespielt wird, soll man ruhig sein" (Helmut Kohl). Wer nicht ruhig ist, wird von der Polizei mißhandelt. Welche die imperialistische Weltwirtschaftsordnung und das damit verbundene Elend der meisten Menschen nicht kritiklos hinnehmen, werden niedergeknüppelt, getreten, die Arme ausgekugelt, die Köpfe an die Wand geklatscht, wie Vieh stundenlang auf engstem Raum in Polizeikasernen zusammengepfercht. Knapp 500 Leute wurden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Der Münchner Polizeieinsatz ist keine spezielle bayrische Variante, sondern Ausdruck der Faschisierung des staatlichen Apparates imperialistischer Staaten wie der BRD. Es dürfte vielen wieder klar geworden sein, daß dieser Staat sich im Innern nur solange demokratisch gebärdet, wie niemand seine Profit- und Machtinteressen in Frage stellt. In anderen Teilen der Welt werden von Seiten der BRD ohnehin Terror und Diktaturen unterstützt, um die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Hier wird der Überwachungsstaat perfektioniert, Widerstand soll frühzeitig erkannt und im Keim erstickt werden: der gläserne Mensch wird geschaffen. Die nächste Etappe zu diesem Ziel ist der Gesetzentwurf zum "großen Lauschangriff", der die Verwanzung von Wohnungen legalisieren soll. Wenn Menschen hier trotzdem den Widerstand organisieren, bekommen sie den Vernichtungswillen des Staates zu spüren. Wir erinnern an dieser Stelle an die weiße Folter, die Isolationshaft, gegen politische Gefangene aus dem Widerstand.

Wir lassen uns nicht einschüchtern durch laufende §129a-Verfahren und Bullenterror, sei es in München, Mannheim, Göttingen oder sonstwo und werden auch weiterhin antworten.

Wir grüßen alle Menschen, die sich an den Aktionen gegen den WWG beteiligt haben!
Für die militante Initiative!
Keine Räumung des Stegemühlenweg 22!
Frauen-Lesben-Zentrum bleibt!

Kommando flexibles Hinterland ❑

Göttinger Tageblatt DONNERSTAG 9. JULI 1992

Welle der Gewalt hält an – Erneut Scheiben zerstört

50 Vermummte werfen 60 Scheiben mit einem Schaden von mindestens 150 000 Mark ein – Polizei kündigt verstärkte Präsenz an

VON KLAUS PLAISIR

Göttingen. Die Schäden des Vortages waren gerade beseitigt worden, da schepperte es in der Innenstadt erneut. Eine Gruppe von 50 bis 60 vermummten Autonomen warf bei einem gewalttätigen Aufzug am späten Dienstagabend rund 60 größere Scheiben ein. Sachschaden: Rund 150 000 Mark.



Völlig entglast wurde der Eingangsbereich des Textilhauses Wehmeyer. Foto: Beuermann



Ein umfangreiches Arsenal von Wurfgegenständen stellte die Polizei sicher. Foto: Plaisir

VOLXSPORT

FC PORSCHE BRENNT DOCH!!!!!!!!!!!!!!!
(siehe Interim 191 u. 192)
Die Sommerpause ist vorbei, die 1. Berliner Wagensport Liga hat ihren Spielbetrieb wieder aufgenommen!
Im heimischen Stadion am Paul Linke Ufer kam es in der Nacht zum 13. Juli zum spannenden Vergleich zwischen dem verhaßten Auswärtsteam USK Porsche Carrera aus München und den LokalmatadorInnen von Schwarz-Rot Kreuzberg 36. Die GastgeberInnen konnten im Vergleich zum ersten Spiel ihre Chancen diesmal nutzen und errangen einen ungefährdeten 90.000 DM zu Null Erfolg. Die Verlierer mußten die Heimreise auf Socken antreten.
Greifen wir gemeinsam die Bonzen und Hauptstadtstrategen an, auf daß das "Investionsklima" in unserem Kiez ihnen zu heiß wird!

Liebe Grüße an den Volxsport Club Dynamo Kreuzberg!

P.S.:(auf deutsch: wir haben ne fette Bonzenschlauder aus München abgefackelt)



sie haben die oberbaumbrücke geräumt. soweit so schlecht!
als erste reaktion haben wir desshalb in der nacht vom 8.7. zum 9.7.92 zwei verkaufsautos vom autohaus golbeck in friedrichshain von einem dach aus, mit dicken steinen böse verbeult, so daß sie wohl nie über den stadtring rasen können!
was der volkswagenkonzern mit allgemeinem autoterror und konkreter umstrukturierung hier in berlin zu tun hat, brauchen wir wohl nicht zu erwähnen.
pech für vw, daß nun den ganzen (gerade angemieteten) parkplatz räumen mussten, da gegen steinregen der teuerste wachschutz nix nützt.
heute sie, morgen andere!
wir werden weiter gegen autowahn und für unsere kieze kämpfen!
OBERBAUMBRÜCKE BLEIBT STADTRINGLÜCKE!!

the falling stones





AN DIE: DEMOKRATISCHE WELTÖFFENTLICHKEIT

UND DEN UN- SICHERHEITSRAT

Die Vereinigung der Einzelgewerkschaften "UNABHÄNGIGKEIT" hat deutlich ihre Haltung zur Resolution 757 des UN-Sicherheitrates und zur ökonomischen Blokkade und den Sanktionen gegen Serbien ausgedrückt.

Unsere Haltung ist, Daß die serbische Bevölkerung durch die Sanktionen für etwas bestraft wird, wofür sie nicht schuldig ist.

Die westlichen Regierungen, die den UN-Sicherheitsrat kontrollieren, sind vielmehr verantwortlich für die Diktatur der Milosevic-Generäle als die serbische Bevölkerung.

Die Schwächsten und Unschuldigsten werden durch die Ausweitung der Blockade in bezug auf humanitäre und medizinische Hilfe und durch die Verhinderung des Transports von Medikamenten und medizinischer Ausstattung nach Banja Luka und anderen Städten getroffen.

Das hilft nur unseren Regierungskreisen ihre sinnlose Tyranei , - durch das Anheizen von Chauvinismus und Xenophobie ("Fremdenangst", Anm.) - zu verteidigen.

Wir alle wissen, daß sich die demokratische Öffentlichkeit um Frieden und Demokratie im ehemaligen Jugoslawien und den Baljanländern sorgt, und daß sie sich wehren wird gegen dieP Politik der us-amerikanischen und europäischen Regierungen, schwachen und bekämpften Diktaturen zuhelfen, anstatt die Gründung von demokratischen und friedensstiftenden Regierungen in Serbien, dem ehemaligen Jugoslawien und den Balkanländern zu unterstützen.

Ist das das gleiche Ziel für ganz Osteuropa?

Wir bereiten einen Generalstreik vor , mit den gleichen Zielen , die heute alle demokratischen und patriotischen Kräfte in Serbien zusammenschließen.

Diese Ziele sind: Rücktritt aller herrschenden Machtinstituionen, Bildung einer provisorischen Übergangsregierung und Wahlen für eine konstituierende Versammlung.

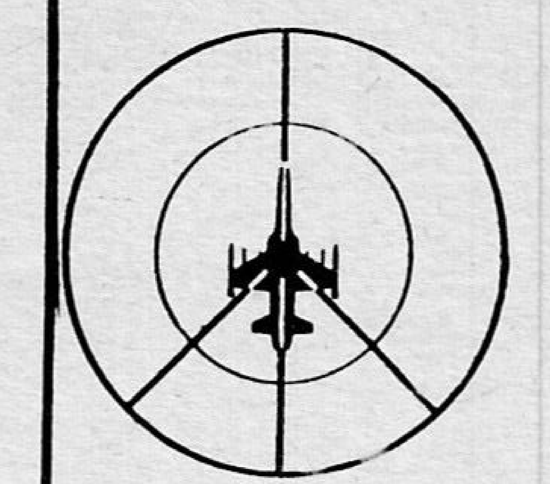
Blockaden und Sanktionen, Drohungen mit einer militärischen Intervention helfen nicht nur nicht, sondern behindern diesen ProzeOß.

Wir fordern Euch auf, die Blockade uds und Sanktionen ebenso wie Die Drohung der militärischen Intervention, zu stopppen.

Als ersten Schritt in diese Richtung fordern wir Euch auf, alle Restriktionen betreffend den Transport von humanitären und medizinischen Hilfen für alle Völker des ehemaligen Jugoslawiens zu stoppen.

Wir bitten um die Unterstützung der demokratischen Weltöffentlichkeit und aller Gewerkschaften für diese Forderungen.

Belgrad, 25.06.1992.



DIE KAMPAGNE GEGEN WEHRPFLICHT ZWANGSDIENSTE UND MILITÄ[R] HAT EINE WEITERE BERATUNGSSTELLE

POLITBÜRO



BERATUNG ZU:
- (totaler) Kriegsdienstverweigerung
- Erfassungs-/ Musterungsverweigerung
- Reservistenverweigerung
- Wehrflucht
- Zivildienst

Mittwoch 19 - 21 Uhr

POLITBÜRO, EINSTEINUFER 41, BERLIN-CHARLOTTENBURG
U-BHF. ERNST-REUTER-PLATZ; BUS 245 DIREKT VOR DER TÜR (EINSTEINUFER/MARCHSTRASSE)

betr.: Nr.201 - Kurze Richtigstellung zum Vorwort

1. Der Artikel auf Seite 12-13 "Mit Geronimo auf Bergtour" ist nicht vom autonomen Buchautor "Geronimo" geschrieben, sondern von "Autonomista Alpinista" - wie auch deutlich drunter steht.
2. Titel und erste Zeilen beziehen sich auf ein in der Münchner Szene weit verbreitetes T-Shirt, auf dem der Indianerhäuptling Geronimo abgebildet ist und dazu der Spruch "Leben und Kämpfen wie Geronimo - Kampgne 1992". Offensichtlich kommt aber der beabsichtigte Witz für Leute, die das T-Shirt noch nie gesehen haben, nicht rüber.
3. Somit ist die Kritik am autonomen Buchautor "Geronimo" ("schulterklopfende Selbstdarstellung" und "Personenkult") im Vorwort schlicht falsch; er ist vielmehr selbst Objekt der sprachlichen Sticheleien des Autors des Artikels. !!!

"Ethno-Konflikte", "Verteilungskämpfe" überall - eine neue Wirklichkeit oder nur ein neues (altbekanntes) ideologisches Raster?



Einleitung

Haben die verschiedenen ethnischen und nationalistischen Kämpfe, die zur Zeit nicht nur die Landkarten, sondern auch den Lauf der Geschichte maßgeblich verändern, etwas Gemeinsames? Können wir verallgemeinernd über die Kriege und Konflikte sprechen, die zur Zeit den Balkan erschüttern, den Nahen Osten und Zentralasien in eine große Kriegsgefahr führen, die in Kenia, in Angola, in Südafrika so viele Tote verursachen? Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß jeder dieser Konflikte seine jahrelange, oft jahrhundertelange Vorgeschichte hat, daß er nur auf diesem Hintergrund gerechterweise erfaßt und auch gelöst werden kann. Aber es drängt doch zu einer Antwort, warum so zeitgleich, warum so erschreckend ähnlich auf allen Kontinenten diese Konflikte und Kriege, diese Pogrome und männerchauvinistischen Milizen herausbrechen, warum sie mit einem Mal eine Chance haben, Gesellschaften und Grenzen so grundlegend zu verändern.
Wir sind uns nicht so sicher, ob wir nicht bei den ethnischen und nationalistischen Tagesmeldungen Chimären aufsitzen, ob das uns Berichtete tatsächlich wahr ist. Sind die Demonstrationen und Regierungsumstürze tatsächlich durch und durch nationalistisch, oder sind das nur die jeweiligen Eliten, die da etwas verbrämen? Tatsache aber ist anscheinend, daß es in der Gesellschaft in Europa wie auch auf anderen Kontinenten immer mehr verlangt wird, daß man sich mit einer bestimmten ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit ausweisen kann. Nur dadurch bekommt man Zutritt zu bestimmten staatlichen Leistungen, zu internationalen Hilfsleistungen usw.
In unserer Arbeitsgruppe soll es uns um zwei Zugangsmöglichkeiten zu diesem Thema gehen: Da ist zunächst der Versuch, verallgemeinernd die derzeitige Konjunktur, die Hochkonjunktur der Nationalismen und Ethnisierungen weltweit zu klären. Die ökonomischen und internationalen Umstände dieser Konjunktur erklären möglicherweise mehr als die innere Dynamik, die endogene (innere, d.Red.) Logik dieser Prozesse. Die äußeren Umstände zwingen zu neuen Arten von Kämpfen. Auch wenn die Wörter gleichgeblieben sind - Nation, Souveränität, Staat, Stamm, Ethnie - so sind die tatsächlichen gesellschaftlichen Begriffe heute ganz anders gefüllt als in den vergangenen zwei Jahrhunderten.
Der zweite Vortrag versucht dagegen eher den exemplarischen Zugang zu den Nationalismen und Pogromen im Nahen Osten. Auch dort wird die Kategorie des Nationalismus relativiert, - sind es Milizen, die sich als Banden zunehmend verselbständigen? - sind es "Eliten", die mit der Moral Majority kaum etwas zu tun haben? - sind es historische Ansprüche von jahrhundertelang unterdrückten Minderheiten?

Referat I: Ethno-Konflikte als Zerfallsprodukte der früheren Nationalstaaten

I. Einleitung

Die Nationalisierung und Ethnisierung vieler Kämpfe vollzieht sich in diesen Jahren vor dem Hintergrund größter ökonomischer und politischer Krisen. Entstehung und Ziele nationalistischer und ethnischer Bewegungen sind nicht mehr zu erfassen mit Kategorien, die uns das 19. Jahrhundert beigebracht hat: Zu fragen ist vielmehr, und zwar gleichzeitig zu unserer Themenstellung, aus welchen Gründen sich die herrschenden politischen Formen wie Nationalstaat, Binnenmarkt und nationaler Klassenkompromiß überall auf der Welt in Zerfall befinden. Überall entstehen nationalistische und regionalistische Strömungen, die die Schwäche der alten Nationalstaaten manifest machen. Nirgendwo haben erfolgreiche nationalistische Bewegungen heutzutage noch die Illusion, sie könnten eine eigene Binnenwirtschaft und eine volle staatliche Souveränität wie die herkömmlichen Nationalstaaten aufbauen. Von Anfang an sind sie auf die UN, auf die Hilfsprogramme der Banken, auf den Ausverkauf ihrer Ressourcen an die Transnationalen angewiesen. Wir sehen die neuen nationalistischen und partikularistischen Tendenzen als Zerfallsprodukte der früheren Nationalstaaten, und als Faktoren, die den Zerfall der früheren Nationalstaaten noch beschleunigen.
Bei diesem Entstehungsprozeß neuer Staaten handelt es sich nicht um eine lineare Entwicklung. Denn es ist ein Umbruch von einer Welt mit mehreren hundert Staaten in eine Welt mit vielleicht mehreren zehntausend, deren Interessengeflechte, deren Konfliktlinien und deren Zukunft wir noch nicht kennen. In Westeuropa bemerken wir dies vielleicht zu allerletzt, weil hier die Nationalstaaten diesem Prozeß auf einer anderen Ebene - durch die EG-Integration - entgegensteuern und das Ende des nationalen Klassenkompromisses noch nicht so abrupte Folgen zeitigt wie etwa in Los Angeles, in Houston und San Francisco in den USA.
Noch nie sind in den letzten 20 Jahren so viele Regierungen und Regime auf der ganzen Welt in so kurzer Zeit gestürzt worden. Die Liste der betroffenen Länder wäre zu lang, um sie hier anzuführen. Noch nie sind so viel Grenzen gleichzeitig auf der ganzen Welt infrage gestellt worden. Und überall findet in diesen wenigen Jahren der Abschied vom nationalen Binnenmarkt als Rahmen des eigenen Entwicklungsmodells statt, teils erzwungen durch den IWF, teils durchgesetzt durch Forderungen der Bevölkerung, beispielsweise durch Bergarbeiterstreiks in Rußland, wo die Kumpel ihre Kohle in Devisen direkt auf dem Weltmarkt absetzen wollen. Oder durch tadschikische islamisch-nationalistische Bewegungen, die das geförderte Uran bereits angeblich auf dem Weltmarkt feilbieten. Dabei handelt es sich ja nicht um Koalitionen zwischen Weltbank und "denen ganz unten", sondern um die Krise, ja den Wegfall der obsolet (veraltet, überfällig, d.Red.) gewordenen Binnenmarktstrukturen.
Um diese neuen Bewegungen von unten soll es uns hier gehen, die mal als ethnische, mal als unterdrückte nationale Bewegungen auftreten, mal als schlicht separatistische gegenüber einer

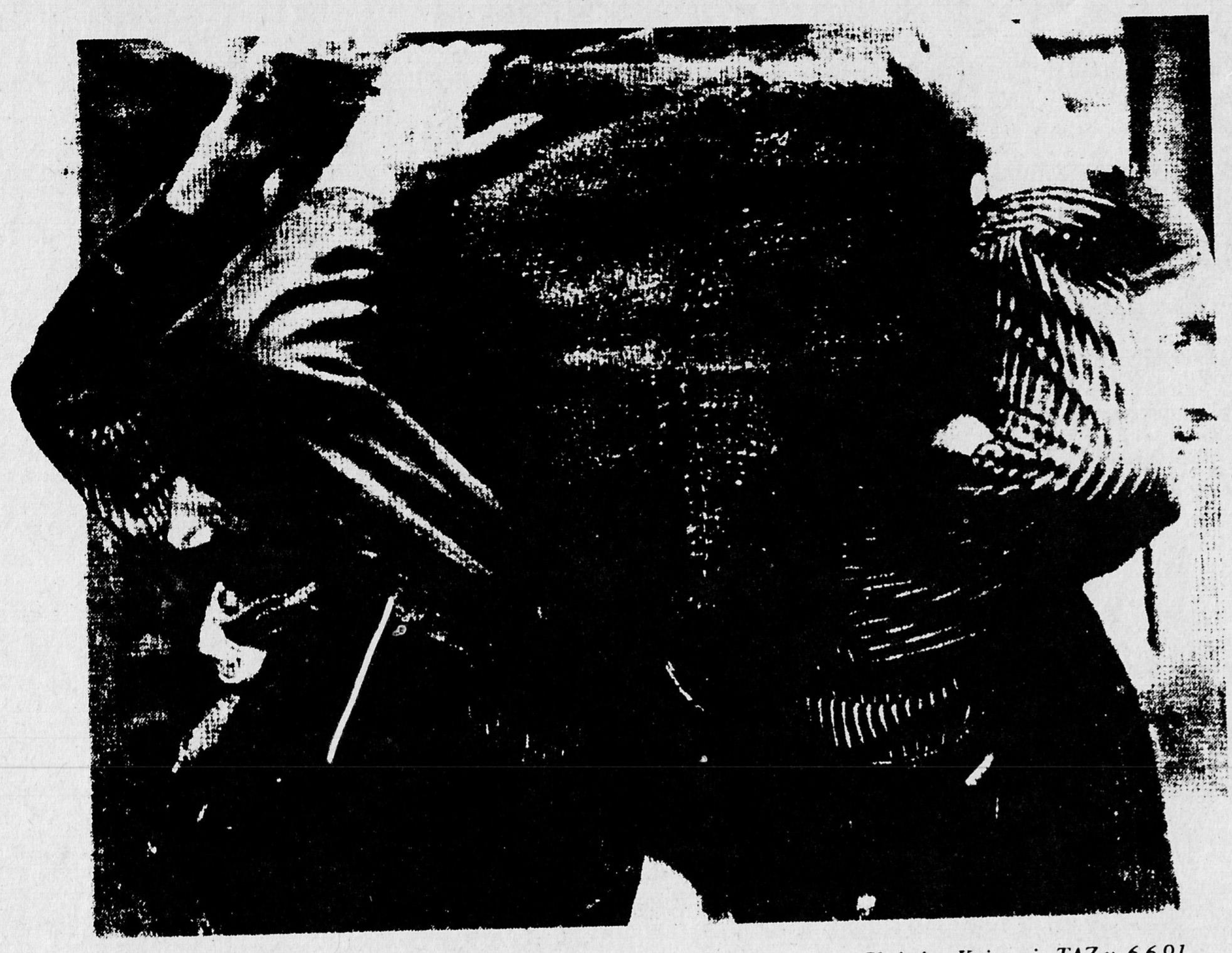


Foto: Christian Kaiser, in TAZ v. 6.6.91

Zentralmacht, die als solche in Frage gestellt wird.
Wir denken, daß wir noch nicht die nötigen analytischen Instrumente haben, um die genannten Bewegungen vollständig dechiffrieren zu können, und daß uns der Blick auf diese Bewegungen verstellt wird durch das Raster "Zivilisation in Europa" und brutale, irrationale "Ethno-Streitigkeiten" im Rest der Welt. Zur Methode ist anzumerken, daß wir nicht der Theoretisierung der Differenz folgen möchten, die jeder Hautfarbe, jedem Volk, jeder Bewegung ihre eigenen Regeln zuschreibt und daraus folgt, daß wir als "Weiße" diese Prozesse weder verstehen noch analysieren können.

II. Mundialisierung

Ob Kurdistan, Kroatien oder Kaukasus: Jede Stadt, jeder Ort hat heute mehr Beziehungen zu globalen Weltebenen als zur alten Zentralmacht. Radio und Fernsehen senden weltweit aus den Brennpunkten der Konflikte, an denen oftmals zunächst nur wenige Tausend Menschen beteiligt sind, und werden überall als Welt-Nachrichten empfangen. Die UN ist eingeschaltet zur Konfliktregelung, und zahlreiche internationale Nicht-Regierungs-Organisationen haben sich vor Ort verankert. Lebensmittelnachschub kommt häufig nicht aus den Nachbarländern, sondern aus anderen Kontinenten, Waffen ebenfalls. Ölkonzerne, Banken, Weltbank und IWF entwickeln Regionalprogramme für die Konflikte und stehen in unmittelbarem Kontakt zu den neuen, gerade erst entstehenden Eliten.
Wo selbst die etabliertesten Nationalstaaten im Trikont an den IWF und an die Konzerne des Weltmarkts zunehmend Souveränität verlieren, können sich die aufstrebenden neuen National-"staaten" die Attribute des Nationalstaats nur noch als Fassade leisten. Wesentlich ist für sie nicht mehr der Binnenmarkt, sondern der direkte Zugang zum Weltmarkt und zu den Welt-Regierungs-Organen.
Auch auf individueller Ebene hat sich der Erfahrungs- und Handlungshorizont verschoben. Die Migration, die Arbeitsmobilität hat den Ausgebeuteten und Unterdrückten weltweit ein konkretes Bild der Gesellschaft in der Großstadt, in den Zentren, ja häufig sogar in anderen Kontinenten vermittelt. Aber dieser Explosion an Erfahrung steht eine Implosion an Veränderungs-, an konkreten Handlungsmöglichkeiten gegenüber. Die Organisierung in sozialen Interessensverbänden haben sie als praktische Zementierung der bestehenden nationalstaatlichen und ungleichen Aufteilung der Welt erlebt.
Mit den neuen nationalistischen, ethnischen und separatistischen Bewegungen erhebt sich - auch - die Forderung nach einer lokalen Überschaubarkeit und nach Kontrolle der direkten Abhängigkeit von der "Weltebene". Die Vermittlung über und die Vertretung durch die alten Zentren der früheren Nationalstaaten wird als parasitär abgelehnt. Die Illusion, die mitschwingt im Vertrauen auf die Weltmarkstrukturen, auf die Welt-Herrscher und weltweiten Medien, ist riesig. Die Verachtung für das alte unterdrückerische Zentrum und des häßlichen Nachbarn, von dem man sich abkoppelt, riecht nach Pogromen gegen die dortigen Bevölkerungen.

III. Krise des nationalen Klassenkompromisses

Noch vor zehn Jahren haben sich die Arbeiter in den Fabrikkämpfen in Istanbul eher als Arbeiter und nicht in erster Linie als Kurden oder Türken selbstdefiniert. Und die Arbeiter, die in diesen Jahren die galizischen Werften verteidigen und besetzen, sind heute in galizischen Gewerkschaften, und waren früher in den kämpfenden kommunistischen Betriebsorganisationen. Die Kämpfe haben nicht aufgehört, ganz im Gegenteil. Aber woher kommt es, daß sich die Subjekte dieser Kämpfe immer

weniger aus ihrer sozialen Situation heraus definieren und immer mehr nationalistisches Selbstverständnis aufnehmen?
Für die ehemals mächtigen kommunistischen Parteien im früheren Ostblock ist die Sache einfacher zu erklären. Durch den nationalistischen Schwenk versuchen sie, ihre pure Machtbasis zu erhalten, oder zumindest die Reste davon.
Aber der Ideologie-Umschwung an der Basis, bei denjenigen, deren soziale Situation sich im Lauf der letzten zehn Jahre zumeist drastisch verschlechtert hat, bleibt für uns ziemlich rätselhaft. Die oberflächliche Annahme, daß sich die nationalistischen Arbeiter auf Kosten ihrer Kumpels aus den Nachbarnationalitäten bereichern oder bessere Stellungen herausschlagen wollen, ist zumeist falsch. Die nationalistischen Arbeiter sind - das zeigen die jüngsten Beispiele in den verschiedensten Ländern - radikaler in ihren Klassenforderungen. Sie kritisieren die herrschende Gewerkschaftspolitik als kompromißlerisch und als scheinheilig, da die alten Gewerkschaften schon immer die etablierten Nationalstaaten als Herrschaftsform anerkannt und damit die unterdrückten nationalen Minderheiten auch in ihren sozialen Interessen nie richtig vertreten haben.
Die nationalistischen und separatistischen Bewegungen kündigen damit einen territorialen Klassenkompromiß auf, der seit 1929 vorherrschend oder Leitziel gewesen ist. Dieser territoriale staatstragende Kompromiß sah den Wohlfahrtsstaat in nationalstaatlich begrenzten Formen vor, also Sozialabgaben und -garantien vonseiten des Staats und Kapitals und die Verpflichtung zu landesweiter, flächendeckender "Entwicklung". Die Arbeiterklasse sollte von internationalistischen, grenzüberschreitenden Kämpfen abgebracht und in die Identifikation mit Staat und nationalem Kapital getrieben werden. Dieses Geschäft besorgten die staatstragenden Organisationen der Arbeiterbewegung.
Diese Entwicklung ist zuende. Das transnationale Kapital sucht sich Inseln der intensiven Industrialisierung und hat sich von den flächendeckenden Entwicklungsprojekten verabschiedet. Armuts- und Verelendungszonen treten an die Stelle des früher einbezogenen Hinterlands der Industrialisierung.
Wie weit die nationalistischen und separatistischen Bewegungen bereits mit ihren eigenen neuen bürgerlichen Eliten verbunden sind, wie weit sie von denen instrumentalisiert und manipuliert werden, wäre ein Kriterium zu ihrer politischen Beurteilung. Aber im Unterschied zu früheren nationalen Befreiungsbewegungen haben die neuen Tendenzen kaum die zweifelhafte Chance auf volle Staatlichkeit und eigene Ökonomie, so daß die neuen Eliten eher als Armuts-Eliten auf den Plan treten. Ihre Rolle als Armuts-Eliten erwartet sie, wenn sie auf die Ebene der UN- und Weltbank-Bürokratie zu verhandeln beginnen.

IV. Nationale, ethnische und andere Gruppenidentitäten

Das Wort Identität ist inflationär geworden. In den 50er und 60er Jahren haben in den USA die Fachbereiche der sozialen Anthropologie, in den 70er Jahren die Fachrichtungen der Ethnomethodologie an diesem Begriff herumgedoktert. Es war ein Ansatz, den die US-Institutionen in der konterrevolutionären Wühlarbeit gegen soziale und politische Befreiungsbewegungen entwickelten. Auch wenn heute das Wort Identität ideal ist für Instrumentalisierungen und Demagogie, so kann man den inflationären Zwang zur ethnischen und nationalistischen Identitätsbildung doch beileibe nicht mehr durch Drahtzieher des Imperialismus allein erklären. Warum werden Gruppenmerkmale, die unabhängig von sozialen und Klasseninteressen bestehen, wie Sprache, Religion, Hautfarbe, Staatszugehörigkeit, zur Zeit derart identitätsbildend? Ist es der Staat, der das durch seinen institutionalierten Rassismus fördert, und die Ausbeutungsordnung, die zunehmend exklusive Bestimmung des Staatsvolks? Ist das Ziel eine kastenähnlichen Einteilung der Gesellschaft, auf der jede Community einen bestimmten Rang von abgestufter Rechtlosigkeit oder eine bestimmte Anzahl von Privilegien zugewiesen bekommt - sieht so das Idealbild der staatlichen und auch internationalen Ordnung aus?
Oder aber ganz anders: Sind es die Deklassierten, die Diskriminierten, die abgeschlagenen Landesteile, die neuen Armutsregionen, die mit Nationalismus und Selbstbewußtsein auf Herstellung ihrer Rechte pochen und gegen die Ausbeutungsordnung aufstehen wollen?
Oder noch ein anderer Ansatz: Sind es die Beinahe-Verlierer der weltweiten Modernisierung, aber nicht die Hungerleider, sind es also die vorletzten, die die Hungerregionen nicht mehr mit durchfüttern möchten?
Beispiele lassen sich sicher für alle diese Fälle zuhauf finden. Nationalisierung und Ethnisierung vieler Konflikte erklärt allein noch nicht viel - jede gesellschaftliche Auseinandersetzung muß wie früher auch im einzelnen auseinandergenommen und analysiert werden. Und es muß im Einzelfall geklärt werden, wer an der Nationalisierung und Ethnisierung Interesse hat: Signalisieren unterdrückte und ausgebeutete Gruppierungen ein erwünschtes Ende der akzeptierten Unterwürfigkeit, oder werden Bevölkerungsgruppen und ganze regionale Bevölkerungen als fremdartig stigmatisiert und der aufgehetzten Stimmungsmache als Sündenbock, als natürlicher Feind, zum Abschuß freigegeben?
In einer Zeit, in der die Aufteilung der Welt in Blöcke zuende geht, stehen die regionalen, kleineren nationalistischen Auseinandersetzungen nicht mehr unter der erpreßten Loyalität zu jeweils einem der Blöcke und können sich anders entfalten. Aber diese beendete großpolitische Wetterlage der Blöcke erklärt noch nicht den aktuellen Hang auch innerhalb der Gesellschaften zu ethnischer, sprachlicher und religiöser Gruppenbildung. Wichtiger scheint der ökonomische und politische Umbruch auf der Welt zu sein, in der Nationalstaaten, Binnenmärkte und Autarkie als Orientierungsmarken rapide an Wert verlieren und weltweit ähnliche Widersprüche geschichtsmächtig werden: Die Widersprüche zwischen arm und reich, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern. Die Ethnisierung und Nationalisierung der Kämpfe wird keine neuen Imperien und keine befreiten Gebiete schaffen, sie werden nicht denselben Zwang ausüben können wie bis vor wenigen Jahren die Aufteilung der Welt in US- und SU-Sphäre.

Referat II: Eine neue Runde im weltweiten Verteilungskampf Einige Gedanken zu nationalen und ethnischen Konflikten unter der neuen Weltunordnung

Nationale Konflikte sind auf dem Balkan und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion in den letzten Jahren förmlich explodiert.
Nicht nur sie, auch einige nationale Befreiungskämpfe gewinnen unter den Bedingungen der neuen Weltordnung neue Dynamik.
Gleichzeitig gewinnen rassistische und aggressiv-nationalistische Bewegungen in den westeuropäischen Einwanderungsstaaten Massenbasis in erschreckendem Maße.
Was diesen Konflikten heute einen anderen Charakter gibt und diese neue Dynamik verursacht, sind die weltweiten Veränderungen und Entwicklungen:
- Der Zusammenbruch der Sowjetunion als letztem Vielvölkerreich und die Auflösung des realsozialistischen Blocks, und damit das Ende von "Stellvertreterkriegen" in der 3. Welt,

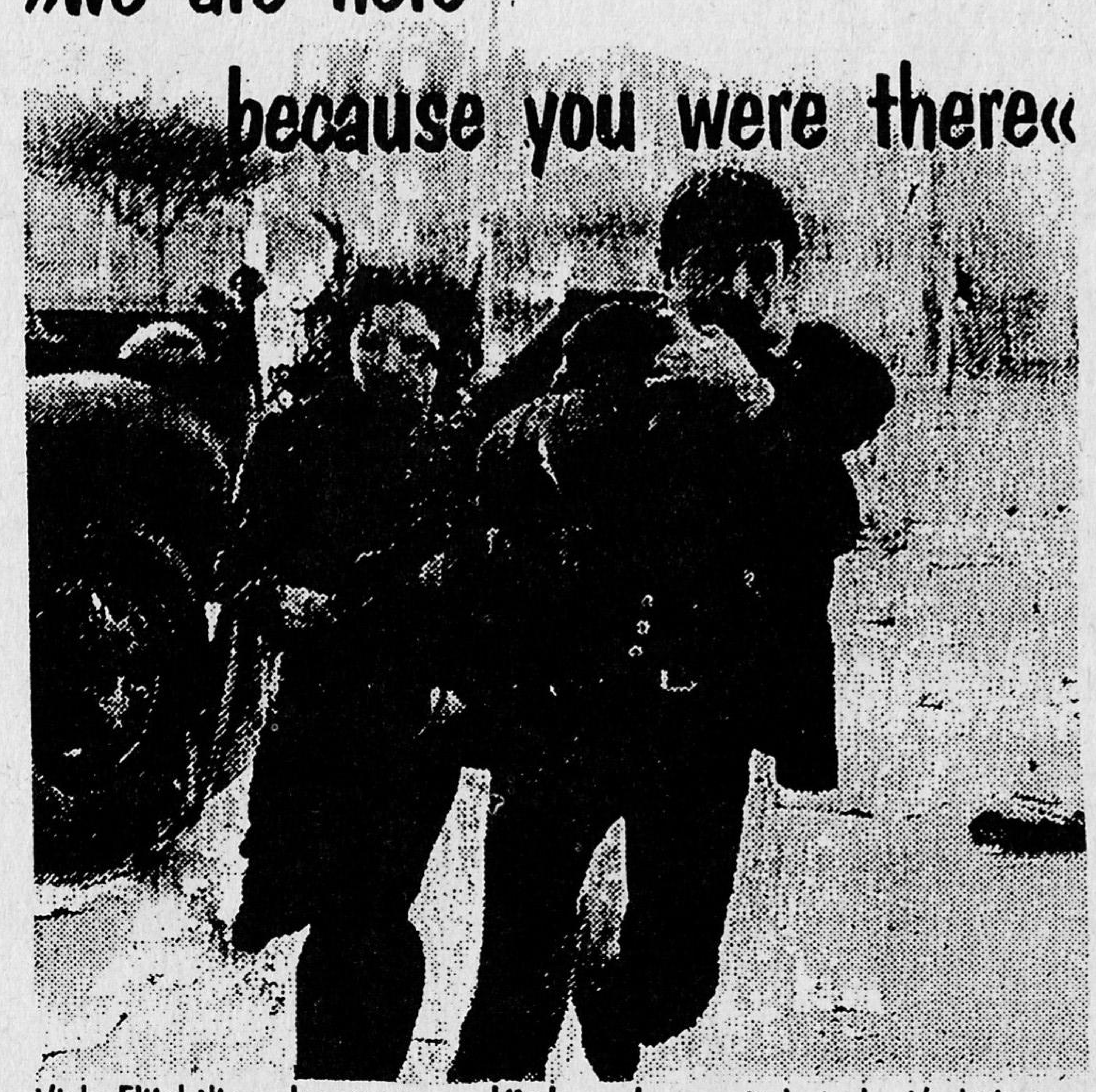
- Der zweite Golfkrieg mit seinen regionalen Folgen vor dem Hintergrund der imperialistischen Interessen an der langfristigen Sicherung der Ölversorgung, aber auch als Modellfall für Kriege und Konflikte in dieser neuen Ära (Middle Intensity Conflicts),
- Der weltweite Triumph der Marktwirtschaft mit ihrem "Siegeszug" im Osten.
Meiner Ansicht nach sind viele der Konflikte, die sich uns als rein nationalistisch darstellen, durch andere Ursachen bedingt. An Beispielen läßt sich zeigen, wie andere soziale und politische Ursachen zur Entstehung solcher Konflikte beitragen und wie sie ihre eigene Dynamik entwickeln.
Es ist weniger die Kraft nationalistischer Bewegungen, die die heutige Dynamik verursacht, sondern die Krisen und Zusammenbrüche im bisherigen Staatensystem und die Implosion staatlicher Strukturen. Die Krise der Sowjetunion ist nicht eine Krise der Nationalitäten gewesen. Die Konflikt- und Trennungslinien existierten sicherlich schon vorher, aber sie konnten sich erst in dem entstandenen Vakuum entfalten. Dieser Auflösungsprozeß korrespondiert mit der Selektivität des Kapitals, das sich in den Staaten der Dritten Welt nur noch einige Industriezonen herausgreift und ganze Regionen dem Elend überläßt.
Die Unterscheidung zwischen den neu unter unter anderen Bedingungen aufgebrochen nationalen Konflikten und den noch existierenden nationalen Befreiungsbewegungen ist meiner Ansicht nach wichtig - auch wenn sich deren Erfolgsaussichten und z.T. auch Zielvorstellungen in dieser neuen Ära gewandelt haben. Dennoch gibt es einige Momente, die allen nationalistischen Bewegungen gemein sind.

I. Relevanz nationaler Identitäten

Wir können Anhaltspunkte dafür finden, daß soziale, lokale, regionale Identifikationen eine wichtige Rolle spielen können. Es sind nicht immer Mehrheiten und breite Bevölkerungsteile, die in nationalistischen Konflikten aktiv werden, sondern als "moral majority" agierende Eliten oder Klassen, die "ihre" nationale oder konfessionelle Gruppe in Schach zu halten vermögen. Ein Beispiel dafür ist der Bürgerkrieg im Libanon:
Dort haben die konfessionellen Massaker und Gegenmassaker, Massenvertreibungen und die lokale konfessionelle Herrschaft, die den ohnehin schwachen libanesischen Staat aus fast allen Bereichen verdrängt hat, die Menschen zur Annahme des konfessionellen Musters gezwungen und die Einordnung in konfessionelle Muster zur Überlebensfrage gemacht. Demgegenüber existiert aber nach wie vor libanesisches Bewußtsein, was in den Aktivitäten von Gewerkschaften, Berufsverbänden, in Solidaritätsstrukturen in Flucht- und Vertreibungssituationen (Bei den Bombardierungen im innerchristlichen Bürgerkrieg fanden Zehntausende von Christen aus Ostbeirut Zuflucht im schiitischen Südlibanon) zum Ausdruck kam. Salim Nasr, ein libanesischer Autor, nennt dies den ungeschriebenen Teil der Geschichte des Libanon.
Fremd- und Eigenzuschreibungen: Nationalistische Zuschreibungen vereinfachen soziale Phänomene. Man denke an die türkischen Jugendgangs, die in Wirklichkeit durchaus heterogen sind, in ihren Reihen finden sich deutsche und arabische Jugendliche. Oder etwa jene Drogenmafia, die, weil in bestimmten Gegenden viele Kurden als Endverkäufer auftreten, inzwischen kurdische Mafia genannt wird. Dahinter mag dieselbe Mafia aus der Türkei stecken, die für ihre enge Verflechtung mit den türkischen Faschisten bekannt ist.
Umgekehrt kann eine nationale Identifikation ein selbstgewähltes Vehikel sein, Forderungen durchzusetzen: "Die einheimische Bevölkerung Cornwalls hat das Glück, ihre regionale Unzufriedenheit in den attraktiven Farben der keltischen Tradition darstellen zu können, wodurch sie besser sichtbar wird, auch wenn so einige verleitet werden, eine Sprache wiederzubeleben, die seit über 200 Jahren nicht mehr gesprochen wird; [...] Damit sind sie besser dran als beispielsweise die Bewohner von Merseyside (Ballungsbereich um das Zentrum Liverpool; Anm. d. Übers.), die zur Verteidigung ihrer ebenso stark oder noch stärker bedrohten Lokalinteressen nur die Erinnerung an die Beatles, an Generationen berühmter Liverpooler Komiker und die stolze Tradition ihrer rivalisierenden Fußballmannschaften ins Feld führen können [...]. Merseyside kann keine nationalistischen Fanfaren blasen, Cornwall dagegen wohl. Aber sind die Situationen, die in einem Gebiet Unzufriedenheit erzeugen, so grundsätzlich verschieden von denen, die woanders zum selben Ergebnis führen?"

II. Nicht-"nationale" Konfliktursachen

Koloniale Abhängigkeiten: In der ehemaligen SU brechen die Konflikte



Viele Flüchtlinge kommen aus Ländern, deren mörderische Verhältnisse die BRD durch »Militärhilfe« und »Wirtschaftshilfe« mitgestaltet.

der Zeit nach der Oktoberrevolution wieder auf, nachdem sie jahrzehntelang vom Realsozialismus eingedämmt oder einer kooptierenden Selbstregelung überlassen worden. Die SU z.B. hat das koloniale Erbe des Zarenreiches übernommen und ausgebaut. Die zentralasiatische Peripherie war (und ist) Rohstofflieferant und vom russischen Zentrum in vielerlei Hinsicht abhängig. Zur Herrschaftssicherung wurden Minderheiten umgesiedelt und russische oder andere Populationen implantiert, nach dem Prinzip "Teile und herrsche" wurde das zentralasiatische Turkestan in Einzelrepubliken zerlegt und für jede ein entsprechender Nationalismus kreiert, ein Nationalismus aus dem heraus heute die verhängnisvollen Gebietsansprüche an die Nachbarrepubliken gestellt werden (z.B. Tadschikistan/Usbekistan).

Koloniale Grenzen: Viele Staaten des Mittleren Ostens und Afrikas sind auf dem Reißbrett der Kolonialherren entstanden, wurden entlang von Interessengrenzen gezogen (Sykes-Picot als französisch-britischer Interessenausgleich), teilen Völker auf verschiedene Staaten auf, zerschneiden Wirtschaftsräume. Die britischen Ölinteressen in Mossul/Kerkuk haben diese hauptsächlich kurdischen Gebiete zu einem Teil des Irak werden lassen. Interner Kolonialismus und Unterunterentwicklung sind weitere Stichworte, die die Situation von Völkern, Nationalitäten, Gruppen in der Peripherie peripherer Staaten beschreiben.

Ausspielen von Minderheiten: Mit der Protektion ausgewählter Minderheiten haben die europäischen Mächte ihre Interessen im Osmanischen Reich durchgesetzt, man denke etwa an die Rolle Frankreichs und Englands als Schutzmächte für die Maroniten und die Drusen im Libanon oder die französische Politik als Mandatsmacht in Syrien, wo das Projekt einer Aufspaltung Syrien in Minderheitenstaaten (Alawiten, Drusen, Sunniten) entstand. Diese Trennungslinien wirken heute noch fort.

Soziale Konflikte: Die Überwindung von Ausbeutungs- und Abhängigkeitsstrukturen ist vorrangiges Ziel nationaler Befreiungsbewegungen. In Kurdistan etwa, dem Armenhaus der Türkei, nährt sich die Dynamik des Befreiungskampfes aus dem Elend der kurdischen Regionen, ist das Grenzgebiet zu Irak und Syrien, durch das UN-Embargo gegen Irak wirtschaftlich am Boden, Zentrum des Aufstandes in Stadt und Land.

Auch in den Konflikten im Süden der SU kommen soziale Momente zum Tragen. Während die alteingesessene Bevölkerung in Usbekistan etwa in den Exportmonokulturen und in teilweise feudalen Verhältnissen arbeitet, haben neu eingewanderte Minderheiten in modernen Sektoren Platz gefunden.

Religiöse Identitäten: Religiöse Identitäten haben oft einen konstituierenden Charakter für nationale Bewegungen, gerade im Islam, der von den Muslimen nicht nur als religiöses Bekenntnis, sondern auch als eine Lebensweise verstanden wird.

Dort wo Sprach- und ethnische Grenzen mit religiösen Trennungs-linien zusammenfallen, verleihen sie, wenn es zu Konflikten kommt, diesen eine zusätzliche Dimension und kann der religiös-konfessionelle Faktor im Spiel regionaler und internationaler Interessen entscheidend werden. Das gilt für Armenien/Azerbaidschan z.B.

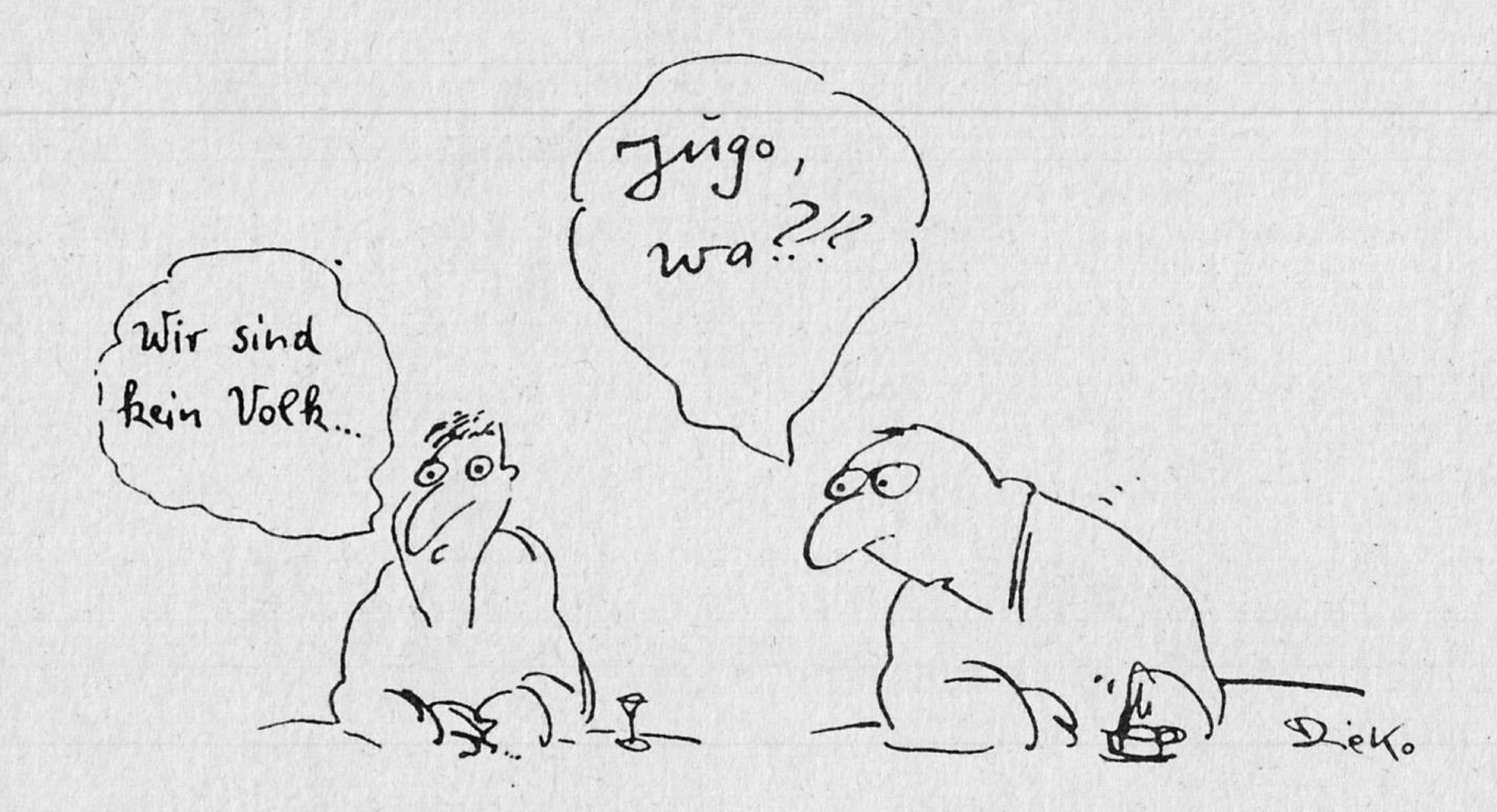
Machterhalt alter Eliten: Und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, ja schon in dem mit der Perestroika einsetzenden Konflikt um die Macht in der Peripherie bedienten sich die die lokalen Parteieliten, die unter Breschnew als Preis für ihre Loyalität zum Zentrum relative Autonomie genossen hatten, verschärfter nationalistischer Töne, um der Herausforderung durch Reformkräfte im Zentrum zu begegnen. Sie forcieren die Loslösung vom Zentrum, um den Zugriff auf die Resourcen zu bekommen, und sie versuchen andererseits, durch die Projektion eines gemeinsamen Feindes, die Nachbarrepublik etwa oder gar eine Minderheit wie die Meßcheten in Usbekistan, von den innergesellschaftlichen Widersprüchen abzulenken.

Die Gang- und Mafiastruktur, die sich auf der mittleren Ebene im Apparat eingenistet hatte, ist der Kern für die ultranationalistische Bewegung der Usbeken gewesen, die schließlich das Pogrom an den Meßcheten verübten.

Kriegsökonomie: Wenn der nationale Konflikt zum Bürgerkrieg eskaliert ist, regionale Bedeutung und Rückendeckung bekommen hat, kann er sich stabilisieren. Der Krieg wird unter solchen Bedingungen zur normalen Lebenssituation, unter seinen Bedingungen wird das Leben und die Gesellschaft reorganisiert. Waffendienst wird zur einzigen Einkommensquelle, Töten zur Lebensgrundlage. Der eigentliche Konflikt tritt in den Hintergrund.

Die Milizen haben im Libanon - dies Beispiel läßt sich auch auf nationale Konflikte übertragen - trotz mannigfaltiger politischer und ideologischer Unterschiede gemeinsam, daß sie sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens kontrollieren und Steuern, Zölle und Schutzgelder eintreiben. Sie zwingen die Angehörigen der Konfession, die sie vorgeben zu vertreten, bzw. die Bewohner der von ihren beherrschten Stadtteile zur Unterwerfung unter ihren "Schutz". Auch wenn sie, wie die schiitischen Milizen im Widerstand gegen die israelische Besetzung des Südlibanon, zu Beginn ihrer Laufbahn eine über rein konfessionelle Interessen hinausgehende "patriotische" Rolle gespielt haben, die für ihre Legitimation bedeutend war, ist ihre Herrschaft zu einem Krieg gegen die eigene Bevölkerung geworden. Die Milizen sind, so der libanesische Autor Fawaz Traboulsi, eine infernalische Maschine zur Ermordung der Angehörigen ihrer Religionsgemeinschaft, die ein multikonfessionelles Kartell von "warlords" und Profiteuren bereichern.

Die Eine adäquate Beschreibung liefert Talal Salman in der libanesischen Tageszeitung As-Safir: *"Konfessionalistische Parteien, Bewegungen und Organisationen haben einen großen und verblüffenden, alle Erwartungen übertreffenden Erfolg er-*



rungen: Jede Organisation hat das Ziel, für das sie ursprünglich angetreten ist, vollständig ruiniert.
Anfangs betrachtet jede Organisation ihre Konfession als Gottes auserwähltes Volk. Danach nimmt sie für sich in Anspruch, rechtmäßiger und alleiniger Vertreter dieses Volkes zu sein, macht sich so zum "auserwählten Führer des auserwählten Volkes", ohne zu berücksichtigen, was der Preis sein wird, den die Gemeinde dafür zahlen muß, auserwähltes Volk zu sein und sich für den auserwählten Führer zu opfern.
Während in der Folge die konfessionalistischen Parteien für ihre Gefolgsleute ein Trugbild fortgesetzter Siege über andere Konfessionen und Gemeinschaften, und später über rivalisierende Organisationen innerhalb der eigenen Konfession konstruieren, wird die Rolle der Bevölkerung mehr und mehr reduziert, verschwindet sie mehr und mehr von der Bildfläche, wird die Gemeinschaft mehr und mehr zurückgedrängt, verlieren sich ihre Rechte und ihre Ehre. Die Stellung, die früher die Gemeinde innehatte, nimmt nun die "führende Organisation" ein, die selber wiederum im Handumdrehn in der Person des "Führers" aufgeht. Der vermag es, die Organisation, die Konfession, das Volk und die ganze Nation in Diesseits und Jenseits zusammenzufassen und auf ein Mindestmaß zu reduzieren."(As-Safir, 16.5.88)

III. Nationale Konflikte - Untergang im Krieg aller gegen Alle?

Mit dem Zusammenbruch der staatlichen Strukturen und ihrer Regulations- und Umverteilungsmechanismen und unter dem Druck, Beziehungen zum Weltmarkt herzustellen, kommen die vorher beschriebenen Faktoren zum Tragen - oder werden vermeintliche Diskriminierungen und historische Ansprüche auf Territorien zur Legitimation für Ausgrenzungs- und Absetzbewegungen entlang ethnisch-nationaler Trennungslinien.
Entwickelte Regionen setzen sich von rückständigen "Hungerleidern" ab, die sie nicht mehr durchfüttern wollen. Im Gegenzug widersetzen sich die Armutsregionen der Abkoppelung mit Rückgriff auf ebensolche nationalistischen Muster - und vor allem mit nationalistischer Gewalt.
Die mörderische Logik der weltumspannenden "freien Marktwirtschaft", der schrankenlose Angriff auf Mensch und Natur, bringt einen Krieg der Armen gegen die Armen hervor, mit all seinen Massakern, Gegenmassakern und Pogromen.

Die Aussicht der vielen nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen auf eigenständige Entwicklung im nationalstaatlichen Rahmen scheint eine Illusion zu sein. Das kapitalistische Entwicklungsmodell ist in der Dritten Welt gescheitert, die meisten der jungen National-staaten sind in völlige Abhängigkeit von internationalen Finanzinstutionen und Konzernen geraten. Nationale Souveränität ist nur noch eine Worthülse.
Das jetzt unabhängig gewordene Eritrea ist gezwungen, von den internationalen Agenturen mehr Hilfe als je zuvor einzufordern. Und Kurdistan-Irak hat zwar die Terrorherrschaft Saddams abgeschüttelt, doch ist, als Folge der unter der Baath-Herrschaft entstandenen Abhängigkeitsstrukturen und der alliierten Nachkriegspolitik im Irak, die Versorgung der Bevölkerung völlig abhängig von der UN, Hilfsorganisationen und der Gunst der Nachbarstaaten.
Für das Kapital sind diese Konflikte zum einen willkommen als Abschaffung der Armut durch Abschaffung der Armen. Mit indirekter Einmischung oder direkter Intervention kann man den Konflikten den gewünschten Verlauf geben oder so mörderisch in die Länge ziehen wie den iranisch-irakischen Krieg. In Interessenregionen können sie zu einem ordnenden Moment werden, wenn eine neue Aufteilung in Machtblöcke um die Pole EG, USA und Japan angesagt ist.

Zum anderen werden diese Konflikte durchaus als Bedrohung aufgefaßt, als "global Intifada", die die Herrschaftsinteressen bedroht und eine unheilvolle Eigendynamik entwickelt. Unter diesen Vorzeichen werden zumindest weltpolizeiliche und weltsozialamtliche Vorbereitungen getroffen und für die Aufrechterhaltung gigantischer Militäretats argumentiert. Vor allem aber wohl für den Fall, daß die Auseinandersetzungen in diesen Konfliktregionen das nationalistische Muster transzendieren.

Neues Asylverfahrensgesetz

Kampfgesetz gegen Flüchtlinge

Unmittelbare Vorbereitung der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl

Im Oktober letzten Jahres haben sich Spitzenpolitiker der Koalition und SPD auf ein beschleunigtes Asylverfahren geeinigt. Vorangegangen war eine beispiellose Hetzkampagne gegen Flüchtlinge, angezettelt von Regierungsvertretern, Teilen der SPD und bestimmten Massenmedien, ganz voran Bildzeitung, Bunte und Quick.
Selbst Hoyerswerda und die Überfälle auf Flüchtlingsunterkünfte und sogar Mordanschläge, konnten die staatstragenden Parteien nicht davon abhalten, die Initiative für ein Gesetz zu ergreifen, das die Flüchtlinge nicht mehr als Menschen in Not, die ein Grundrecht wahrnehmen, ansieht; sondern nur noch als lästiges Menschenmaterial, das man in Lager einsperrt, die ständig kommandiert und kontrolliert werden, die mit minderwertiger Nahrung beköstigt werden und nach einer Verhandlung vor Sondergerichten ohne Rechtsmittelinstanz nach einigen Wochen wieder aus Deutschland herausgeworfen werden.

In den von Koalition und SPD am 10.10.1991 verabschiedeten Papier zur Asyl-Neuregelung wird als Zielvorgabe angegeben:

> "Ohne eine Grundgesetzänderung soll erreicht werden, daß über die Anträge von Asylbewerbern, die für eine Anerkennung als Asylberechtigte offensichtlich nicht in Frage kommen, künftig in einem Zeitraum von ca. 6 Wochen rechtskräftig entschieden und der Aufenthalt beendet werden kann."

Als zu treffende Einzelmaßnahmen benennt das Papier:

> "Grundsätzliche Beschränkung des Gerichtsverfahrens auf eine Instanz. Grundsätzliche Zuweisung der gerichtlichen Entscheidung an den Einzelrichter, Abkürzung der Klagefrist. Zurückweisung verspäteten Vorbringens, Abschaffung der Beschwerde in Nebenverfahren, die nicht das Bleiberecht betreffen."

Diese Vorgaben hat das Bundesministerium des Innern nunmehr in einem Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens umzusetzen versucht (sogenannter Seiters-Entwurf).

Aber Innenminister Seiters glaubt an seinen eigenen Gesetzentwurf nicht. Bei der Bundestagsdebatte über diesen Gesetzentwurf im Februar dieses Jahres bezeichnete er im dramatischen Tonfall es als "seine Aufgabe, unsere Rechtsordnung funktionstüchtig zu erhalten." Bedroht ist diese nach Ansicht des neuen Innenministers nämlich wegen der vielen Asylbewerber und deshalb müsse sich die Bundesregierung "dagegen wehren, daß der Artikel 16 zum Instrument einer unkontrollierten Zuwanderung wird."

Mit einem einzigen Satz sprach er von dem gemeinsamen Gesetzentwurf. In vielen darauf folgenden Sätzen entwertete er diesen Entwurf indirekt, in dem er die geplanten Verfahrensbeschleunigungen allgemein als "Zauber" bezeichnete, oder beschied, "einfach gesetzliche Maßnahmen reichen nicht aus" - sprich die Grundgesetzänderung ist unabdingbar.

So auch Johannes Gerster, bis vor Kurzem innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion und heutiger stellvertretender Vorsitzender. Tat er sich früher häufig durch scharfmacherische Ausfälle gegen die Sozialdemokraten und Liberalen hervor, so dankte er SPD und FDP während der Debatte ausführlich für ihre Mitwirkung an dem "notwendigen, richtigen und wichtigen Gesetzentwurf" - um anschließend fast bittend um Verständnis dafür zu werben, daß der Asylartikel eingeschränkt werden müsse.



Foto: Voll

Weil sonst die Menschen hierzulande in radikale Lager überliefen, weil andernfalls die Europäische Einigung blockiert werde, weil nur nach einer Grundgesetzänderung die eingesparten Millionenbeträge in die Herkunftsländer geschickt und dort zum Kampf gegen die Armut verwendet werden könnten (siehe Frankfurter Rundschau vom 21.2.92).

Für alle CDU-Redner war klar, daß das neue Asylverfahrensgesetz eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl (Artikel 16 Abs. 2 GG) ist. Für die Unterstützung der SPD bedankte man sich ausdrücklich.

In dieser Bundestagsdebatte verteidigten die SPD-Vertreter "prinzipientreu" das Grundrecht auf Asyl, was ihnen keiner mehr abnahm, da sie ja mit der Unterstützung zum neuen Asylverfahrensgesetz an der Aushöhlung des Grundrechts maßgeblich beigetragen haben.
Der SPD-Innenpolitiker Gerd Wartenberg gab dann in dieser Debatte auch zu verstehen, daß die SPD zu einer Grundgesetzänderung nach einer "Harmonisierung" des Europäischen Asylrechts einverstanden sein könnte. Es wird der Eindruck erweckt, daß nach einer gesamteuropäischen Regelung, ohne große Nachteile für die Flüchtlinge das Grundrecht auf Asyl geändert bzw. beseitigt werden kann.
Herr Wartenberg verschweigt aber, daß unter dem Stichwort "Harmonisierung" innerhalb der EG eine rigide gemeinsame Asylpolitik auf niedrigstem Niveau angestrebt wird (Schengener-Abkommen und andere EG-Abkommen) um die EG gegen Drittländer abzuschotten.

Hier nun die wichtigsten Neuerungen aus dem neuen Asylverfahrensgesetzentwurf:

Erstaufnahme-einrichtung - bzw. Internierungslager

Ausländische Flüchtlinge sollen nach dem Entwurf grundsätzlich nur noch bei sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen (Sammellager mit mindestens 500 Personen Aufnahmekapazität) einen Asylantrag stellen können. In diesen Lagern sollen Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge eingerichtet werden.
In diesen Lagern soll der Flüchtling bleiben, bis über die Annahme seines Asylantrages entschieden wird. Die Aufenthaltsdauer soll jedoch drei Monate nicht überschreiten.
Es soll jedoch innerhalb von sechs Wochen entschieden werden, ob der Asylantrag als unbeachtlich oder als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden kann.
Während des Aufenthaltes in einem solchen Lager muß der Flüchtling zu bestimmten Zeiten im Lager erreichbar sein, und die Residenzpflicht besteht für den Bezirk, in dem das Lager liegt. Während des Lageraufenthaltes darf auch keine Erwerbstätigkeit aufgenommen werden.
Die Residenzpflicht ist kontrollierbar durch Polizei, Grenzbehörde, Ausländerbehörde und durch die Erstaufnahmeeinrichtung, die polizeiliche Befugnisse hat.
Es ist jeweils das Lager zuständig, zu dem die Behörde, bei der das Asylbegehren gemeldet wird, (Grenzbehörde, Ausländerbehörde, Polizei) den Flüchtling weiterleitet. Die Behörde teilt dies dem Lager mit und schreibt Reiseweg und Beförderungsmittel vor. Diese Vorschrift kann mit Zwang durchgesetzt werden.
Wenn der Flüchtling innerhalb einer Woche nicht im Lager angekommen oder nach Verlassen des Lagers nach einer Woche nicht zurückgekehrt ist, wird er zur Fahndung ausgeschrieben und kann in Haft genommen werden. Auch bei ungeklärter Identität kann inhaftiert werden.
Die Zuweisung zu einem bestimmten Lager wird auch vorgenommen nach den Bearbeitungsmöglichkeiten bezüglich der einzelnen Herkunftsländer.
Wenn man bedenkt, daß die Flüchtlinge zum großen Teil aus Ländern geflohen sind, wo Krieg herrscht, politische Unterdrückung mit Gefängnis und Folter verbunden war, wird erst klar, welche Inhumanität vorliegt, wenn man die Flüchtlinge nun gleich wieder in gefängnisähnliche Lager einweist.

Lager bedeutet: Auf engstem Raum mit vielen anderen zusammenleben. Die Regierung von Schwaben gesteht jedem Flüchtling ganze 4 qm Wohnraum zu. Beim Bau der Gemeinschaftsunterkünfte in Augsburg hat dies die Re-

gierung von Schwaben entgegen einer eindeutig anderslautenden Empfehlung des Bauausschusses des Stadtrates als Richtschnur angegeben.

Das Lager bedeutet für alleinstehnde Frauen: Mitten unter vielen Männern zu wohnen, nachts allein durch lange dunkle Gänge gehen zu müssen.

Lager bedeutet: Einen ständig hohen Geräuschpegel bei auf engstem Raum versammelten Menschen in großer Zahl. Offene Wohn und Schlafkabinen bieten auch nachts keinen Schallschutz und keinen ruhigen Schlaf.

Lager bedeutet: Der/die Einzelne, die Familie hat keinen Intimraum. Die Nachbarin im Zimmer, an der Wand, hinter der Decke, nebenan hört, sieht und riecht alles mit. In den Duschen fehlen oft die Türen und Vorhänge, sie sind einsichtig für jeden.

Lager bedeutet: Das Essen ist vorgeschrieben. Die Essenspakete nehmen den Menschen sogar die Verantwortung für die Nahrung ab. Sie zwingen allen das Gleiche auf, ob alt oder jung oder krank; ohne darauf Rücksicht zu nehmen, welcher Religion oder welchem Kulturkreis die AsylbewerberInnen jeweils angehören.

Die Dauerbelastung von Lärm- und Schlafentzug führen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie psychosomatischen Beschwerden, permanenter Gereiztheit, Konzentrationsstörungen, erhöhte Aggressivität die sich in Sachbeschädigungen bzw. Ausbrüchen gegen Mitbewohner abreagiert.

Praktische Aufhebung eines effektiven Rechtsschutzes

Flüchtlinge die nach Deutschland kommen, können in der Regel nicht deutsch; haben wenig Geld und kennen sich mit dem Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland überhaupt nicht aus.

Sie benötigen deshalb Personen, die sie beraten können, bzw. vor dem Bundesamt und den Gerichten vertreten können. Ohne diese Beratung sind die Flüchtlinge in dem komplizierten Geflecht des Asylverfahrens ohne Chance.

Es ist deshalb auch eine wichtige Forderung von uns, daß jeder Flüchtling effektiv beraten wird, bzw. einen Pflichtanwalt erhält, der aus der Staatskasse bezahlt wird.

Das neue Gesetz ist aber aufgrund von Fristenverkürzungen; Begründungszwang innerhalb bestimmter Fristen und Ausscheidung von Rechtsmitteln so konzipiert, daß sogar bei anwaltschaftlicher Vertretung kein effektiver Rechtsschutz möglich ist.

a.) Beim Bundesamt findet wie bisher die Anhörung des Asylbewerbers statt, wobei jedoch im Regelfall eine Ladung des Ausländers und seines Bevollmächtigten nicht mehr erforderlich ist. Hierdurch wird der Rechtsschutz beschränkt, da in der Praxis eine anwaltliche Vertretung vom Bundesamt ohne Einhaltung einer Ladungsfrist in den meisten Fällen nicht möglich sein wird, da Rechtsanwälte ja nicht immer "auf dem Sprung" sein können, sondern durch andere (Gerichts)-termine oftmals gebunden sein werden. Völlig weg fällt die bisher obligatorische Erstanhörung bei der Ausländerbehörde.

Der Wegfall der Ladung fällt künftig vor allem auch deshalb ins Gewicht, weil § 28 Abs. 3 bestimmt, daß bei der Anhörung nicht gemachte Angaben, Umstände oder Beweismittel, die erst später vorgebracht werden, bei der Entscheidung unberücksichtigt bleiben.

b.) Rechtsmittel bei unbeachtlichen und offensichtlich unbegründeten Asylanträgen. Ein großer %-Satz der Asylanträge wird vom Bundesamt als unbeachtlich oder offensichtlich unbegründet abgelehnt. Dies ist oft gar nicht verwunderlich, da viele Flüchtlinge, die auch aufgrund von Sprachunkenntnis, Rechtsunkenntnis und fehlender Beratung nicht in der Lage sind, ihren Antrag ausführlich zu begründen.

Bei diesen unbeachtlich und offensichtlich unbegründeten Asylanträgen muß innerhalb einer Woche zum Verwaltungsgericht ein Antrag gemäß §80 Abs. 5 VwGO nach Bekanntgabe gestellt werden. Nach § 36 Abs. 3 sind die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel ebenfalls im Antrag anzugeben. Innerhalb von einer Woche nach Bekanntgabe muß der Eilantrag also begründet werden. Späteres Vorbringen bleibt unberücksichtigt.

Es ist für den sprachunkundigen Asylbewerber in dieser Zeit praktisch unmöglich, dies selbst zu erledigen oder einen Rechtsanwalt zu finden, den er in dieser Zeit nicht nur ausreichend informieren kann, sondern der auch noch die Zeit hat, sofort den "notwendigerweise umfangreichen Antrag" zu schreiben. Aber auch der Anwalt könnte in dieser kurzen Zeit keine vernünftige Begründung schreiben. Der Anwalt müßte sich vorher mit dem Akteninhalt vertraut machen. Für Akteneinsicht wäre die Zeit zu kurz. Er müßte die Gutachten zu der Situation in dem jeweiligen Land z.B. vom Auswärtigen Amt oder von Amnesty International studieren - usw.. Es besteht also kein effektiver Rechtsschutz mehr.

Hierzu paßt auch, daß in diesem Eilverfahren bei unbeachtlichen und offensichtlich unbegründeten Asylanträgen der Einzelrichter entscheidet und nicht mehr wie vorher die Kammer in voller Besetzung.

c.) Rechtsmittel bei unbegründeten Asylanträgen. Wird der Asylantrag als unbegründet abgelehnt, wird die Frist für die Erhebung der Klage von bisher einem Monat auf zwei Wochen nach Zustellung des Bescheids verkürzt. Die Klage ist innerhalb von einem Monat nach Zustellung des Bescheids zu begründen. Eine Möglichkeit zur Fristverlängerung ist nicht gegeben. Statt dessen bleiben nach Ablauf der Begründungsfrist vorgebrachte Beweismittel unberücksichtigt. Diese Verkürzung der Klage- und Begründungsfrist bedeutet eine Verkürzung des Rechtsschutzes für Asylbewerber. Es ist zu befürchten, daß in Zukunft viele Klagen begründet werden müssen, ohne daß vorher eine Erarbeitung der Akten des Verwaltungsverfahrens durch den Rechtsbeistand erfolgen kann. Damit werden die Erfolgsaussichten einer Klage des Asylsuchenden erheblich erschwert. Die Verkürzung geht auch hier einseitig zu Lasten des Asylsuchenden.

Grenzrichter oder Lagerrichter

§ 86 enthält eine Ermächtigung der Landesregierungen, durch Rechtsverordnung besondere Spruchkörper zu bilden und deren Sitz zu bestimmen.

Hierdurch soll der Grenzrichter oder der Lagerrichter ermöglicht werden. Eine solche Sondergerichtsbarkeit ist entschieden abzulehnen. Dies vermehrt nicht nur den Aufwand für die Justizverwaltung in Hinblick auf Personal im Kanzleibereich und auf räumliche Voraussetzungen, sondern steht auch in einem schlechten Ruf nicht nur bei den Rechtssuchenden, sondern auch bei den vorgesehenen Richtern. Eine solche Zuteilung würde entweder ein rollierendes Verfahren der Richter erfordern oder in der Tat Richter zweiter Klasse schaffen, die sich nur noch mit Asylverfahren befassen.

Zurückschiebung bei Antreffen im "grenznahen Raum"

§ 20 Abs. 3 des Entwurfes führt eine Zurückschiebungspflicht des Asylsuchenden ein, wenn dieser von der Grenzbehörde im grenznahen Raum im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit einer unerlaubten Einreise angetroffen wird und der Asylsuchende offensichtlich in einem anderen Staat vor Verfolgung sicher war (§20 Abs. 1 Satz 1). Er sich offensichtlich in einem EG-Staat, Österreich, Schweiz, Schweden oder Norwegen länger als drei Monate aufgehalten hat und er nicht glaubhaft macht, daß er dort von Abschiebung in den Verfolgerstaat bedroht war.

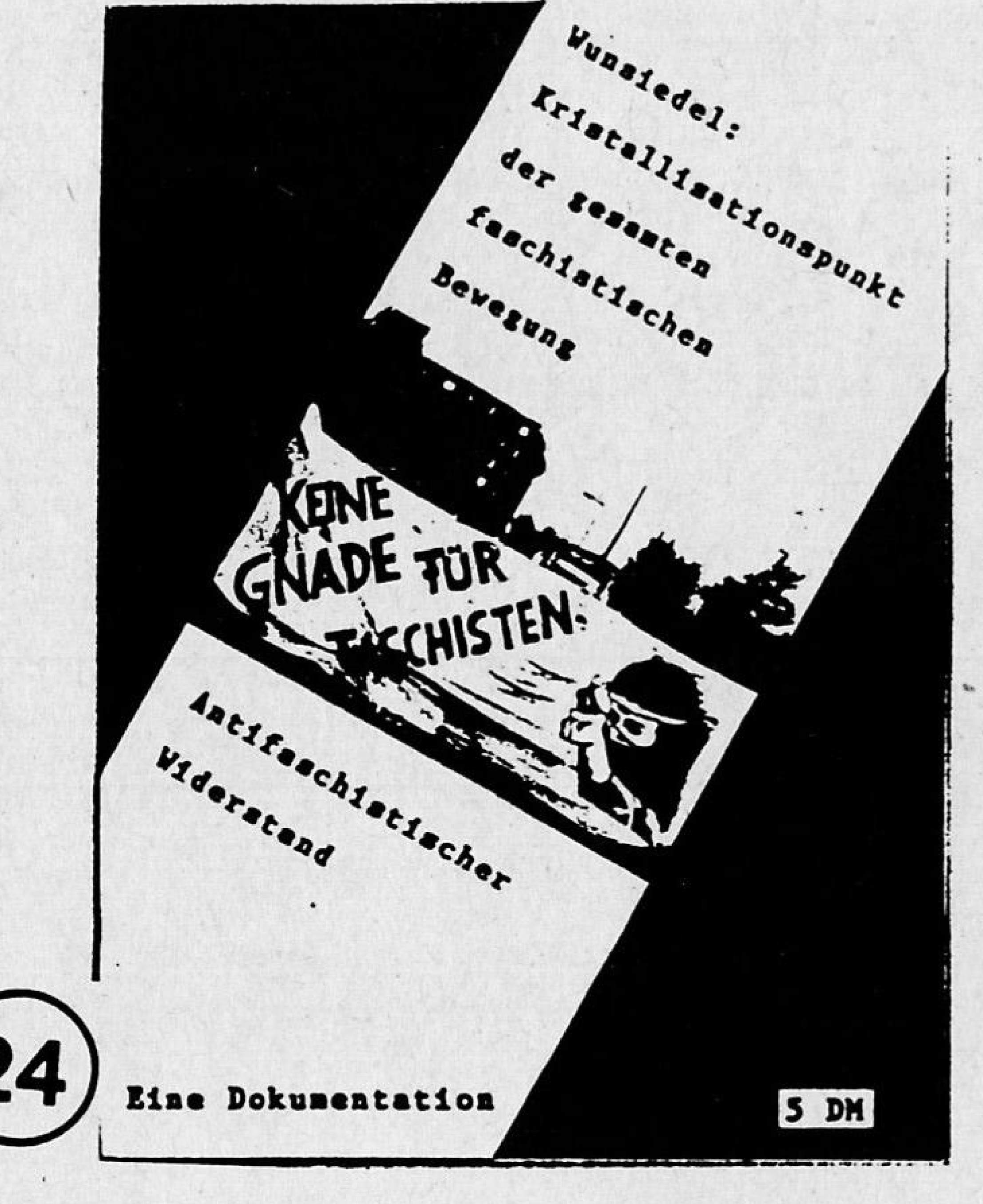


Die Regelung ist nicht nur unbestimmt (unmittelbar zeitlicher Zusammenhang; grenznaher Raum), sondern auch verfassungsrechtlich bedenklich. Denn anders als die Person, die beim Versuch des Grenzübertritts zurückgewiesen wurde, unterliegt, wer den Grenzübertritt geschafft hat wegen der territorialen Geltung des Asylgrundrechtes bereits dem Schutz des Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 GG.

Wir können jetzt nicht alle Neuerungen des Gesetzes hier ausführen, dies würde den Rahmen sprengen.

Rechtsanwalt Hubert Heinhold vom Republikanischen Anwältinnen und Anwälteverein nannte diesen Gesetzesentwurf "ein bemerkenswertes Machwerk. Er ist teilweise schlampig gemacht, teilweise verfassungswidrig und teilweise rechtsstaatswidrig. Er nannte das Gesetz ein Kampfgesetz gegen Asylbewerber und ein Angriff auf den Rechtsstaat.

Die SPD und die Liberalen müssen zur Kenntnis nehmen, daß ihre Kompromißbereitschaft das vorgebliche Ziel, die Asylrechtsgarantie zu erhalten, auf diese Weise nicht erreicht. Die Zustimmung zu diesem Entwurf ist vielmehr die faktische Abschaffung des Asylgrundrechts.





Aufruf

zu einer internationalistischen antifaschistischen Großdemonstration am 15.August 1992 in Wunsiedel / Bayreuth

Am 17.08.1992 jährt sich zum 5. Mal der Todestag des Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Hess, der in Wunsiedel begraben liegt. Die Bedeutung des alljährlich stattfindenden "Gedenkmarsches" nahm für in- und ausländische Faschisten von Jahr zu Jahr zu. Wiederum ist damit zu rechnen, daß dieses Jahr die Anzahl der teilnehmenden Faschisten die des letzten Jahres bei weitem übersteigt.



Für uns sollte es deshalb wichtiger denn je sein, den faschistischen Aufmarsch in Wunsiedel zu bekämpfen.

Nur in Form einer großen entschlossenen Demonstration mit vielen Menschen wird es uns möglich sein, den Faschisten wirkungsvoll entgegenzutreten.

Kommt deshalb zahlreich zur Demonstration am 15.August 1992 in

Wunsiedel / Bayreuth.

Wann und wo die Demo losgeht steht zur Zeit noch nicht fest. Weitere Informationen geben Euch eure lokalen/regionalen Antifa Gruppen !

Verhindert den Nazi-Aufmarsch!

AUFRUF ZUR ANTIFASCHISTISCHEN DEMONSTRATION

gegen den "Rudolf-Hess-Gedenkmarsch" am 15. August 92 in Wunsiedel oder Bayreuth

Am 17.8.92 ist der 5. Todestag des Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß. Er wurde in Wunsiedel beerdigt. Seit 1988 veranstalten Faschisten einen "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch". Der faschistische "Gedenkmarsch" ist Bindeglied zwischen verschiedenen Fraktionen der Faschisten, von alter und neuer Rechte im europäischen Maßstab, bis hin zu den militanten Faschisten.

1991 waren in Bayreuth (Wunsiedel war gerichtlich veboten) 2.000 Faschisten versammelt, was damit die größte faschistische Ansammlung auf dem Boden der BRD war. Dieses Jahr rechnen wir mit 2.500 - 3.000 Faschisten von der FAP, NA, NO, DA, Wiking Jugend, NL, Fascho-Skins, DVU, Altnazis und Faschisten aus Skandinavien, Großbritannien, Belgien, Spanien, Frankreich und aus Osteuropa; Organisationen, die heute schon unverhohlen zum Mord an andersfarbigen und andersdenkenden Menschen aufrufen.

Die Faschisten versuchen, die wachsende soziale Not, besonders im Osten Deutschlands, für den Aufbau ihrer mörderischen Organisationen zu nutzen, indem sie den Rassismus schüren.

Der angekündigte Aufmarsch in Wunsiedel soll ein weiterer Höhepunkt bei ihrem "Aufbruch in Europa" werden.

Dort, wo sich ihnen keiner entgegenstellt, haben sie Erfolg beim Aufbau ihrer Organisationsstrukturen und können neue Mitglieder gewinnen.

Wenn sie mit einer solchen bundesweiten Aktion Erfolg haben, führt das zu einer Zunahme ihres Terrors. Ob sie Erfolg haben, hängt aber mit von uns ab. Eine entschlossene, massenhafte Gegendemonstration mit dem Ziel, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern, kann den Nazis eine Niederlage beibringen.

Daher rufen in Wunsiedel, aber auch in anderen Städten, verschiedene Gruppen und Einzelpersonen zu einer antifaschistischen, internationalen Demonstration am 15. August in Wunsiedel bzw. Bayreuth auf. In Berlin haben sich Antifaschistinnen und Antifaschisten zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um für diese Demonstration zu mobilisieren.

Schaut nicht weg, wehrt Euch, greift ein!

Nie wieder Faschismus!

Kontakt unter Telefon: 25902263 (Taz/Kerstin)
Das nächste Vorbereitungstreffen des Berliner Bündnisses findet statt am Mittwoch, den 22.7.92, um 19 Uhr im Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, U-Bahn Französische Str.

Zur "Aktion gegen AVÖ-Laden und Münchner Anzeiger"

Am 29.06.92 will die Polizei vor den Verlagsräumen des "Münchner Anzeigers" (ein Anzeigenblatt, wo AsylbewerberInnen- Hetzartikel und Leserbriefe von verschiedenen Faschisten abgedruckt wurden/werden) und vor dem "AVÖ-Laden" (Althans-Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit; Althans organisiert hier die wichtigen Faschistenveranstaltungen und ist wichtiger Koordinationsmensch für sämtliche Faschistengruppen) insgesamt 3 Rohrbomben entdeckt und entschärft haben.

Wir halten diese Aktion für eine STAATSSCHUTZAKTION! Dafür sprechen mehrere Gründe:

Die Anschläge galten Wohnhäusern(!) und hätten im Zweifelsfall auch StraßenpassantInnen erwischen können. Damit soll natürlich das Bild von blindwütigen GewalttäterInnen gezeichnet und militante AntifaschistInnen diskreditiert werden. So reagierte z.B. das CSU-Hausblatt "Münchner Merkur" mit dem Einleitungssatz: "Einem möglichen Blutbad sind gestern die Menschen in der Jagdstr. und in der Herzog-Heinrichstr. entkommen." Mittels Fotos sollte die Gefährdung von HausbewohnerInnen und PassantInnen deutlich gemacht werden. Solch eine Aktion widerspricht jeglichem antifaschistischen Selbstverständnis. Militantes Vorgehen gegen Faschisten ist eine Folge gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins. Das schließt aus, daß x-beliebige Leute gefährdet werden können.

Am 30.6.92 ging bei "dpa" und "Spiegel" ein mit "revolutionäre zellen" unterzeichnetes Bekennerschreiben ein. Dieses Papier ist eine ausgesprochen plumpe Montage aus Publikationen der letzten Monate. So ist die Passage über den "Münchner Anzeiger" vollständig aus den "Münchner Lokalberichten" abgeschrieben, eine zweiwöchentliche Zeitung, in der sich auch verschiedene linksradikale Gruppen artikulieren können. Während sich das LKA mittels der Unterzeichnung die Ermittlungen nach §129a offenhält, kündigte Staatschützer Kunkel an, gegen wen in erster Linie losgeschlagen werden soll. O-Ton Kunkel laut Süddeutscher Zeitung: "Dieser Brief der Rechtfertigung kann auch von einer regionalen, militanten Gruppe stammen." Und weiter: "Wir werden jetzt alle Zusammenhänge überprüfen." So gab's dannn auch noch am selben Tag(29.6.92) die ersten Hausdurchsuchungen. Das LKA ist bei 2 Leuten eingelaufen, die bereits vor vier Monaten in gleicher Weise belästigt wurden. Damals wegen eines Anschlags auf die DVU-Parteizentrale in München. Mit den Durchsuchungen im Februar reagierte der Staatsschutz auf einen einen konkreten, politischen Ansatz, indem er die damit verbundene Aktion an denselben zwei Leuten festzumachen sucht. Daß jetzt diese Staatsschutzaktion (Hausdurchsuchungen und erneutes Ermittlungsverfahren) bei den gleichen zwei Leuten nach sich zieht, liegt wohl daran, daß sie erstens nichts in der Hand haben und zweitens liegt es ja auf der Hand, daß sie da anfangen, wo sie eh schon am Basteln sind.

Wer den großen Nutzen aus so einer Aktion im Vorfeld des WWG zieht ist ja offensichtlich. So muß doch der Bevölkerung klargemacht werden, wozu es den so viele Bullen braucht, und es ermöglicht doch dem Staatsschutz, mal bei ein paar Leuten vorbeizuschauen.

Einige AntifaschistInnen

AntIFa Bites Berlin

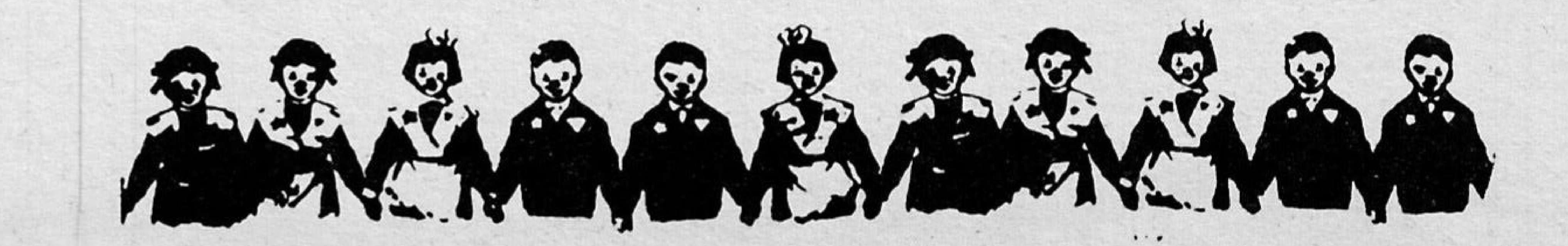
Wir sind eine Antifagruppe, die möglichst aktuelle Meldungen und (wichtige) Diskussionsbeiträge aus dem Antifabereich aus Berlin und Umland sammeln und in linksradikale brd-weite bzw. internationale Computernetze, wie ECN, einspeisen. Der Sinn des ganzen soll ein informeller Austausch von öffentlichen Meldungen sein, die wiederum als Grundlage für eine Weiterverbreitung in linksradikalen Medien benutzt werden kann (als eine Art Nachrichtenagentur). Da wir auf alle möglichen Infos angewiesen sind und auch nicht überall sein können, bitten wir Euch, uns Infos zukommen zu lassen.

Unsere Briefkästen befinden sich im Infoladen Omega, Sparrstr.21, Wedding und der Infoladen Daneben, Rigaerstr.84, Friedrichshain.

Dort können unsere Beiträge und Antifameldungen aus den verschiedenen Netzen eingesehen werden.

Berichtigung zum Bericht über die NPD-Kundgebung in Schwerin in der Nr.200, es fehlen im letzten Satz drei Wörter...
Es müßte heißen:"..zu einem gleichberechtigten Gedankenaustausch zwischen Ost und West bereit zu sein,..."

QUEER NATION BERLIN



SCHON WIEDER LESBEN- UND SCHWULENFEINDE AM WERK UND WEIT UND BREIT KEINE REAKTION UNSERERSEITS?

SCHON WIEDER EIN NETTER UNPOLITISCHER CHRISTOPHER STREET DAY ERLEBT?

HABT IHR AUCH DIE SCHNAUZE VOLL?

Die Homo-Ehe, das Referat für gleichgeschaltete Lebensweisen und der Homo-Beamte der Berliner Polizei sind nicht Endstation lesbischer und schwuler Sehnsüchte.
Der Homo-Block auf der revolutionären 1. Mai Demo und das Strassenfest in der Muskauer am CSD sind auch nicht Endstation unserer Sehnsüchte.

Wir sind Lesben und Schwule aus verschiedenen Zusammenhängen die Lust haben zusammen Politik zu machen, und die meinen daß es nicht nur möglich sondern nötig ist. Wir lassen uns unsere Politikformen nicht vom durchschnittlichen deutschen Homospießigkeit diktieren lassen. Wir gucken nicht nach oben sondern geradeaus.

KOMMT NICHT MASSENHAFT, ABER ERNSTHAFT ZU EINEM TREFFEN
SAMSTAG, 18. JULI ,15 UHR
HAUS DER DEMOKRATIE, RAUM 205 A, FRIEDRICHSTR. 165, BERLIN-MITTE



Aus Angst vor Rechtsradikalen mehrfach die Wohnung gewechselt

Freundin des erschlagenen Amadeu Antonio hat eine wahre Odyssee hinter sich / Überfälle auf Frauen von Schwarzen / Von Frank Jansen

EBERSWALDE-FINOW, im Juli

Eine Wohnung irgendwo in Eberswalde-Finow, an der Tür ist das Namensschild abmontiert. Zwei Frauen wohnen hier mit ihren kleinen Kindern. Die Mütter haben Angst. Nach 18 Uhr trauen sie sich, genauso wie die wenigen in der Kleinstadt verbliebenen Schwarzafrikaner, kaum noch auf die Straße. Was haben die beiden Frauen angestellt, um angefeindet, bedroht, ja geschlagen zu werden? Die Antwort ist so einfach wie zynisch. Vera Scholz und Monika Jensch (Namen geändert, die Red.) haben sich mit Schwarzafrikanern angefreundet, jede hat ein Kind mit brauner Hautfarbe bekommen. „Negerschlampe" kriegen die Mütter zu hören, wenn sie tagsüber die Wohnung verlassen, „Negerbastard" werden die Kleinkinder tituliert.

„Das sagen ganz normale Leute", erzählt Vera Scholz. Und die beiden Frauen haben erfahren müssen, wie durch die Pöbeleien „normaler Leute" ein Klima von Haß und Gewalt entstand, in dem jugendliche Wirrköpfe die Hemmungen vor brutalem Zuschlagen verloren. Im Eberswalder Skinheadprozeß wird nun der übelste Exzeß einer gerichtlichen Klärung zugeführt: Der Tod des Freundes von Vera Scholz, Amadeu Antonio aus Mozambique, der in der Nacht zum 25. November 1990 von Neonazis so schwer verletzt wurde, daß er kurze Zeit später starb. Doch für die 35jährige Frau hat der Alptraum kein Ende genommen.

Rund einen Monat nach dem Tod des Angolaners kam sein Sohn zur Welt. Mutter und Kind wurde eine neue Wohnung zugewiesen. Am Abend des Einzugs hatte Vera Scholz ein „Schockerlebnis": An der Tür des Nachbarn entdeckte sie Hakenkreuzwimpel. Im Hausflur war in großen Lettern „Deutschland den Deutschen" auf die Wand gesprüht. Wie sich herausstellte, hatte die Mutter von der Wohnungsverwaltung eine neue Bleibe ausgerechnet Wand an Wand mit Heiko Gerlach (Name geändert, die Red.) bekommen. Gerlach galt damals als Führungsfigur in der Eberswalder Neonazi-Szene. Seine „Kameraden" kamen vorbei, ballerten mit Gaspistolen herum. Angolanische Freunde, die Vera Scholz' neue Wohnung anschauen wollten, gerieten in Panik. Noch am selben Abend floh die Mutter mit ihrem Kind zu einem Cousin des erschlagenen Amadeu Antonio.

Die Wohnungszuteilung sei „eine Panne" gewesen, sagt heute der Ortsteilbürgermeister von Finow, Gruzialewski. Er habe nicht gewußt, wer neben Frau Scholz wohnte. Entschuldigend fügt er hinzu, die beiden hätten sich „ganz gut vertragen". Heiko Gerlach und Vera Scholz bestätigen das. Der Jungnazi spielte offenbar mit dem Gedanken, der Szene den Rücken zu kehren. Doch dann erlebte Vera Scholz den nächsten Schock. Gerlach und seine Kumpane zertrümmerten die Wohnung von benachbarten linken Jugendlichen. Sie wurden verprügelt, ein Mädchen soll gezwungen worden sein, mit der Zahnbürste den Boden zu putzen. So hatte auch einst die SA Juden öffentlich gedemütigt. Das Wohnungsamt schritt nun ein. Die Linken, Vera Scholz und schließlich Heiko Gerlach erhielten neue Wohnungen zugeteilt.

Den nächsten Schlag versetzte das Fernsehen. Vera Scholz gab der damals noch existierenden DFF-Länderkette ein Interview. Trotz ihrer Bitte seien weder Gesicht noch Stimme unkenntlich gemacht worden. Nach der Ausstrahlung im Mai 91 ließ ihr ein Eberswalder Neonazi ausrichten, „mit dir passiert das gleiche wie mit Amadeu". Vera Scholz wußte nur noch einen Ausweg: Sie wandte sich an Leute der West-Berliner Antifa-Szene, die zu ihr Kontakt aufgenommen hatten. Sie wurde sofort in Kreuzberg untergebracht, wohnte dort bis zum Jahresende. Obwohl ihrer mit einem Angolaner befreundeten Schwester in der Zwischenzeit von Skins die Wohnung verwüstet worden war, glaubte Frau Scholz, wieder unbehelligt in Eberswalde-Finow leben zu können. Sie hatte sich getäuscht.

Vor der neuen Wohnung tauchten in ihrer Abwesenheit zwei Skinheads und zwei Heavy-Metal-Fans auf, mit Knüppeln bewaffnet. Die couragierte Hausmeisterin vertrieb die Rechtsradikalen. „Die wollten mich haben", sagt Frau Scholz. Sie mußte erneut fliehen – als deutsche Frau an einen Ort, der eigentlich ausländischen Flüchtlingen vorbehalten ist: In einem Asylbewerberheim in Würzburg nahm ein ehemaliger Arbeitskollege und Landsmann von Amadeu Antonio Vera Scholz und Kind zu sich.

Prompt habe es Schwierigkeiten „mit den Behörden" gegeben. Der Angolaner gab Frau Scholz zwar als seine Freundin aus, doch sie mußte nach wenigen Wochen wieder raus. Das war kurz vor Prozeßbeginn. Also zog sie nach Eberswalde-Finow zurück, dort kam sie bei Monika Jensch unter. Nun verfolgt Vera Scholz die Gerichtsverhandlung gegen die mutmaßlichen Täter. Schweigend sitzt da die zierliche Frau neben dem West-Berliner Anwalt, der die Nebenklage für Amadeu Antonios Sohn vertritt. „Den Prozeß zieh' ick durch", sagt sie trotzig. Doch die Hoffnung auf ein „gerechtes Urteil" schwindet mit jeder der langwierigen, oft menschenverachtenden Aussagen von Angeklagten und Zeugen. Vera Scholz wird nicht aussagen, da sie wegen ihrer Schwangerschaft an jenem Abend im November 1990 zu Hause geblieben war.

Was die Frau nach und auch schon vor dem Tod von Amadeu Antonio an Demütigungen erlitten hat, spielt bei dem Prozeß natürlich keine Rolle. Genausowenig wie die Geschichte der 31jährigen Monika Jensch. Sie hat eine knapp zweijährige Tochter, der Vater ist Mozambiquaner. Anfang Juni 1991 wurde sie in ihrer Wohnung von Rechtsextremisten überfallen. „Einer stand in der Küche, der andere in der Wohnstube." Sie bekam eine Ladung Reizgas ins Gesicht und wurde zusammengeschlagen. Das Kind nahmen die Täter aus seinem Bettchen und „schmissen es wieder 'rin". Bevor die Schläger die Wohnung verließen, stahlen sie Frau Jensch 200 DM. Doch sie erstattete keine Anzeige, „aus Angst, denn wegen dem Gas konnte ick 'se ja nich' richtig erkennen".

Dann habe es keine weiteren Angriffe mehrgegeben. Eben nur die Pöbeleien, „Negerschlampe" und ähnliches. In Geschäften würden sie aber „normal" bedient, sagen beide Frauen. Viel leisten können sie sich nicht, die Sozialhilfe reiche kaum aus. „Am Monatsende essen wir weniger, damit die Kinder genug haben", sagt Monika Jensch.

Vera Scholz berichtet, das Finanzamt habe eine Halbwaisenrente für ihren Sohn abgelehnt, da der Vaterschaftsnachweis nicht erbracht werden konnte – Amadeu Antonio war bei der Geburt seines Kindes seit fünf Wochen tot. Doch die beiden arbeitslosen Frauen geben nicht auf. Nur an die Zeit nach dem Skinheadprozeß wollen sie lieber nicht denken. „Jetzt ist die Ruhe vor dem Sturm, die Nazis rühren sich nicht", sagt Vera Scholz. „Aber wenn die Urteile gesprochen sind, dann geht es wieder los."

Zum niedergang der Autonomen

Das klassische K-gruppen-modell scheiterte in der BRD nach einem erneuten versuch am beginn des revoltenzyklus, der um 1970 begann, ziemlich schnell.
Auf der einen seite wurde der ansatz durch verschiedene gruppen, von denen die RAF am stärksten war, in eine strategie militanter und paramilitärischer schläge gegen schwachstellen des systems, mit der perspektive einer ausweitung der angriffe und destabilisierung der BRD gewandelt. Im verlauf der RAF-offensive von 1977 wurden die grenzen der strategie deutlich. In dem maße wie die Schmidt/Herold stategie griff konnte die RAF marginalisiert werden.
Auf der anderen seite führte die mobilisierung zur entstehung zahlreicher teilbereichskämpfe und initiativen ohne ein gemeinsames organisatorisches dach. Auf der ebene der manager/innen der teilbereichsbewegungen entstand zur bündelung und parlamentarischen vertretung der einzelnen bewegungen die grün/alternative partei. Sie setzten auf den demokratischen weg der parlamentarischen vertretung der basisinteressen, übernahmen die aufgabe der spaltung und zersetzung der bewegungen entlang der linie gewalt und legalität, gesetz und ordnung. Es gelang ihnen, ihre linie in der friedensbewegung durchzusetzen, bei späteren kämpfen übernahmen sie immer wieder dieselbe rolle- deeskalation, abspaltung der radikalen teile der bewegungen und politisches management im reformistischen sinne.
Neu war an ihrem versuch, dem prozeß der abkopplung der führung von der basis und ihre darauffolgende bremsende und schließlich offen reaktionäre rolle durch bestimmte organisatorische ansätze zu begegnen- rotation, "basisdemokratische" modelle.
Mit der zunehmenden integration der Grünen in die BRD politik wurde der reaktionäre grundcharakter parlamentarischer politik entgültig klar.
Während noch lange punkturell kooperiert wurde folgte mit der zeit die trennung des radikaleren teils der bewegungen von den grün/alternativen.
Als lehre aus den erfahrungen wurden parlamentarische politik und feste hierarchische strukturen abgelehnt. Dennoch mußten verschiedene infrastrukturarbeiten für die organisierung linker aktionsformen wie veranstaltungen, flugblätter, zeitschriften/ broschüren, demoorganisation/anmeldung etc. geleistet werden. Nur allzu gern zeigte sich die autonome masse bereit, diese unangenehmen aufgaben zu deligieren, während andere zunehmend gefallen an ihrer organisatorenrolle und damit verbundener macht fanden. Da sie mit ihren tätigkeiten im öffentlichen feld operierten kamen sie immer wieder unter repressiven druck der sicherheitsbehörden und fühlten sich zudem von der basis zunehmend im stich gelassen.
Die kluft zwischen Autonomer führung und mitgliedern vergrößerte sich immer mehr. Einer auseinandersetzung darüber standen jedoch die ansprüche aus dem eigenen selbstverständnis im weg.
Bei den kämpfen der anti-AKW bewegung gegen WAA und atomprogramm und anläßlich der US-militäraktion gegen Lybien waren unsere stärke wie auch grenzen deutlich geworden.
Der staat antwortete mit aufrüstung der bullen, ausbau der informationstechnischen

überwachung und ausweitung der verdeckten ermittlung und einer welle von gerichtsverfahren und verhaftungen. Gegen den militanten ansatz der RZs verfolgten die sicherheitsapparate die strategie der durchsetzung willkürlicher verhaftungen aufgrund der zugehörigkeit zu einem segment und verdeckter ermittlungen über eine ausweitung des §129.[1]
Zeitungen, die anleitungen und informationen zum militanten widerstand veröffentlichten, wurden massiv verfolgt.
Die schüsse an der frankfurter startbahn vom november 1987 zeigten deutlich, wie viele genossInnen unter entsprechendem druck bereit sind, gegen andere auszusagen. Die angst vor der repression erstickte mit der zeit und zunehmend die breite diskussion über die möglichkeiten militanter aktionen.
Die Adler aktionen von RZs[2], bundesweite diskussionen und theoretische ansätze über einen "neuen internationalismus" im vorfeld der IWF-WB tagung in Berlin[3] schienen eine weitergehende perspektive zu eröffnen.
Die aktionen während der IWF-WB tagung waren von dem erdrückenden bullenaufgebot und unserer angst bestimmt.
Schon während der kongreß-vorbereitung wurden die widersprüche aus dem sexistischen gewaltverhältnis in den einzelnen gruppen deutlicher.
Die anti-IWF kampagne war insofern ein versuch, betroffenheiten von frauen in eine gemeinsame organisierung mit männern verstärkt einzubringen.
Die internen sexistischen widersprüche wurden im weiteren verlauf wichtiger und viele gemischtgeschlechtliche zusammenhänge zerfielen. Die entwicklung der identität als frauen, eigener positionen, räume, die betonung der bedeutung von frauenzusammenhängen halte ich für die wesentlichen konstruktiven elemente dieser offensive.
Es war schnell klar, daß die reichweite und stärke dieser initiative nicht ausreichte, um als basis einer übergreifenden perspektive von frauen aus verschiedenen gesellschaftlichen segmenten zu dienen. Als gemeinsamer verbindungspunkt fungierte daher für autonome frauen, die einen bruch und abgrenzung von männern nicht wollten, zunehmend der kampf gegen die "eigenen" männer.
Entsprechend ihrer oft mittelständigen herkunft spielte moralischer druck in diesem kampf eine entscheidende rolle. Von den männern wurde eine veränderung ihres sexistischen handelns eingefordert.
Die männer erwiesen sich als unfähig, diese initiative aufzugreifen und ihrerseits eine männliche identität zu entwickeln. Sie gestanden den frauen vielmehr in frauenbereichen die definitionsmacht zu und suchten die eigentlichen machtpositionen in den beziehungen zu frauen und die befriedigung der auf frauen zentrierten bedürfnisse zu sichern.

[1] im rahmen einer großaktion durchsuchte das BKA am 19.12.1987 bundesweit 33 wohnungen, das Essener gen-archiv und Bochumer TAZ-büro. Im verlauf dieser aktion wurden Ingrid Strobl und Ursula Penselin festgenommen.

[2] gegen die Adler-hauptverwaltung in Haibach im juni und 9 Adler-filialen in der BRD im august 1987 zur unterstützung der aktionen der arbeiterInnen in Südkorea.

[3] september 1988

Der antisexistische ruf wurde zu einem element der konkurrenz unter männern und der männlichen attraktivität auf dem autonomen beziehungsmarkt.
Eine reale veränderung von machtverhältnissen beruht auf der eigenen stärke gegen die unterdrückung. Moralische appelle werden die herrschenden niemals zur aufgabe ihrer macht, sondern bestenfalls zu partiellen zugeständnissen bewegen.
Zum anderen griffen männer die impulse auf, um ihre macht effektiver als bisher zu verschleiern und zu vertiefen.
In dem maße, wie dies deutlich wurde, gewannen die inneren konflikte und widersprüche unter den frauen an raum, während nach außen hin der druck weiter verschärft wurde.
Die schwäche der BRD-frauenbewegung wurde in der letzten zeit immer klarer. Die zunehmende integration in den lohnabhängigen verwertungsprozess, ausgehend von ihrem kampf gegen hausarbeit und finanzielle abhängigkeit von ihren männern, machte kriterien wie ausbildung, berufliche leistung, weibliches selbstbewußtsein bei der bestimmung des werts der frauen wichtiger. Auf der einen seite wurden klassisch weiblicher attribute wie einfühlsamkeit, integrative und harmonisierende fähigkeiten, verdeckte macht in den umstrukturierungsprozess der high-tech segmente des produktionskreislaufs integriert. andererseits verstärkt frauen als relativ billige arbeitskräfte und in hohem maße entgarantiert und teilzeitarbeitend eingesetzt.
Ich habe den eindruck, daß gleichzeitig eine ausweitung der verfügungsgewalt und vermarktung von frauenkörpern und betonung der gebährfunktion festzustellen ist.
Es gelang frauen oft kaum, den druck über das schönheitsbild und die konkurrenz der körper gegeneinander substanziell zu verringern. Auch eine tiefere reflektion und veränderung des eigenen kinderwunsches, sowie die auswirkungen der vorbereitung auf die mutterrolle durch die eigene mutter, hat erst in ansätzen stattgefunden.

Der 1.mai 1987

Am 1.mai 1987 wurde ein neues element der kämpfe deutlich. Der riot wurde nicht von den Autonomen, sondern zusammen mit einem breiteren spektrum marginalisierter einzelner und gruppen getragen.
Spaltung ist ein zentrales element jedes unterdrückungs- verhältnisses, indem die widersprüche der unterdrückung in innere zerrissen- und besessenheiten der unterdrückten verwandelt werden. Unsere erlebte gewalt und schmerzen müssen wir umsetzen. Entweder verwandeln wir sie in verhärtungen und funktionieren, wenden sie in selbsterniedrigung und selbstzerstörerische energie, oder in haß und gewalt nach außen.
[1]"Gerade durch diese blinde wut, durch diesen groll und diese verbitterung, durch ihr permanentes verlangen, uns zu töten, gerade durch die ständige anspannung gewaltiger muskeln, die angst haben, sich zu entspannen, sind sie menschen ...

---

[1]Sartre im vorwort zu Fanons "die verdammten dieser erde"

[5]"Diese in seinen muskeln sitzende aggressivität wird der kolonisierte zunächst gegen seinesgleichen richten. Das ist die periode, wo sich die neger gegenseitig auffressen ... Gegenüber der kolonialen ordnung befindet sich der kolonisierte in einem zustand permanenter spannung. Die welt des kolonialherrn ist eine feindliche welt, die ihn zurückstößt, aber gleichzeitig ... seinen neid erregt." "Der blick, den der kolonisierte auf die stadt des kolonialherrn wirft, ist ein blick geilen neides. Besitzträume. ..."
"Diese zurückgehaltene wut dreht sich, wenn sie nicht ausbricht, im kreise herum und richtet unter den unterdrückten selbst verheerungen an. Um sich von ihr zu befreien, schlachten sie sich untereinander ab: ... weil sie den eigentlichen feind nicht angreifen können - und man kann sich darauf verlassen, daß die kolonialpolitik ihre rivalitäten schüren wird. Der bruder, der sein messer gegen seinen bruder erhebt, glaubt das verabscheute bild ihrer gemeinsamen erniedrigung ein für allemal zu tilgen."
Wenn sich [6]"angehörige der unterdrückerischen klasse den unterdrückten bei ihrem kampf um befreiung anschließen ... bringen sie fast immer die male ihrer herkunft mit sich: ihre vorurteile und ihre verbildungen, zusammen mit dem mangel an vertrauen in die fähigkeit des volkes, denken, wollen und wissen zu können. Dementsprechend laufen diese anpäßlinge an die sache des volkes ständig gefahr einer art von großmut zu verfallen ... auf grund ihres herkommens glauben sie, daß sie diejenigen sein müßten, die die veränderung durchführen. Sie reden über das volk, aber sie trauen ihm nicht. Dabei ist vertrauen in das volk die unverzichtbare vorbedingung für einen revolutionären wandel."
Die spaltung zwischen den marginalisierten, gewaltbereiten und desillusionierten jugendlichen und den von ihrer herkunft meist mittelständigen und sehr stark moralisierenden autonomen wurde schon direkt nach dem 1.mai sichtbar, als viele debatten die übergriffe auf kleine läden und privatautos in den mittelpunkt stellten und verurteilten.
Immer mehr wurden im weiteren verlauf von einigen Autonomen fraktionen gewaltdiskussionen inszeniert und militante aktionen verurteilt. Auf den VVs wurden die oppositionellen radikalen fraktionen systematisch mundtod gemacht und isoliert, da sie sich im öffentlichen rahmen einer VV nicht offen äußern durften.
Der rot-grüne senat nutzte die internen widersprüche geschickt für ihr spaltungsmanöver vom 1.mai 1989.
Aus meiner sicht steht auch das hochkommen der RIM im zusammenhang mit dem 1.05.1987. Es scheint klar zu sein, daß sie viele sympathien bei und kontakte zu ausländischen, wohl vor allem türkisch/arabischen, jugendlichen haben.
An ihrem ernsthaften interesse und kampf gegen den BRD-staat kann kein zweifel bestehen und die rüde ablehnung mit der sie konfrontiert wurden ist durch das festhalten der immer schwächer werdenden Autonomen an ihrer hegemonie im radikalen spektrum, und untergründigen, analytisch und vernünftig verkleideten rassismen zu erkären.

---

[5]Fanon "die verdammten dieser erde"

[6]Paolo Freire "pädogogik der unterdrückten"

Arroganz, unverständnis und hegemoniestreben war von anfang an bestimmend für den weiteren konfliktverlauf von seiten der Autonomen führer und gefolgschaft.
Es wurde nicht akzeptiert, daß das organisations und revolutionsmodell der RIM in den grundzügen dem von revolutionären organisationen in vielen regionen der peripherie entspricht, also das ist, was sie gelernt haben, und sie über die erfahrungen aus dem scheitern der K-gruppen in der BRD nicht verfügen.
Als dann im zusammenhang der maueröffnung häufiger Stalin-plakate auf demos auftauchten und bei demos im osten Trabbis demoliert wurden, verschärfte sich die eskalation zwischen RIM und Autonomen. Obwohl mir diese reaktion vor dem hintergrund wachsender repression und verelendung vor allem eben gegen die entgarantierten und marginalisierten klassensegmente, sowie der welle von deutschtümelei, die durch die übernahme der DDR ausgelöst wurde, durchaus verständlich ist. Auch fand enttäuschung über das ergebnis von 40 jahre sozialismus in der DDR und das sture geiern auf die DM hier ein ventil. "Stalin hätte es euch gezeigt"
Auf der gegenseite kam eine Stalin-debatte. In dieser zentralen phase der BRD geschichte sollte nicht im kontext der ereignisse gehandelt, sondern zu den endlosen debatten der vergangenheit eine weitere hinzugefügt werden.
Beim golfkrieg wurde mir entgültig klar, daß die Autonome führung über ihren einfluß und kontrolle der infrastruktur mittlerweile eine klare demobilisierungsstrategie verfolgt.
Der aufmarsch der US-truppen am golf erforderte keine ellenlangen diskussionen über Saddam oder die suche nach dem revolutionären subjekt im Irak. Viel wichtiger wäre es gewesen, haß, entschlossenheit im handeln und das wissen aus den anti-NATO kämpfen der vergangenheit zusammenzubringen.
Als dann auch noch auf die semitismus-debatte eingegangen wurde, war der reaktionäre charakter der betreiber entgültig enthüllt.
Die Autonomen zeichnen in ihrem niedergang ein erbärmliches bild:
statt lebendiger theoretischer und praktischer ansätze und individueller veränderungs und umdenkprozesse angesichts der dramatischen weltweiten entwicklungen konnten sich angst, verkrustung und dogmatismus durchsetzen.
Die ewige litanei gängiger szene-kritik verdeckt die fehlende bereitschaft sich tatsächlich mit seinem/ihrem eigenen weg und weiteren politischen perspektive zu beschäftigen.
Es zeigt sich im niedergang, wie weit die beziehungen untereinander von der Autonomen existenz abhängig sind, was konstruktive, dringende und strategisch notwendige individuelle veränderungsprozesse blockiert.
Die Autonomen sind als politische kraft fast bedeutungslos geworden, die isoloierung als gesellschaftliches segment nicht zu übersehen. Die widersprüche zwischen ideologischem überbau und selbstbildnis und tätigem sein, klein und alltäglich, sind nur durch dogmatismus und zunehmend repressive abgrenzung nach außen und ausgrenzung nach innen zu bewältigen. Die schwere identitätskrise, die bei vielen vom niedergang der Autonomen begleitet ist, soll auf diese weise verdeckt werden.
Angst, psychische zusammenbrüche, drastische körperliche beschwerden sind

unübersehbar und zeigen uns oft unfähig mit diesem berg aufgetürmter probleme bei uns und anderen umzugehen. Allzu oft sind unsere zusammenhänge dem druck nicht gewachsen.
Wenn der äußere feind nach innen nicht mehr ausreichend stabilisierend wirkt, wird oft zum mittel des zusammenschlusses gegen einen gemeinsamen inneren feind gegriffen. Dieser feind wurde die RIM. Und tatsächlich finden sich ehemalige erbitterte gegner hier auf einer seite, was umso bemerkenswerter ist, da diejenigen, denen militante (straßen-)kämpfe immer ein bedürfnis waren, hier offensichtlich gegen ihr interesse handeln, denn im RIM-umfeld dürfte dies interesse ebenfalls ausgeprägt vorhanden sein.
Wenn die RIM heute den begriff kapitulatoren-SEK verwendet ist dies aus ihren erfahrungen durchaus begründet. Es wurde mehrfach stillschweigend mit den bullen gegen die RIM kooperiert. Sie konnten von den bullen angegriffen oder von der demo abgegrenzt werden, ohne nennenswerte reaktion der restlichen demo. Später brauchten die bullen nur zuzuschauen, wie sich die gruppen untereinander angriffen.
Nach der desillusionierenden und schamvollen niederlage des golfkrieges war eine gewisse lähmung zu bemerken. Die Olympia-kampagne erscheint als peinlicher wiederbelebungsversuch, der nur von den wichtigen punkten ablenken und für ein dumpfes weitermachen werben sollte.
Die zunehmende militarisierung der gesellschaften im zuge der weltweiten offensive des kapitals, in Europa im zusammenhang von EG-integration und krisenmanagement in Osteuropa und SU und speziell die zunahme rassistischer übergriffe, verbunden mit einer welle von abschiebungen und aggressiven staatlichen ausländerpolitik wirkte dann noch einmal mobilisierend und begünstigte erneut das weitermachen statt die dringend notwendigen diskussionsprozesse einer reorganisierung einzuleiten.
Doch auch im verlauf der antifa-aktionen wurden die inneren widersprüche haßbeladen und oft handgreiflich deutlich gemacht.
Unbestreitbar ist eine organisierung von betroffenen zur vermeidung oder abwehr von übergriffen notwendig. Nicht sinnvoll sind jedoch tendenzen, die die gewalt zwischen segmenten von unterdrückten verschärfen.
Die logik der kanalisierung von gewalt nach unten sollten wir in dem maße ablehnen, wie nicht unbedingt notwendig, und unsere verfügbare kraft vielmehr auf eine linke reorganisierung konzentrieren, um mehr macht im gesellschaftlichen feld zu erkämpfen. Abwehrkämpfe sind defensiv und so ist niemals zu gewinnen. Es ist notwendig, daß wir uns auf eine neuerliche offensive vorbereiten.
Eine antifaschistische politik, die faschos zum hauptfeind erklärt und deren konfliktstrategien weitgehend übernimmt, wird selbst faschistoid. Der krieg zeichnet die krieger.
Die arroganz und ratlosigkeit der linken gegenüber der eskalation rassistischer gewalt weltweit und vor allem auch in Osteuropa kann nur überwunden werden, wenn die unterdrückten als menschen anerkannt, die ursachen der eskalation im prozeß der marginalisierung gesucht und im zusammenhang der weitverbreiteten autoritären grundstruktur des massenbewußtseins gesehen wird.

radikal

Eigentlich solltet ihr statt dieses Flugis ja die neue radikal in den Händen halten, doch da müssen wir euch leider enttäuschen.

Allen Bemühungen um kontinuierliches Erscheinen zum Trotz, schaffen wir es nicht, innerhalb des gewohnten Zeitrahmens die nächste Ausgabe fertigzustellen.

Wir alle machen die radikal nicht um jeden Preis, also nicht nach dem Motto: hauptsache sie erscheint. Es geht uns einerseits um korrekte Arbeitsbedingungen und Umgehensweisen untereinander sowie basisdemokratische Entscheidungsstrukturen, und andererseits um die Auseinandersetzung um die inhaltliche Ausrichtung der radikal.

In Zeiten wie diesen, wo für viele die alten Sicherheiten und Eckpfeiler im Weltbild wegrutschen, wo Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und die Suche nach neuen Wegen und Politikformen angesagt ist, könnte mensch ja leicht auf die Idee kommen, auch die radi ist jetzt von der Sinnkrise gebeutelt. **Das** radi-machen war für uns keine Frage, die wir uns einmal **beantwortet** haben und seitdem ist es klar. Radikal war für uns **nie ein** Projekt, aus dem alleine wir unsere politischen Utopien **schöpfen** oder was wir mit nem überhöhten Anspruch **machen, damit** die Klarheiten in die Bewegung zu blasen, sondern **eben ein** Teil der radikalen Linken und für uns (zumindest dem **Anspruch** nach) ein Bereich neben anderen. Für die einen mehr, **für die** anderen weniger.

Die Diskussionen über militante Politik, **bewaffneten** Kampf und politische Perspektiven überhaupt, **gehen auch** an uns nicht vorbei. Wir stecken mittendrin, so wie **viele**. Wir haben zur gegenwärtigen Situation keine neuen oder alten politischen Klarheiten anzubieten, sondern eher noch ein paar Fragen mehr. Aber das ist für uns nix neues und kein Grund nicht weiterzumachen.

Was wir versuchen ist, unsere Aufgabe als kontinuierlich erscheinende Zeitung aufrecht zu erhalten, und gleichzeitig genügend Raum und Platz zu schaffen für die Arbeit an und in unseren Gruppen und in der Struktur als Ganzes. Das geht uns nicht locker von der Hand, im Gegenteil, es gestaltet sich zunehmend als Seiltanz. Den auszubalancieren, dazu sind wir nicht immer in der Lage (besonders bei Wind und Wetter). Derzeit ist es ziemlich stürmisch geworden, es geht hauptsächlich um interne Zwistigkeiten, Fragestellungen und Auseinandersetzungen, die ausgefochten und geklärt werden müssen.

Die Grundvorraussetzungen einer breiteren Vernetzung haben sich verbessert, auch die Beteiligung von euch LeserInnen und Gruppen hat sich weiterentwickelt. Aber unsere interne Situation wirkt sich längst auf die Gestaltung der radi aus, d.h. es steht unter uns eine Klärung der Unterschiede und Konflikte an, ohne die eine Neuorientierung der radi und auch unserer Struktur nicht ablaufen kann.

Wir sind an einem Punkt angelangt, wo Aufarbeitung angesagt ist, wo wir uns nicht mehr von Zeitung zu Zeitung weiterbewegen können und wollen, sondern wo wir die unsichtbare Alltagsarbeit und das Zusammenwirken und Aufeinanderbeziehen der einzelnen Gruppen neu überdenken und abklären müssen.

Gerade weil es miteinander zum Teil nicht gut läuft, gestaltet sich dieser Prozeß jedoch, wie ihr euch vielleicht vorstellen könnt, besonders langwierig und zäh. Ein bezeichnender Ausdruck davon sind die Berge von Papieren, die sich momentan bei uns stapeln und in denen wir uns gegenseitig die Meinung sagen, Konzepte entwerfen, uns kommentieren und kritisieren. Der Stapel dieser Papiere ist mittlerweile mehrere Quelle-Kataloge hoch, und nicht alle sprechen die Sprache einer konstruktiven, solidarischen Auseinandersetzung und Kritik. So wird abgerechnet, sich verweigert, sich gegenseitig Vorwürfe und Unterstellungen gemacht - das zehrt ganz schön an den Nerven und die Abgegessenheit voneinander nimmt beständig zu.

Sichtbar geworden in der radi sind die verschiedenen Auseinandersetzungen unter uns nicht, höchstens im Intro der Nr.143 ("Wer ist dieses WVIER") konntet ihr eine kleine Ahnung davon bekommen.



- Wir wollten und haben nie ein bindendes Programm oder Statut für uns verabschiedet. Deshalb basiert unsere Zusammenarbeit auf entwickelten Kriterien und dem Willen und Wirken aller Beteiligten. Wenn - wie derzeit - die interne Diskussion nicht in dem Umfang klappt wie sie nötig wäre, ist die Zusammenarbeit an einem gemeinsamen Projekt nicht mehr gewährleistet. Viele arbeiten nebeneinander her und blockieren sich eher, anstatt konstruktiv zusammenzuarbeiten. Automatismus tritt anstelle von bewußten Handlungen und lebendige Kriterien werden zu starren Regeln. Die Lust verkehrt sich zum Durchbeißen, die Kreativität für neue Entwicklungen erschöpft sich in den Bemühungen, das Erreichte zu bewahren.

Unsere Struktur hat sich in den letzten Jahren ausgeweitet, immer mehr einzelne Menschen und Gruppen arbeiten in verschiedenster Weise am Projekt mit. Aus einer ursprünglich kleineren, übersichtlicheren verschworenen Gemeinde mit "klaren Zuständigkeiten" ist mittlerweile die Basis für ein vielschichtiges Gruppengeflecht entstanden. Hier werden neue Erwartungen und Ansprüche formuliert.

- Bei dieser an sich positiven Entwicklung läuft einiges nicht so konstruktiv ab wie es sein sollte. Ehemalige Organisations- und Umgangsformen, die sich im Laufe der Zeit verselbständigt haben, werden (u.a. auch) zum Nährboden von Machtkonzentrationen. Unterschiedliche Erfahrungs- und Wissensstände schaffen Hierarchien, mit denen bewußt umgegangen werden muß, eine korrekte, genaue Vermittlung gewinnt noch mehr an Bedeutung.

Es existieren momentan Machtmißbrauchsvorwürfe und Mißtrauen "über den Tisch gezogen zu werden". Jeder Fehler, jede Ungenauigkeit eines Zusammenhangs wiegt für den jeweils anderen entsprechend schwer. Je weniger dabei aufeinander eingegangen wird, desto mehr bilden sich aus der mangelnden Aufarbeitung Unvereinbarkeiten.

All dies stellt unsere bisherige Eingespieltheit in Frage und bedeutet in der Konsequenz, daß wir uns erstmal wieder auf den Boden stellen müssen, bevor wir sinnvoll fortfahren können.

- Es gibt unter uns unterschiedliche Herangehensweisen und Schwerpunkte bei der Arbeit, die sich derzeit nicht nur ergänzen, sondern sich auch reiben und zu widersprechen scheinen. Das ergibt natürlich auch Nervereien bei der inhaltlichen Gestaltung der radi; welche Gruppe beansprucht für ihr Projekt wieviel Platz, wo werden welche Schwerpunkte gesetzt, wo vermitteln wir eine Einheit die wir nicht sind, inwieweit sind unsere Unterschiedlichkeiten für die LeserInnen sichtbar.

Kurzum, wir müssen unsere Arbeitsweise und Umgangsweisen ständig den sich veränderten Bedingungen anpassen, so daß eine an den Bedürfnissen und Bedingungen der Beteiligten orientierte Entwicklung stattfindet. Und da kommen wir oft nicht hinterher. Dies alles war schon immer so und wird sich auch jetzt in einer Neubestimmung der Verhältnisse zueinander nicht für alle Zeiten auflösen.

Die unterschiedlichen Bedingungen, Bedürfnisse und Fähigkeiten innerhalb einer verdeckten Struktur hin zu einer gemeinsamen, gleichberechtigten und politisch handlungsfähigen weiterzuentwickeln, ist uns nunmal mindestens genauso wichtig, wie das kontinuierliche Erscheinen der radi. Und da stoßen wir genauso wie andere legale oder illegale Organisationsansätze immer wieder an bestimmte Etappengrenzen, die

überwunden werden müssen, sonst wird die Organisierung zum Selbstzweck.

Der Beginn einer solidarischen Diskussion, in der versucht wird, die (eigentlich) gemeinsamen Probleme herauszuarbeiten und anzugehen, braucht immer noch Zeit. Das Einmischen anderer in sich zuspitzende Polarisierungen - welches notwendig ist, um diese solidarische Diskussion zu beginnen - ebenfalls.

Wir hatten trotz der beschriebenen Schwierigkeiten vor eine Not-radi zu machen, weil wir es als unsere Verantwortung sehen, zumindest die uns zugeschickten Sachen zu veröffentlichen. Wir wollten uns auf Dokumentation von Beiträgen beschränken und uns mit eigenen Sachen weitgehendst zurückhalten. So stellten wir uns diese Ausgabe als eine vor, die weniger Kraft frißt als andere, uns also auch nicht allzuviel Zeit kostet für die interne Auseinandersetzung, die für uns erste Priorität hat.

Aber Produktionen der radi sind immer Extremsituationen, viele gehen in dieser Zeit an die Grenzen ihrer Belastbarkeit und schon immer krachts in dieser Phase. Bei und seit der letzten Nr.145 im Februar haben sich sämtliche Konflikte miteinander vermischt und damit gezeigt, daß wir nichts länger verschieben, oder einfach nur verlagern können.

Ähnliche Tendenzen deuteten sich auch diesmal wieder an, obwohl wir nur ein "Notprogramm" fahren und im allseitigen Eiverständnis neuen Zündstoff vermeiden wollten. Beim Bemühen und dem Pragmatismus - ohne die Klärung grundsätzlicher Fragen und mit ungelösten Konflikten im Rücken - auf einer Ebene des kleinsten gemeinsamen Nenners zusammenzuarbeiten, waren die Grenzen wieder deutlich sichtbar. Trotzdem waren wir schon sehr weit in der Herstellung, bis diese radi an technischen Schwierigkeiten letztendlich scheiterte. Letztendlich hätte die Herstellung angesichts der technischen Probleme ein flexibel arbeitendes und gut aufeinander eingespieltes Team erfordert, und spätestens an dem Punkt stellte sich heraus, daß wir zur Zeit eher das Gegenteil sind.

Außergewöhnliche Umstände erfordern außergewöhnliche Maßnahmen, und die zu ergreifen sind wir momentan nicht in der Lage.

Obwohl aus dieser Not-radi nichts geworden ist, und obwohl wir neue Rezepte (noch) nicht auf Tasche haben, sind wir vorsichtig zuversichtlich.

Wir gehen davon aus, daß sich unsere Konflikte produktiv auflösen lassen. Produktiv soll heißen, daß es keine Kompromisse geben wird, mit denen alle mehr schlecht als recht leben können. Produktiv soll auch heißen, daß sich nicht die einen gegen die anderen durchsetzen, sondern wir uns neue Kriterien und Bedingungen schaffen, auf deren Grundlage wir gemeinsam weiterarbeiten können.

Für die nächste Zeit ohne radi möchten wir euch einen Wunsch, und zwei Angebote ans Herz legen. Auch ohne radi bleiben wir für euch erreichbar und beantworten Briefe in den üblichen Zeiträumen. Unsere Adresse ist:

1. Umschlag: Blalys, Griffenfeldsgade 29 st., DK-2200 N Kopenhagen / 2. Umschlag: Z.K.

Unser Wunsch

Nun habt ihr unseren ersten neueren Gehversuch in Richtung Vermittlung unserer Situation gelesen. Besser ging es nicht, weil wir in vielen Fragen keinen Konsens haben, und so war auch dies gemeinsame Flugi eine beschwerliche Suche nach für alle tragbaren Kompromissen.

Was wir tun, tun wir auch für andere, z.B. für euch. Deshalb möchten wir uns bei der Bewertung unserer Probleme und vor allem den daraus folgenden Lösungen auch an anderen orientieren. Derzeit wird in der radikalen Linken viel grundsätzlich diskutiert (wo sich nicht verabschiedet wird), und so möchten wir auch mit der radikal umgehen. Wir möchten diskutieren auf möglichst realer Basis, nicht allein in unserem Kämmerlein, denn sonst kommen wir vielleicht auf den Holzweg.

Unser Wunsch für die nächste Zeit sind viele Briefe, in denen ihr uns grundsätzlich sagt, was ihr uns sagen wollt und könnt, oder was ihr schon immer mal sagen wolltet, z.B.:

- Was euch
ben, welche Infos,
ausgelöst haben.
Welchen Themen,
nen würdet ihr in
euch gute/schlechte
ihr von den
Vergessen, KnastdV,
oder andere zu dick

die letzten radis persönlich gebracht haben,
Diskussionen, Analysen bei euch etwas
Wo würdet ihr (andere) Prioritäten setzen?
inhaltlichen Schwerpunkte und Diskussio-
der radi (mehr) Platz geben? Was waren für
Artikel in der Vergangenheit? Was haltet
verschiedenen Projekten in der radi: Gegen das
Knast, Antifa, O.L.G.A.? Ist das eine
aufgetragen oder unnötig?

- Könnt ihr einschätzen,
bewirkt oder morgen bewirken
welchen inhaltlichen Schwerpunkte
ihr mehr Platz geben? Wie kann die
dikale Linke mobilisieren, diskutieren,
ganz hoch hinaus: Was wäre eurer
Weg zum Ziel?

was die radi heute politisch
könnte? Welchen Themen,
und Diskussionen würdet
radi radi in und für die ra-
unterstützen? Oder mal
Meinung nach der richtige

- Was erwartet ihr von einer überregionalen Zeitung ange-
sichts der Entstehung von vielen regionalen Zeitungen in den
letzten Jahren? Welchen Beitrag zur Entwicklung des Wider-
stands kann so ein Projekt leisten?

- Wir, einige Frauen aus der radi, wollen verstärkt mit euch Leserinnen über unsere Beiträge diskutieren. Wenn ihr sicher gehen wollt, daß eure Briefe nur von uns Frauen gelesen werden, dann schreibt auf den inneren Umschlag Frauen-Z.K.

Unser erstes Angebot

Die Erklärungen, die Kritik, die Diskussionen ausgelöst durch die RZ und RAF seit ½ Jahr finden wir tiefgehend und grundlegend. Die Auseinandersetzung hat mit der Geschichte der radikalen, militanten Linken in der BRD zu tun, und birgt deshalb viele Ansätze für eine weiterzuentwickelnde politische Perspektive.

Einige von uns betrachten es als unsere Verantwortung alle Ansichten dieser Diskussion zu sammeln, sie mindestens zu dokumentieren, und soweit es in unseren Möglichkeiten steht zu veröffentlichen.

Der Papiere gibt es inzwischen so viele (und es werden hoffentlich immer mehr), daß wir eine Sondernr. damit machen müßten. Wir bitten euch trotzdem darum, uns lokale Veröffentlichungen und auch eure Meinung zu der laufenden Auseinandersetzung zu schicken.

Für alle, die an die diversen Papiere nicht rankommen und Interesse an der Vollständigkeit haben, machen wir eine Dokumentation, angefangen vom Papier der RZ vom Dezember 91. Diese Sammlung könnt ihr für 10.- Westmark bei uns bestellen.

Falls andere so eine Doku machen oder in Planung haben meldet euch bitte bei uns.

Unser zweites Angebot

Alle Beiträge, die uns seit Anfang Februar geschickt wurden, konnten wir jetzt nicht veröffentlichen. Es ist derzeit auch ungewiß, ob und wann wir dies evtl. nachholen.

Deshalb schicken wir euch auf Wunsch eine Kopie des einen oder anderen Beitrags. Bitte übertreibt dieses Angebot nicht, denn wir haben - wie beschrieben - in der nächsten Zeit einiges vor. Mehrere Sachen sind bereits in regionalen Zeitungen veröffentlicht worden, und evtl. in den Infoläden erhältlich.

Die folgende Liste enthält nicht alles aus unserer Post. Wenn ihr bestellt, nehmt die Nummer vor jedem Beitrag.

Venceremos ?!

Für freies Fluten

1 2 Kritik- und Nachbereitungspapiere zum Widerstand der Flüchtlinge in Norderstedt, verfasst von UnterstützerInnen (3 + 4/92)
2 Erklärungen:
2.1 - Störung einer SPD-Wahlkampfveranstaltung in Flensburg (19.2.), um auf die Besetzung in Norderstedt aufmerksam zu machen
2.2 - Ein 'kämpfendes Kommando' besprüht die St.Marien-Kirche in Uelzen mit Parolen wg. Norderstedt (19.2.)
2.3 - Anschlag auf Leiter der Ausländernehörde in Hamburg (25.2.)
3 2 lange Kommuniquees der RARA zu 2 Aktionen gegen die niederländische Asylpolitik
- Explodierende Kloschüsseln im Justizministerium in Den Haag
- Explosion im Haus von Staatssekretär Kosto in Greotschermer
4 "Flüchtlinge innerhalb der EG - Beispiel Baskenland"
5 Kopenhagen: ein Antirassist wird durch Paketbombe getötet (16.3.)

Papiere aus der Provinz

6 Infotelefon Delmenhorst (04221/17815): Bilanz der bisherigen Arbeit, Eingehen auf Kritik und eigene Kritik
7 "Gequengel aus der Provinz": Kritik am Organisierungsvorschlag der Antifa(m) aus Göttingen (radi 144)
8 'einge Autonome aus Buxtehude', inspiriert und eingehend auf das Papier aus Rosenheim (radi 145)

Pauer durch die Mauer

9 Redebeitrag von Rolf Heißler zur Geschichte und Haftsituation von Bernd Rösner im Knast Straubing
10 Ron Wedlich (Gefangenensprecher bei der Straubinger Knastrevolte) beschreibt seine und die Geschichte der Revolte (sehr langer Text)
11 Erklärung: Mollianschlag auf das Land/Amtsgericht Bonn (9.4.)

Frauen schlagen zu

12 Erklärungen:
12.1 - Kopenhagen, 8.März: Aktion gegen den US-Pharma-Multi 'Up John'.
12.2 - Göttingen: 'Kerstin, Katrin & Tina' begießen den Sxisten Werner Günther mit Farbe und Kleistor
12.3 - Berlin 4/92: Frauen verprügeln einen Mann, der sie am Plakatieren hindern wollte
12.4 - Bremen 6.3.: 'Zornige Herzen' verhindern mit Buttersäure die Veranstaltung "Wohngemeinschaft und Sexualität" des Sexisten E. Richter
13 "Wie autonom ist das AZ Heidelberg?": Frauen kritisieren die sexistischen Strukturen im AZ
14 Frauen/Lesben kritisiern die Erklärung (radi 144) zum Brandanschlag auf die Pfarrstr. (Faschohaus mit Sozialarbeitern in Berlin).

Antifa

15 2 Texte zur Sylvesterdemo in Göttingen
- Antifa(m) zu Konzept, Verlauf und Ergebnis der Demo
- Kritik dieser Darstellung von einer Antifa-Gruppe aus dem Juzi
16 Eine Antifa-Gruppe fordert die RAF auf, ihre Anschlagsziele thematisch zu verlagern und Faschoführer zu liquidieren
17 Hintergrund und Pressespiegel zur 'Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte' anläßlich der Gegenkundgebung zur Jahrestagung der IGFM 3/92 in Bensheim.
18 3 Texte zur Antifa-Demo in Ilmenau 2/92 (Thüringen): von Antifa(m) aus Göttingen/ von Südthüringer Antifas/ von Erfurter Antifas
19 Pressespiegel und ausführlicher Bericht zu Demo der Antifa Mainz/Wiesbaden gegen eine Fascho-Kundgebung in Mainz am 7.3.
20 2 Flugis zum Prozeß in Hamburg gegen 2 Antifaschisten aus der Ex-DDR wegen Vorfällen aus der Nazizeit. Beide wurden zu lebenslänglich verurteilt.
21 Bundesweite Adressenliste von Personen, Verlagen etc. aus dem Umfeld der Zeitung 'Nation Europa' der 'Neuen Rechten'.
22 Zu den Gründen, warum das 'Antifaschistische Telefon Hamburg' aufgegeben wird
23 Pressespiegel und Bericht zu den Straßenschlachten am 6.3. in Geislingen gegen eine REP-Veranstaltung
24 Aufruf, Nachbereitung und Presse zur Demo gegen den faschistischen 'Verein Dichterstein Offenhausen' am 1.5. bei Wels/Österreich
25 Erklärungen:
25.1 - Bremerhaven: 'Antifaschistischer Widerstand Fishtown' entglast Faschotreffpunkt (13.12.)
25.2 - Belm/bei Osnabrück: 'Antifaschistische Aktion' greift die Insassen und das Auto eines Belmer Faschisten an (21.2.)
25.3 - Zürich: Aktion gegen das 'Hotel Stoller'; Inhaber ein wichtiger Exponent der Schweizer Volkspartei (SVP) (2.3.)
25.4 - Trier: Eine 'Autonome Zelle übt "Rache für Passau" und zerstört Scheiben bei einer Bank und der IHK. (15.3.)
25.5 - Hannover: 'Paulchen Panther & Freunde' besucht den Faschisten Björn Hansen und zerstört die Wohnungseinrichtung

Diverses

26 kurzer Bericht zur Wiener Anti-Opernball-Demo 92
27 Flugi zu einem Anwerbeversuch des Verfassungsschutz in Ulm
28 Info-Paket zur Anti-Expo in Sevilla: Pressemitteilungen, Plenaprotokolle und Berichte über den Verlauf der Demo, den Schüssen der Bullen, der Situation der 11 Gefangenen. Sende-Protokoll von Radio Karies zu den Ereignissen

Erklärungen

29 teils ausführliche Erklärungen zu Aktionen von Dev Sol/ Türkei
29.1 - Istanbul, Adana, Izmir: Bestrafung eines Hauptkommissars und von 4 Bullen, weil sie Folterer waren (3.2.)
29.2 - Istanbul: Ein Kommando erschießt einen Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsdienstes, seinen Leibwächter und Fahrer (6.2.)
29.3 - Adana: Stürmung des Polizeigefängnisses; ein Bulle wird erschossen (6.2.)
30 Wels/Österreich: ein Teil des unterirdischen Bunkersystems des Ö-Bundesheeres wird gesprengt. (21.3.) Die Erklärung enthält eine Anleitung der Methode die angewendet wurde. Wir haben sie nicht überprüft
31 'Flammende Herzen' sabotieren die Bahnstrecke Berlin-Magdeburg und zielen dabei auf eine sanften Zwangsstop eines mit Rekruten besetzten Zuges. Die lange Erklärung enthält grundsätzliche Gedanken zur patriarchalen Zurichtung der Männer durch den Militarismus
32 Osnabrück: gegen den WWG in München werden sämtliche Geldautomaten im Stadtgebiet außer Betrieb gesetzt (6.5.)
33 Osnabrück: stellvetretend für Kaffeekonzerne werden einige Lieferwagen von Eduscho beschädigt

Gesetzliche Schwulenhatz in Nicaragua

Neues Strafgesetz bedroht gleichgeschlechtliche Sexualkontakte mit Haftstrafen / Schwule und Lesben werden in die Illegalität gedrängt, Aids-Aufklärung behindert / „Unglaublicher Rückschritt"

Aus Managua Ralf Leonhard

Wer in Nicaragua gleichgeschlechtliche Sexualkontakte „anregt, fördert, propagiert oder in skandalöser Form praktiziert", soll in Zukunft „mit Freiheitsstrafen von einem bis drei Jahren bestraft werden". So sieht es eine Reform des Strafgesetzes vor, die letzte Woche mit den Stimmen der regierenden UNO-Allianz durchgedrückt wurde. Die sandinistische Opposition und zwei entrüstete UNO-Dissidenten stimmten gegen die geplante Schwulenverfolgung, einer enthielt sich der Stimme. Schwulen- und Lesbengruppen, die sich gerade erst zaghaft um die Probleme Aids und gesellschaftliche Anerkennung zu organisieren begannen, werden durch diese Strafrechtverschärfung in die Illegalität gedrängt.

Anlaß für die Sexualstrafreform war eine Serie von Vergewaltigungen mit tödlichem Ausgang. Vor allem sexuelle Mißhandlungen minderjähriger Mädchen hatten in jüngster Zeit immer wieder öffentliche Entrüstung provoziert und sogar den Ruf nach der Wiedereinführung der Todesstrafe laut werden lassen.

Frauenorganisationen kämpften schon lange gegen das lasche Vorgehen von Polizei und Justiz, die Vergewaltigung vielfach als Kavaliersdelikt betrachten. Ausnahmsweise fanden sich die weiblichen Abgeordneten beider Lager zusammen, einen gemeinsamen Vorschlag zur Erhöhung der Strafen für Sexualattentäter auszuformulieren.

Daß während der Parlamentsdebatte letzte Woche ein zehnjähriges Mädchen in der Stadt Chinandega vergewaltigt, halbtot geprügelt und inzwischen von den Ärzten aufgegeben wurde, dürfte das einstimmige Votum noch begünstigt haben. Auf Vergewaltigung stehen in Hinkunft zwölf Jahre.

Noch wichtiger für die effiziente Verfolgung von Sexualstraftätern ist: aus einem Privatanklagedelikt wird eine Straftat öffentlichen Rechts, das heißt, die Justiz muß den Täter auch dann verfolgen, wenn das Opfer die Anklage zurückzieht. Vor allem sexuelle Gewalt in der Familie, sei es gegen die Ehefrau oder gegen die Kinder, ging häufig straffrei aus.

Daß die UNO-Fraktion, die von den Moralvorstellungen des erzkonservativen Kardinals Obando y Bravo beeinflußt ist, gleichzeitig den Artikel 205 des Strafgesetzbuches verschärfen und den Tatbestand der „Sodomie" ausdehnen würde, war nicht vorgesehen. Artikel 205 hatte bisher lediglich homosexuelle Praktiken nur unter Strafe gestellt, wenn damit „öffentliches Ärgernis" erregt wurde.

Während der sandinistischen Epoche galt zwar Schwulsein als unrevolutionär, doch wurde Artikel 205 nie angewandt. Daß mehrere führende Kader — wie übrigens auch in der UNO — lesbische oder schwule Beziehungen haben, ist bekannt, gilt aber allgemein als Tabuthema.

Für ein Coming-out ist die machistische nicaraguanische Gesellschaft noch zu intolerant. Ein Video über „Sandinisten und die Homosexualität", das vor ein paar Monaten auf einer Schwulenveranstaltung gezeigt werden sollte, mußte in letzter Minute auf Wunsch einiger Akteure zurückgezogen werden.

„Diese Doppelmoral ist unerträglich", kommentierte eine lesbische Mitarbeiterin einer Regierungsinstitution, „ich weiß doch, was viele dieser Abgeordneten zu Hause machen." Einen „unglaublichen Rückschritt" konstatierte die Psychologieprofessorin Martha Cabrera, „denn so eine Gesetzgebung fördert die Intoleranz und das soziale Vorurteil". Die Direktorin des prosandinistischen Zentrums für Verfassungsrecht kündigte an, sie würde gegen das Gesetz, sobald es in Kraft trete, beim Obersten Gerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit vorgehen: „Es verstößt gegen den Grundsatz des Rechts auf freie Meinungsäußerung und auf Schutz der Privatsphäre."

Und das Schwulenkollektiv „Somos" will sich an die Gefangenenhilfsorganisation amnesty international wenden, die bei ihrer Konvention in Tokio im vergangenen September alle wegen Homosexualität verfolgten Häftlinge zu Gewissensgefangenen erklärt hat.

Für die Tour von Ricardo lagen jetzt bereits folgende Termine fest, der Ort der Veranstaltungen war noch nicht in allen Fällen geklärt, nachfragen!!

Die Termine bundesweit:

	Datum	Uhrzeit	Kontakt
Köln	21. 7.	20.00	Schulz, Schwul-Lesbisches Zentrum
Münster	22. 7.	19.00	KCM KulturCentrum Münster
Bremen	23. 7.	20.00	Rat & Tat, Schwules Zentrum
Hamburg	24. oder 25. 7.		zu erfragen im Magnus-Hirschfeld-Zentrum
Berlin	26. oder 27. 7.		Auskunft: SchwuZ und Mann-O-Meter
Frankfurt	28. 7.	18.00	anlässlich des europäischen schwul/ lesbischen Jugendtreffen, Kontakt: Switchboard
Leipzig	1. 8.	21.00	Rosalinde, im Haus der Volkskunst
Halle	2. 8.	21.00	Kontakt: BBZ Lebensart
Nürnberg	4. 8.	20.00	Fliederlich e.V.
München	6. 8.	20.30	SUB-Zentrum schwuler Männer, Müllerstr. 38, 2603056.

Kontakadresse für die Koordination: Peter Thürer, Schwulenbeauftragter der Stadt Leipzig in der Stelle für gleichgeschlechtliche Lebensformen, Leipzig, Tel. 0341/8821189

---

sub
ZENTRUM
SCHWULER MÄNNER

BERATUNG ▪
INFOTHEK ▪
KULTUR ▪
GRUPPEN ▪
TREFFPUNKT ▪

In Europa sind die Einschränkungen in der persönlichen Freiheiten in Nicaragua seit der Wahl Violeta Chamorras zur Präsidentin weitgehend unbekannt. Die in dem taz-Bericht vom 17. 6. (Rückseite) dargestellten Verschärfungen der Rechtslage bedrohen Schwule und Lesben gleichermaßen. Das Referat für gleichgeschlechtliche Lebensformen der Stadt Leipzig und der Schwulenverband Deutschland (SVD) organisieren Infotour zu diesem Thema. Ricardo Rocha Pinell ist 29 Jahre alt, hat in Leipzig studiert und ist heute Mitarbeiter im lesbisch-schwulen SHOMOS-Kollektiv in Managua. Er wird anlässlich des ILGA- (International Lesbian and Gay Association) Kongresses vom 12.-18. 7. in Paris nach Europa kommen und anschließend eine Tour durch bundesdeutsche Städte machen (Termine siehe Rückseite). Der Zweck der Veranstaltungen ist, auf die Lage aufmerksam zu machen, und vor allem Geld für die weitere Arbeit des Lesben- uns Schwulenprojektes "FUNDACION XOCHIQUETZAL" zu sammeln. Auf den Veranstaltungen wird die Video-Dokumentation "SEX AND THE SANDINISTAS" gezeigt, danach steht Ricardo für Fragen und eine Diskussion zur Verfügung.

sub
ZENTRUM
SCHWULER MÄNNER

Bisher waren diese Veranstaltungen auf die schwulen und schwul/ lesbischen Zentren beschränkt.
Anlässlich des G7-
Treffen

Gesetzliche Schwulenhatz in Nicaragua

in München wollen wir die Lage der Schwulen und Lesben in den Ländern Lateinamerikas weiteren Kreisen nahebringen, in der Hoffnung, daß Ihr in Euren Städten dafür Werbung macht.

Der SVD hat ein Konto (Spendenquittung!) eingerichtet: SVD, Kto. 147258-905, PGA Leipzig, Blz. 86010090, Kennwort "Nicaragua"

Sex and the Sandinistas

GB 1991, 25 min, OmU, Video, R.: Lucinda Broadbent

Das ist der erste Film über Lesben und Schwule in Nicaragua und ihren Kampf gegen die machistische und katholische Kultur Zwei Frauen und ein Mann bei der Aufklärungskampagne. Auch Daniel Ortega muß zugeben, daß die FSLN mehr für die Rechte der Lesben und Schulen tun müßte. Außerdem die flamboyante lesbische und schwule Subkultur Managuas und eine Hommage an Nicaraguas indianische homosexuelle Vorreiter. Sex und Sandinistas, ein Film von Lucinda Broadbent und einer Nicaraguanischen Crew, produziert von Channel Four.



V.i.S.d.P. Arnulf Kletzin, c/o sub-Zentrum schwuler Männer, Müllerstr. 38, 8000 München 5, Tel. 2603056, Eigendruck im Selbstverlag

Vorteil einer starken Position:



termine+++termine+++termine+++termine+++termine

donnerstag 16.7

20.00 VV versammlungsraum mehringhof zu wunsiedel

21.00 "wahrheit macht frei" ,rigaerstr.84 fhain

freitag 17.7

20.30 rass. und antisem. in der weißen ♀♀ bewegung
mit birgit rommelspacher, schokofabrik, mariannenstr.6

18.00 "wasser" info- und dikussionsveranstaltung zu
verteilungskämpfen/machtpolitik rund um's wasser el locco

samstag 18.7

queer nation berlin (s. einladung)

15.00 haus der demokratie ;raum 205a, friedrichstr.165
mitte

ab 15.00 "libertärer jahrmarkt", senefelder platz
mit filmen,essen+trinken+musik

sonntag 19.7

17.00 party an der oberbaumbrücke, essen+getränke mit-
bringen

18.00 "wasserzeichen" film im el locco
(ein film über wasser in allen denkbaren variationen)

dienstag 21.7

21.00 "republikaner auf zeit-deutschland ganz rechts"
film im daneben,rigaerstr.84 fhain

mittwoch 22.7

20.00 diskussion zu "chaos-theorie", el locco
-ein vorsichtiges herantasten an die ordnung des chaos,
die bunten computerbilder, das apfelmännchen und die
wissenschaftlichen konsequenzen daraus.-

donnerstag 23.7

21.00 "der soja-komplex" film im

21.00 "unser programm heißt deutschland" film im daneben

freitag 24.7

20.00 mobilisierung zur antifa-demo in wunsiedeln für
mecklenburg/vorpommern mit film "helden für deutschland?"
und konzert -operation mindfuck-+-sprawl-

samstag 25.7

21.00 ♀♀ party im syndikat, weisestr. neukölln

montag 27.7

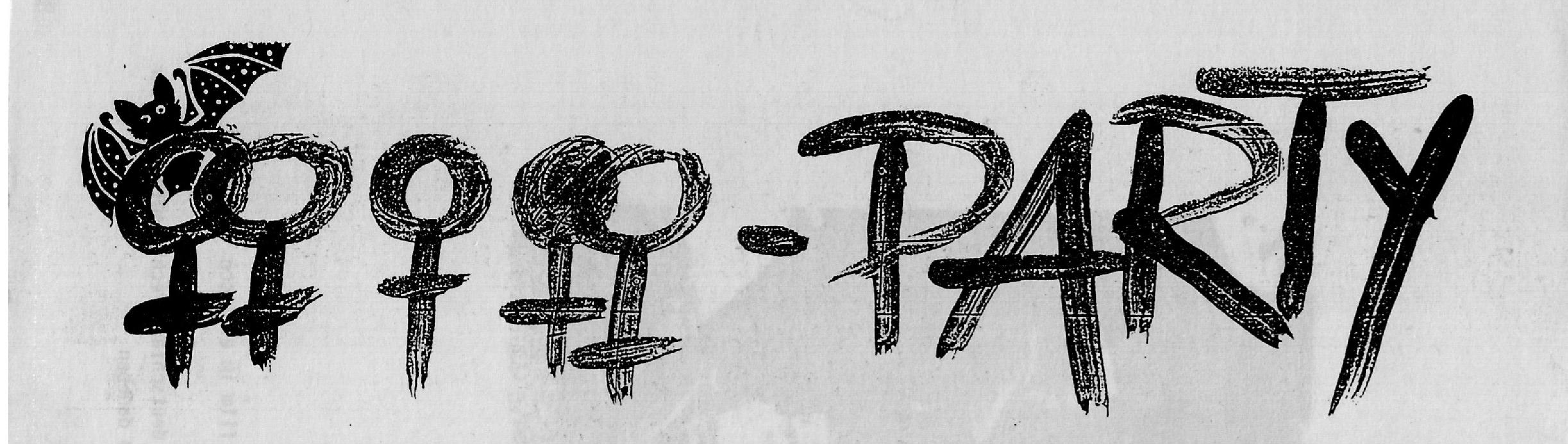
"schwule in nica" veranstaltung im salon der berliner
aids-hilfe, meineckestr./ecke lietzenburgerstr.

sonntag 26.7

"septemberweizen" film im el locco 21.00

dienstag 28.7

21.00 "helden für deutschland-rechtsradikale in der
offensive" film im daneben



... AUF DASS DER GROSCHEN FÆLLT !!!

soli-fete für anwältinnen=kosten



auch für die zukunft, die lieder, die uns passen

25.7 21⁰⁰

SYNDIKAT

eintritt 2.-

weisesestr., ubhf-boddinstr., neukölln